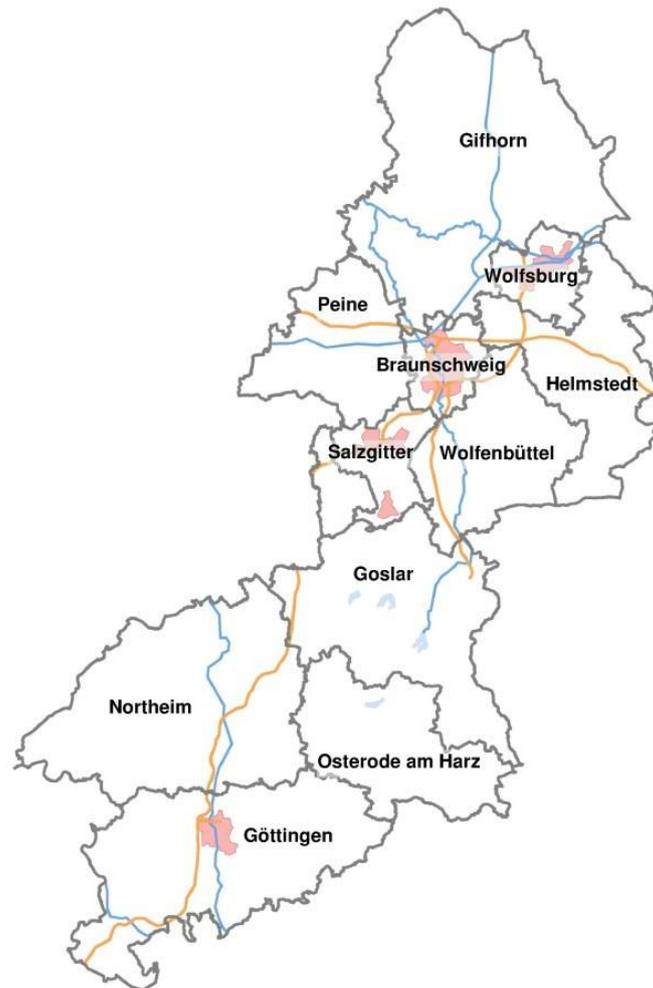




Amt für regionale Landesentwicklung
Braunschweig

Regionale Handlungsstrategie Braunschweig



**Regionale Handlungsstrategie des Amtes für regionale Landesentwicklung
Braunschweig**

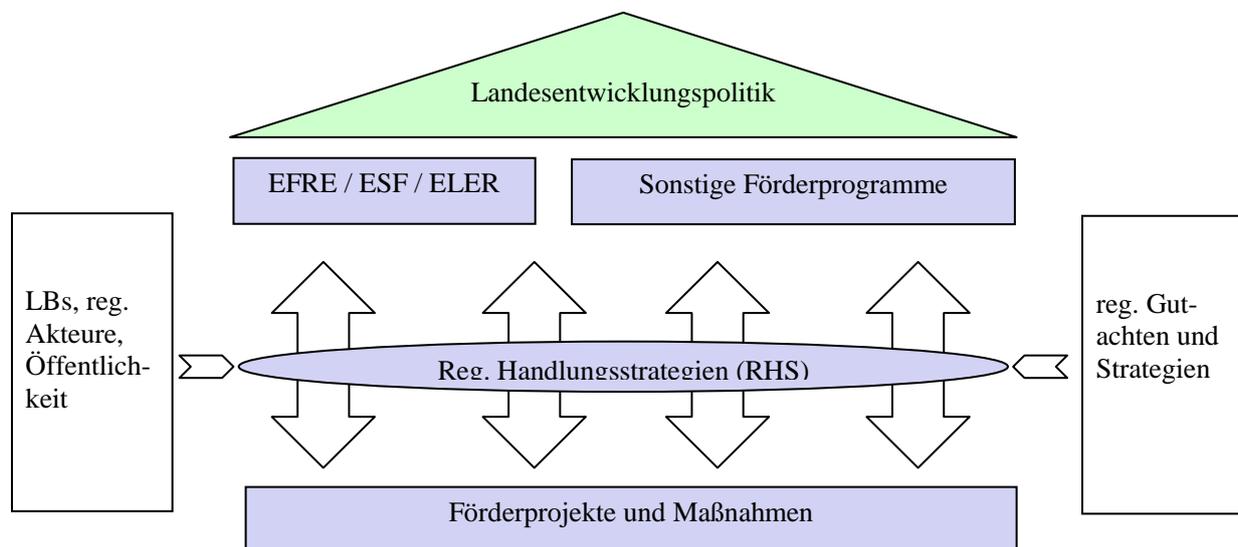
INHALTSVERZEICHNIS

A. Einleitung	02
B. Ausgangslage / Prozessbeschreibung	04
I. Ausgangslage	
II. Prozessbeschreibung	
C. Zusammenfassung der Inhalte der Tabelle	11
I. Aufbau der Tabelle	
II. Inhalte der Tabelle	
1. Mobilität	
2. Wirtschaft	
3. Wissensvernetzung / Wissenstransfer / FuE	
4. Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung	
5. Siedlungsstruktur und –entwicklung / Daseinsvorsorge	
6. Energie, Klimaschutz und Ressourceneffizienz	
7. Landwirtschaft	
8. Gesundheits- und Sozialwirtschaft	
D. Regionale Handlungsstrategie – Tabellarische Darstellung	16
E. Fazit und Ausblick	41
I. Allgemeine Erkenntnisse für die Region	
II. Regionale Schwerpunktziele	
III. Ausblick	
Anlage 1: Beteiligte regionale Verantwortungsträger	44
Anlage 2: Ausgangslage und Bestandsanalyse (einschließlich Stellungnahmen)	51

A. Einleitung

Die Landesregierung hat die stärkere Regionalisierung der Landesentwicklungs- und Strukturpolitik zu einem Schwerpunktthema erklärt. Hierbei steht das Land Niedersachsen, wie andere Bundesländer auch, vor großen Herausforderungen. Zu nennen wären hier insbesondere die wachsenden regionalen Unterschiede in den Bereichen Demographie und Wirtschaft. Hinzu kommen die begrenzten finanziellen Spielräume der öffentlichen Haushalte. Ziel der neuen regionalen Landesentwicklungspolitik ist es daher, strukturelle Benachteiligungen einzelner Landesteile zu erkennen, diese durch eine integrierte Entwicklungspolitik abzumildern und die Zukunftsfähigkeit dieser Regionen nachhaltig zu stärken.

Die bisher von der kommunalen Ebene erstellten regionalen Entwicklungskonzepte sind je nach Region mehr oder weniger konkretisiert und in sehr unterschiedlichen Erarbeitungs- und Beteiligungsprozessen entstanden. Hintergrund hierfür ist auch, dass sie im Gegensatz zu den regionalen Raumordnungsprogrammen an keine formalen Beteiligungsprozesse gebunden sind. In vielen Fällen war die staatliche Ebene bislang nicht oder nur beratend in die Erarbeitung der regionalen Konzepte eingebunden. Eine Abstimmung mit den Fachpolitikfeldern des Landes fand und findet in der Regel nicht statt.



Um die Abstimmungsprozesse zwischen der kommunalen / regionalen Ebene auf der einen und der staatlichen Ebene auf der anderen Seite zu optimieren, hat das Land Niedersachsen mit Wirkung vom 1. Januar 2014 die vier Ämter für regionale Landesentwicklung Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg und Weser-Ems geschaffen und vier Landesbeauftragte benannt. Zu den ersten wichtigen Aufgaben der Landesbeauftragten und ihrer Ämter gehörte es, regionale Handlungsstrategien zu erarbeiten. Regionale Handlungsstrategien verknüpfen die landespolitischen Zielsetzungen einerseits mit den sich aus den Stärken und Schwächen der Region ergebenden, strategisch wichtigen Handlungsfeldern und Entwicklungszielen andererseits. Der Fokus liegt insofern auf Themenfeldern, die einen deutlichen regionalen Bezug aufweisen, für die regionsspezifische Lösungen entwickelt werden können. Die Handlungsstrategien stellen damit eine wichtige Arbeits- und Orientierungsgrundlage für die Ämter für regionale Landesentwicklung dar. Darüber hinaus werden die wesentlichen Entwicklungsziele der regionalen Handlungsstrategien auch die Aussagen zur Landesentwicklungspolitik im geplanten Landesentwicklungsprogramm beeinflussen.

Die Landesbeauftragten und ihre Ämter für regionale Landesentwicklung haben bei der Erarbeitung der regionalen Handlungsstrategien die maßgeblichen regionalen Akteure und die interessierte Öffentlichkeit mit einbezogen („bottom-up“-Ansatz). Ebenfalls eingebunden bei

der Erarbeitung der regionalen Handlungsstrategien waren die Staatskanzlei und der Staatssekretärsausschuss „Landesentwicklung und EU-Förderung“. Beschlossen wurden die regionalen Handlungsstrategien vom Kabinett. Die Handlungsstrategien leisten somit einen Beitrag zur interkommunalen Kooperation und zur Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die im Rahmen der Aufstellung der neuen EU-Förderprogramme erarbeiteten Stärken- und Schwächen-Analysen, die „Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen“, die „Niedersächsische regionale Innovationsstrategie für intelligente Spezialisierung“ (RIS 3) fanden dabei ebenso Berücksichtigung wie weitere, insb. auch regionale, Gutachten und Strategien.

Eine maßgebliche Bedeutung werden die regionalen Handlungsstrategien in Zukunft bei der Bewertung von Förderprojekten im Rahmen von regional bedeutsamen Maßnahmen im EFRE, ESF und ELER haben. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die zukunftsorientiert an den spezifischen Herausforderungen, Ressourcen und Potenzialen der Regionen ansetzen. Hier wird es Aufgabe der Landesbeauftragten und ihrer Ämter für regionale Landesentwicklung unter Einbeziehung der Kommunalen Steuerungsausschüsse bei den Ämtern für regionale Landesentwicklung (Vertreter der Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden) sein zu beurteilen, ob und in welchem Maße ein Projekt den Handlungsfeldern der jeweiligen Handlungsstrategie entspricht. Diese Bewertung fließt dann in die Punktevergabe, die Grundlage der Förderentscheidung ist, mit ein. Darüber hinaus werden bei ihrer Umsetzung der Handlungsstrategien auch die Bundes- und Landesförderung berücksichtigt. Durch die Verzahnung der verschiedenen Förderstränge auf regionaler Ebene bei der Umsetzung regionaler Handlungsstrategien werden Synergieeffekte in der Regionalförderung erzielt und begrenzte finanzielle Ressourcen aus den ESI-Fonds sowie den Bundes- und Landesförderprogrammen wirkungsvoll eingesetzt.

Auswirkungen werden die Handlungsstrategien auch auf neue Entwicklungskonzepte in den jeweiligen Regionen (z.B. kommunale bzw. regionale Wirtschaftsförderungskonzepte oder ILEK und REK gemäß LEADER) haben. Ziel ist es, dass diese in Zukunft mit den Handlungsstrategien abgestimmt werden.

Die regionalen Handlungsstrategien sind keine statischen Produkte. Sie werden regelmäßig überprüft und ggf. angepasst und fortgeschrieben. Dieses Erfordernis kann sich sowohl aus Landes- als auch aus kommunalen Interessen ergeben. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Handlungsstrategien immer die aktuellen Herausforderungen und Handlungsfelder der einzelnen Regionen widerspiegeln.

Im Ergebnis werden die regionalen Handlungsstrategien einen erheblichen Beitrag dazu leisten, die Wirtschaftskraft in den Regionen zu stärken, die Lebensqualität zu verbessern und damit die Ziele der neuen regionalen Landesentwicklungspolitik zu erreichen.

B. Ausgangslage / Prozessbeschreibung

I. Ausgangslage

Die vergleichsweise sehr heterogene Region im Amtsbezirk des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig steht vor vielfältigen und sehr unterschiedlichen Herausforderungen. Während der Teilraum im Norden mit den Städten Braunschweig und Wolfsburg sowie dem Umland mit einer sehr hohen Zentralität städtisch und industriell geprägt ist, sind die südlichen Gebiete im Harz und rund um Göttingen stark ländlich und überwiegend peripher. Zusätzlich belastet sind die Landkreise, Städte und Gemeinden des Amtsbezirkes unmittelbar im ehemaligen Zonenrandgebiet. Noch immer besteht hier ein Förder- und Tarifgefälle zu Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Die besonderen Strukturprobleme in den südniedersächsischen Landkreisen haben die Landesregierung bewogen, für die Landkreise Göttingen, Goslar, Holzminden, Northeim und Osterode (Harz) sowie die Stadt Göttingen ein ergänzendes Südniedersachsenprogramm aufzulegen. Die besonderen Schwerpunktsetzungen im Südniedersachsenprogramm ergeben sich als Auszug aus den Regionalen Handlungsstrategien Braunschweig und Leine-Weser, die ja Herausforderungen und Potenziale dieser Landkreise mit beinhalten und in operative Ziele einmünden lassen. Handlungsfelder sind vor allem die verstärkte Kopplung von Innovationskompetenz und unternehmerischem Bedarf, die Sicherung einer guten wirtschaftsnahen Infrastruktur, die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum sowie die verstärkte Nutzung naturräumlicher Potenziale für Bewohner und Touristen. Kernstück des Südniedersachsenprogrammes ist das Projektbüro in Göttingen, das sich in Zusammenarbeit zwischen den Ämtern für regionale Landesentwicklung und den beteiligten Landkreisen sowie der Stadt Göttingen der Entwicklung zukunftsgerechter Projekte bis zur Umsetzungsreife verschrieben hat.

Der Amtsbezirk Braunschweig weist eine abnehmende Einwohnerzahl auf, wobei der Bevölkerungsrückgang im niedersächsischen Gesamtvergleich stärker ausgeprägt ist. Mit Ausnahme der kreisfreien Städte Braunschweig und Wolfsburg haben alle Großstädte und Landkreise einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. In den südlichen Landkreisen und dem Landkreis Helmstedt ist die Bevölkerung um mehr als 7% zurückgegangen. Zudem weist der Amtsbezirk Braunschweig niedersachsenweit das höchste Durchschnittsalter auf. Besonders in den peripheren ländlichen Räumen der Gemeinden im Harz sowie in großen Teilen des Landkreises Northeim ist die Alterung weit fortgeschritten.

In Bezug auf Wanderungen ist die Entwicklung im Amtsbezirk Braunschweig sehr heterogen. Die kreisfreien Städte Braunschweig und Wolfsburg wuchsen in den vergangenen Jahren infolge von Wanderungsbewegungen. Auch das direkte Umfeld beider Städte hat eine weitestgehend positive Wanderungsbilanz, mit Ausnahme der Stadt Salzgitter, die vom allgemeinen Trend der Reurbanisierung nicht profitiert. Mit zunehmender Entfernung zu den Städten Braunschweig und Wolfsburg sinken die positiven Wanderungssaldi, bzw. kehren sich um. Wie drastisch sich diese Entwicklung für Teile des Amtsbezirkes auswirken zeigt die Bevölkerungsvorausberechnung. Bis 2030 wird hier für den gesamten Amtsbezirk ein Rückgang um weitere 5,3% prognostiziert, wobei auch hier die kreisfreien Städte eine Ausnahme bilden. Die Landkreise Helmstedt, Goslar, Osterode am Harz und Northeim werden jedoch nahezu 25% ihrer Einwohner verlieren.

Ähnlich drastisch verhält es sich mit der zu erwartenden Altersstruktur. Insgesamt werden im Amtsbezirk im Jahr 2030 weniger als zwei Drittel der Einwohner im erwerbsfähigen Alter sein, im Landkreis Osterode am Harz weniger als 52,9%.

Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wirken sich auf die Nachfrage an Wohnungen, Dienstleistungen, auf Angebote der Daseinsvorsorge und natürlich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Dementsprechende Konsequenzen ergeben sich zudem in der Siedlungsstruktur und deren Entwicklung.

Im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung ist der Amtsbezirk Braunschweig insbesondere durch den Rückgang des Beschäftigungspotentials und einem Mangel an Arbeitsplätzen betroffen. Weiterer Handlungsbedarf, vorwiegend im Norden, besteht in Bezug auf die geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Auch im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung gibt es im Amtsbezirk Braunschweig erhebliche Disparitäten. Vergleichsweise hoch ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Personen im erwerbsfähigen Alter insbesondere in der kreisfreien Stadt Wolfsburg, aber auch der kreisfreien Stadt Braunschweig und deren Umland. Ähnliche Strukturen sind auch im Umland der Städte Göttingen, Northeim und Salzgitter festzustellen. Somit zeichnet sich deutlich ein Umlandeffekt sowie mit zunehmenden Abstand zu den größeren Städten ein Stadt-Land-Gefälle ab.

Die Wirtschaftsstruktur des Amtsbezirkes Braunschweig ist durch die beiden bedeutenden industriellen Zentren Wolfsburg und Salzgitter geprägt. Die Bedeutung der Automobilindustrie ist im Großraum Braunschweig-Wolfsburg dominierend. Gleichzeitig ist aber eine derart starke Konzentration auf einen Wirtschaftsbereich die Krisenanfälligkeit in den industriellen Zentren beachtlich. Der Anteil des produzierenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung ist hier mit mehr als zwei Drittel der höchste in ganz Niedersachsen.

Der zweite bedeutende Standort des verarbeitenden Gewerbes ist die kreisfreie Stadt Salzgitter mit einem Anteil des produzierenden Gewerbes von mehr als 50% der gesamten Wertschöpfung. Allerdings entfaltet der Standort Salzgitter im Vergleich zu Wolfsburg eine geringere Sogwirkung auf das Umland. Der restliche Großraum Braunschweig-Wolfsburg ist neben der Automobilindustrie stark dienstleistungsorientiert.

Der südliche Bereich des Amtsbezirks hat eine mehr heterogene Wirtschaftsstruktur. Die Landkreise Northeim und Osterode am Harz nimmt das verarbeitende Gewerbe mit zahlreichen kleinen Industriebetrieben eine bedeutende Stellung ein. Der Landkreis Göttingen ist durch die dortige Gesundheitsbranche und die Universität Göttingen in besonderem Maße dienstleistungsorientiert. Der ländliche Raum weist eine starke landwirtschaftliche Prägung auf. Für den Harz stellt in besonderem Maße der Tourismus einen wichtigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor dar, dessen Potential durchaus noch Chancen zur positiven Weiterentwicklung erkennen lässt.

Die Gründungsdynamik im Amtsbezirk ist insgesamt unterdurchschnittlich. Teilweise liegt dies an der Spezialisierung der Wirtschaft auf die Automobilindustrie, die eher von größeren Unternehmen gekennzeichnet ist, aber auch das hohe Durchschnittsalter der Bevölkerung führt letztendlich zu einer eher geringen Gründungsintensität.

Im Vergleich mit dem übrigen Niedersachsen sind die Handlungsbedarfe im Bereich der schulischen Bildung für den Amtsbezirk Braunschweig vergleichsweise gering. Vor allem in den Städten Wolfsburg und Braunschweig wie auch im Landkreis Göttingen ist das Qualifikationsniveau ausgesprochen gut. Beim Personal in Forschung und Entwicklung liegt der Wert weit über dem niedersächsischen aber auch dem westdeutschen Durchschnitt.

Als in Europa führende Forschungs- und Wissenschaftsregion verfügt der Amtsbezirk Braunschweig über eine diversifizierte Hochschul- und Forschungslandschaft mit 6 Hochschulstandorten und einer bereits gut genutzten Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft.

Im Zusammenhang der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kompetenzen unter anderem im Bereich der E-Mobilität, Ressourceneffizienz (Speichertechnologie, Recycling), Leichtbau, Aviation, Rural Solutions, Medizintechnik, eHealth verfügt der Amtsbezirk über eine gute Grundlage sich in diesen zukunftsfähigen Bereichen weiter zu etablieren.

Es ist jedoch eine starke Abhängigkeit in der Region Braunschweig von wenigen Branchen (wie insbesondere der Automobilindustrie) und Unternehmen zu beobachten. Eine Verringerung der Krisenanfälligkeit konnte durch eine Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur in verwandten Branchen erzeugt werden. Die Schnittstelle von Energie- und Ressourceneffizienz und CO₂-Reduzierung gibt der Region Braunschweig zudem die Möglichkeit, sich als Vorbildregion für Energie- und Ressourceneffizienz sowie CO₂-Reduzierung zu etablieren. Diese Kompetenzen aus dem Bereich der Energiewirtschaft bieten ein erfolversprechendes Zukunftsfeld für die Region.

Die Atommüllproblematiken Asse II sowie Schacht Konrad stellen eine erhebliche Belastung für die Region dar. Hier bedarf es besonderer Maßnahmen zur Verbesserung von Infrastruktur und Lebensqualität. Die bereits in der Region vorhandene atomare Entsorgungskompetenz, unter anderem auch durch das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) bieten hier auf der anderen Seite Anknüpfungspunkte für eine Weiterentwicklung.

Erreichbarkeit und Lage einer Region sind ein wichtiger Faktor im Rahmen einer regionalen Entwicklung. Für die erwerbstätige Bevölkerung vergrößert eine gute Erreichbarkeit den potentiellen Arbeitsmarkt und erhöht die Beschäftigungsperspektiven. Der Aspekt der Erreichbarkeit auf Straße, Schiene bzw. im Individual- und Öffentlichen Nahverkehr ist aber auch für alle Bereiche der Daseinsvorsorge, den Bereich Bildung / Ausbildung etc., die Wirtschaft, als Freizeitfaktor und für den Tourismus von erheblichem Belang.

Für Unternehmen ist der Aspekt der Erreichbarkeit durch die Arbeitnehmer selbstverständlich ebenso ein Standortfaktor wie auch der Bereich der Logistik. Hier ist der Amtsbezirk Braunschweig in Bezug auf Schienen- und Wasserstraßennetz gut, wenn auch durchaus ausbaufähig, angebunden. Für die kreisfreien Städte Wolfsburg und Braunschweig ist der Flughafen Braunschweig für den Werks- und Geschäftsverkehr überaus wichtig, wobei hier die weitere Anbindung, insbesondere nach Wolfsburg, über Straße und auch ÖPNV problematisch ist.

Die Anbindung an das Straßenverkehrsnetz / Autobahnnetz stellt sich im Amtsbezirk Braunschweig insgesamt günstig dar. Lediglich einige eher dünn besiedelte Teilräume haben einen schlechteren Zugang zum Straßenverkehrsnetz.

Die überregionale Anbindung und Erreichbarkeit der Region über die Schiene ist günstig.

Die Erreichbarkeit der zentralen Orte mit ihrer Ausstattung an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungen, Fachärzten, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen der Daseinsvorsorge ist für das versorgte Umland und für dessen Lebensqualität von erheblicher Bedeutung. Die Erreichbarkeit der Großstädte Braunschweig, Göttingen, Salzgitter und Wolfsburg mit dem PKW ist insgesamt günstig. Lediglich vereinzelte Gemeinden in den Landkreisen Osterode am Harz und Goslar haben einen schlechten Zugang zu diesen Oberzentren. Die Erreichbarkeit von Mittelzentren ist zumindest in den verdichteten Räumen der Region günstig.

Weniger günstig stellt sich die Erreichbarkeit der Oberzentren, insbesondere aber der Mittel- und Grundzentren im Öffentlichen Personennahverkehr dar. Mit abnehmender Bevölkerungsdichte im ländlichen Raum wird die Erreichbarkeit der nächsten zentralen Orte und damit die Teilhabe am sozialen Leben (Arbeiten, Ausbildung, Einkaufen, Arztbesuche u.a.m) auf Grund abnehmender Frequenzen und Vertaktung problematischer. Der Öffentliche Nah-

verkehr wird derzeit in großen Teilen durch den Schülerverkehr getragen. Zurückgehende Schülerzahlen werden für die Verbindungsqualitäten bzw. die Finanzierbarkeit des ÖPNV und damit für Erreichbarkeit und Lebensqualität Folgen haben.

Die Gesundheitsversorgung steht im Rahmen des demografischen Wandels vor einer besonderen Herausforderung.

Im Landkreis Göttingen befindet sich durch die Universitätsmedizin Göttingen eine überdurchschnittlich hohe Versorgung an Krankenhausbetten relativ zu den Einwohnern. Weitere Zentren der Gesundheitsversorgung mit einer teilweise spezialisierten Ausrichtung befinden sich in den Landkreisen Helmstedt und Goslar sowie der kreisfreien Stadt Braunschweig. Dahingegen sind die Landkreise Gifhorn, Peine und Wolfenbüttel unterdurchschnittlich mit Krankenhausbetten je Einwohner versorgt. Die versorgungsstarken Zentren gleichen aber durch ihre Nähe diese Unterversorgung aus.

Die medizinische Grundversorgung in den Gemeinden wird von den Hausarztpraxen geleistet. Im Amtsbezirk liegt der derzeitige Versorgungsgrad in weiten Teilen über 100 %. In und um die Stadt Göttingen sowie im Landkreis Northeim ist der Versorgungsgrad mit mehr als 120 % besonders hoch. Eine Analyse der Kassenärztlichen Vereinigung für Südniedersachsen zeigt, dass in den nächsten zehn Jahren etwa die Hälfte der Hausarztstellen neu besetzt werden muss. Versorgungslücken, auch bei Fachärzten, sind zu erwarten. Durch die zu erwartenden weiteren Alterungsprozesse der Bevölkerung und in besonderem Maße auch durch die voraussichtliche Entwicklung der Einwohnerzahlen im ländlich peripheren Raum stehen die Gesundheitsversorgung und die professionelle Betreuung und Pflege vor einer besonderen Herausforderung, nicht zuletzt was Struktur und Ablauf anbelangt. Es ist fraglich, ob das derzeitige Versorgungsniveau gehalten werden kann.

Die Daseinsvorsorge steht in erster Linie im ländlichen Raum und in Klein- und einigen mittelgroßen Städten vor einer besonderen Herausforderung. Demgegenüber liegen in den Großstädten Braunschweig, Göttingen und Wolfsburg die Aufgaben weniger in der Sicherstellung der Daseinsvorsorge als in deren Anpassung an die alternde Gesellschaft.

Durch die sinkende Zahl der Einwohner kommt es zu einer sinkenden Nachfrage nach Gütern der Daseinsvorsorge. Insbesondere in ländlich-peripheren Räumen kann dies zu Tragfähigkeitsproblemen durch Unterauslastung führen. Der demographische Wandel verschiebt dabei die Bedarfe.

Die Zahl der Versorgungseinrichtungen dünnt sich aus. Kommunen müssen aufgrund sinkender Steuereinnahmen und abnehmenden kommunalen Handlungsspielräumen ihre freiwilligen Dienstleistungsangebote einschränken. Auch private Träger kämpfen mit der Finanzierung ihrer Einrichtungen. Die Konzentration auf die zentralen Orte, das heißt der Rückzug aus der Fläche, findet bereits statt. Ebenso verhält sich die Entwicklung im Einzelhandel.

Die Versorgung der nichtmobilen Bevölkerungsanteile in den Ortsteilen des peripheren ländlichen Raums hat sich in Folge dieses Prozesses erheblich verschlechtert. In vielen Dörfern im ländlichen Raum gibt es keine Einzelhandelsgeschäfte mehr. Mit dem Rückzug des Einzelhandels bricht hier nicht nur die tägliche, wohnortnahe Versorgung weg, es geht auch ein wichtiger sozialer Treffpunkt und Ort des sozialen Miteinanders und Austausches verloren. Ein selbstbestimmtes Leben im Alter in Ortsteilen ohne Versorgung wird nur noch mit Nachbarschaftshilfe und ehrenamtlichen Engagement möglich sein. In der Konsequenz könnte dies erzwungene Wegzüge erforderlich machen mit weitreichenden Folgen für die Leerstandssituation.

Der Amtsbezirk Braunschweig steht aufgrund der heterogenen Struktur zusammenfassend betrachtet vor großen Herausforderungen. Es gilt, den unübersehbaren Disparitäten entge-

genzutreten und allen Teilen des Amtsbezirks den Weg für eine positive, zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung zu ebnen. Über die entsprechenden Potentiale verfügt der Amtsbezirk zweifelsohne. Nun müssen diese gemeinsam genutzt und zielgerichtet weiterentwickelt werden.

II. Prozessbeschreibung

Entsprechend der sozioökonomischen Analyse des Landes Niedersachsen in sogenannte NUTS-Ebenen wird die regionale Handlungsstrategie Braunschweig für die NUTS-2-Region „DE-91 Braunschweig“ erstellt. Diese ist deckungsgleich mit dem örtlichen Zuständigkeitsbereich des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig bzw. den Grenzen des ehemaligen Regierungsbezirkes Braunschweig und umfasst die Landkreise Gifhorn, Göttingen, Goslar, Helmstedt, Northeim, Osterode am Harz, Peine und Wolfenbüttel sowie die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg.

Die Strategie richtet sich dabei am Gesamttraum des örtlichen Zuständigkeitsbereichs des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig aus. Es gibt mithin für die gesamte NUTS-2-Region eine einheitliche regionale Handlungsstrategie.

Aufbauend auf der Regionalen Handlungsstrategie für den Amtsbezirk Braunschweig wird für den Raum Südniedersachsen das Südniedersachsen-Programm erstellt. Es deckt im Amtsbezirk Braunschweig die Landkreise Goslar, Osterode am Harz, Northeim, Göttingen sowie die Stadt Göttingen und im Amtsbezirk Leine-Weser den Landkreis Holzminden ab und wurde zwischen den beiden betroffenen Landesbeauftragten abgestimmt. Das Südniedersachsen-Programm wird daher als abgestimmter Unterpunkt in den Handlungsstrategien der beiden betroffenen ÄRL vorbereitend behandelt. Eine eigene Strategie wird nicht erstellt.

Mit der Erstellung des Entwurfes der Regionalen Handlungsstrategie wurde unmittelbar mit Einrichtung des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig sowie Einsetzung des Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung, Matthias Wunderling-Weilbier, am 02.01.2014 unter Einbeziehung der maßgeblichen regionalen Akteure begonnen.

Eine Grundlage der Arbeit bildet die „Basisanalyse zur Identifizierung besonderer Handlungsbedarfe und Potentiale für fünf Regionen in Niedersachsen“, mit der die Niedersächsische Staatskanzlei das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (NIW) im Juli 2013 beauftragt hatte.

Eine weitere Grundlage bildet die von der Staatskanzlei an die CIMA Institut für Regionalwirtschaft GmbH, Prognos und Centre for Regional and Innovation Economics vergebene Studie „Niedersächsische regionale Innovationsstrategie für intelligente Spezialisierung (RIS-3)“, die als Zwischenentwurf mit Stand Dezember 2013 vorliegt.

Bereits im Zeitraum vom 02.01.2014 bis zum 28.05.2014 wurde der Dialog mit über 100 regionalen Akteuren eröffnet, um im Rahmen dieses umfangreichen Prozesses die Analysen und Interessen der einzelnen Verantwortungsträger vor Ort frühzeitig aufnehmen zu können.

Insbesondere wurden in diesem Zeitraum Einzelgespräche mit der kommunalen Ebene, Vertretern aus Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Wissenschaft, Behörden, regionalen Zusammenschlüssen, Verbänden der Wohlfahrtspflege und der Sozialwirtschaft, Kirchen sowie Vertretern aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt, Gesundheit, Bildung und Kultur geführt.

Die im ersten Schritt beteiligten Akteure erhielten sowohl durch Gespräche als auch durch schriftliche Stellungnahmen die Gelegenheit, die Chancen und Risiken der Region aus Ihrer örtlichen Sicht zu schildern und ihre Vorüberlegungen zu den Themenfeldern Handlungsstra-

tegien und Projekte auch aus der Perspektive Regionalförderung und EU-Fördermittel mitzuteilen.

Diese Hinweise und Projektvorschläge wurden kontinuierlich beim Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig gesammelt und in den Entwurf der regionalen Handlungsstrategie eingearbeitet.

Methodisch gliedert sich die regionale Handlungsstrategie in Beschreibungen zur Ausgangslage und Bestandsanalyse, eine Stärken- und Schwächen-Analyse sowie daraus abgeleitete Handlungsbedarfe und -felder. Strategische Ziele beschreiben die auf die einzelnen Handlungsfelder bezogenen allgemeinen Ziele, die bis zu einem zu definierenden Zeitpunkt erreicht werden sollen. Operative Ziele beschreiben die Ziele der in den Handlungsfeldern liegenden Themenfelder.

Der Systematik der RIS-3-Strategie folgend, wurde der regionalen Handlungsstrategie ein breiter Innovationsbegriff zugrunde gelegt. Innovationen sind hier nicht nur auf neue Produkteigenschaften beschränkt (Produktinnovationen). Vielmehr können auch z.B. soziale Innovationen, Prozessinnovationen, Organisationsinnovationen oder Geschäftsinnovationen unter diesen Begriff fallen. Aus diesem Grunde wurde kein eigenes Handlungsfeld „Innovation“ gewählt. Das Thema Innovation zieht sich vielmehr durch die gesamte regionale Handlungsstrategie hindurch und findet sich in unterschiedlichen strategischen Zielen wieder.

Konkrete Projekte beschreibt die regionale Handlungsstrategie bewusst nicht. Die regionale Handlungsstrategie ist vielmehr der strategische Rahmen, an dem sich in einem nächsten Schritt regionalbedeutsame Projekte bzw. Maßnahmen orientieren sollen. Die regionale Handlungsstrategie dient in Bezug auf regionalbedeutsame Maßnahmen als ein Auswahlkriterium für Förderentscheidungen und zielt neben der ESI-Fondsförderung aus EFRE, ESF und ELER auch auf die Bundes- und Landesförderung ab. Zudem werden auch Handlungsbedarfe und Maßnahmen abgebildet, die außerhalb jeglicher Förderung für die Weiterentwicklung der Region wichtig oder zukunftsweisend sind. Sofern in der Strategie bereits Maßnahmen bzw. Projekte im weiteren Sinne aufgeführt wurden, haben diese lediglich exemplarischen Charakter.

Den beteiligten Akteuren ist dabei bewusst, dass die regionale Handlungsstrategie nicht alle denkbaren Handlungsansätze und Handlungsnotwendigkeiten der Region umfasst, sondern sich in diesem ersten Schritt auf die herausragenden strategischen Notwendigkeiten beschränkt. Sie wird in den kommenden Jahren gemeinsam mit den regionalen Akteuren weiter präzisiert werden. Im Hinblick auf weiter zurückgehende Fördermittel und mit Blick auf die Schuldenbremse ist es nicht ausschließliches Ziel dieser Strategie, Handlungsnotwendigkeiten nur mit Blick auf die Fördermöglichkeiten zu beschreiben. Ziel ist es vielmehr, dass sich die gesamte Region der wesentlichen Handlungsnotwendigkeiten für ein regionales Vorgehen bewusst wird.

Die regionale Handlungsstrategie geht dabei von der Grunderkenntnis aus, dass Städte und ländliche Räume in der Region funktional und räumlich zusammenhängen. Die ländlichen Räume brauchen zum Beispiel den Arbeitsmarkt sowie die soziale Infrastruktur der Städte, die Städte brauchen die ländlichen Räume als Wohn- und Erholungsraum sowie als Produktionsraum für Nahrungsmittel und Energie. Eine erfolgreiche Entwicklung der Region erfordert daher eine enge Zusammenarbeit, insbesondere der Gebietskörperschaften. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Weiterentwicklung der Region wird daher auch die Bildung neuer regionaler Verantwortungsgemeinschaften sein. Insbesondere werden Stärkung und Ausbau der funktionalen und räumlichen Zusammenhänge von Städten und ländlichen Räumen durch enge Kooperation der Gebietskörperschaften erforderlich werden. Auch wird zur Bewältigung der kommunalen Finanzprobleme die Neuorganisation von Aufgaben und Verwaltungseinheiten zunehmend wichtiger.

Dieser erste Entwurf einer regionalen Handlungsstrategie für die Region Braunschweig wurde am 28.05.2014 den Hauptverwaltungsbeamten der Landkreise und kreisfreien Städte, den Kreisgeschäftsführern des NSGB sowie den kommunalen Spitzenverbänden NLT und NST vorgestellt und mit diesen eingehend diskutiert.

Im Juni 2014 wurde dieser Entwurf an mehr als 250 maßgebliche regionale Verantwortungsträger des Amtsbezirkes, insbesondere der kommunalen Ebene, Mitglieder des Niedersächsischen Landtags, Vertreter aus Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Wissenschaft, Behörden, regionale Zusammenschlüsse, Gewerkschaften, Verbände der Wohlfahrtspflege und der Sozialwirtschaft, Kirchen sowie Vertreter aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt, Gesundheit, Bildung und Kultur zur Stellungnahme übersandt.

Nach Eingang von insgesamt 65 Stellungnahmen von 70 Akteuren ist der Entwurf der Regionalen Handlungsstrategie in einem intensiven Abwägungsprozess überarbeitet worden. Für eine bessere Lesbarkeit wurden die Bereiche Ausgangslage und Stärken-Schwächen-Analyse deutlich gestrafft. Das entsprechende Kapitel zur Ausgangslage und Bestandsanalyse (ehemals Kapitel 2) findet sich nunmehr als Anlage 2, ergänzt um die hierzu eingegangenen Stellungnahmen, wieder. Der Bereich Stärken und Schwächen (ehemals Kapitel 3) sowie die hierzu eingegangenen Stellungnahmen wurden im Rahmen der Tabelle berücksichtigt.

Am 18.09.2014 haben sich die Mitglieder des Kommunalen Steuerungsausschusses beim Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig einstimmig auf die Regionale Handlungsstrategie verständigt und diese zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die abgestimmte Fassung wurde am 17.11.2014 auf der Homepage des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig veröffentlicht und am 24.11.2014 im Rahmen der Veranstaltung „Perspektiven und Herausforderungen in der Region – Gemeinsam Zukunft gestalten“ in Goslar der Öffentlichkeit vorgestellt.

Mit der Behandlung im Staatssekretärsausschuss sowie im Kabinett wurde die Regionale Handlungsstrategie endgültig verabschiedet.

C. Zusammenfassung der Inhalte der Tabelle

I. Aufbau der Tabelle

Die Tabelle zur regionalen Handlungsstrategie gliedert sich in 8 Handlungsfelder. Diesen sind insgesamt 30 strategische Ziele zugeordnet. Weiterhin beinhaltet die Strategie eine Darstellung der Herausforderungen und Potentiale bezogen auf die Handlungsfelder sowie die, entsprechend aus den strategischen Zielen abgeleiteten, operativen Ziele. Auf Grundlage der operativen Ziele werden konkrete Maßnahmen und Projekte entwickelt.

Die 8 Handlungsfelder wurden auf Grundlage der zahlreichen Gespräche des Landesbeauftragten sowie aus den Ergebnissen des umfangreichen Beteiligungsverfahrens für den Amtsbezirk Braunschweig identifiziert. Es handelt sich hier um die Bereiche, in denen eine überwiegende Mehrheit der Befragten einen besonderen Handlungsbedarf sieht.

Handlungsbedarf aufgrund bestehender Probleme, Handlungsbedarf aber auch im Sinne einer verbesserten Nutzung und Weiterentwicklung vorhandener Potentiale.

Basierend auf der Ausgangsfrage wie sich der Amtsbezirk innerhalb dieser Handlungsfelder und unter Berücksichtigung der Ausgangslage, der Herausforderungen sowie der Potentiale zukünftig aufstellen und agieren muss, um sich in möglichst allen Teilräumen nachhaltig und zukunftsfähig zu entwickeln, ergaben sich zu den 8 Handlungsfeldern insgesamt 30 strategische Ziele.

Die in der letzten Tabellenspalte benannten operativen Ziele führen schließlich zu Lösungsansätzen. Hieraus werden sich letztlich die Maßnahmen und Projekte ergeben, die zur Erreichung der strategischen Ziele im Amtsbezirk und für eine nachhaltige und positive Entwicklung notwendig sind, bzw. positiv dazu beitragen. Auf die Nennung von Projektvorschlägen, auch exemplarisch, wurde bewusst verzichtet.

Die regionale Handlungsstrategie orientiert sich nicht nur an den Möglichkeiten und Anforderungen der künftigen EU-Förderung mit einem deutlich reduzierten Mittelvolumen und inhaltlich neuen Anforderungen, insbesondere im EFRE und ESF. Vielmehr berücksichtigt die regionale Handlungsstrategie für den Amtsbezirk Braunschweig auch Aspekte die über die reinen Förderperspektiven hinausgehen, teils sogar über den Aspekt der rein finanziellen Unterstützung, nichts desto trotz aber für eine positive, nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung des Amtsbezirkes notwendig und wünschenswert sind.

II. Inhalte der Tabelle

1. Mobilität

Mobilität ist für den gesamten Amtsbezirk Braunschweig ein zentrales Thema, wenn auch mit unterschiedlichen Herausforderungen. Der Aspekt der Mobilität berührt zahlreiche weitere Handlungsfelder und steht mit diesen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Mobilität ist entscheidender Faktor für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Darüber hinaus ist Mobilität auch in Bereichen wie Siedlungsstruktur und -entwicklung / Daseinsvorsorge, Gesundheit und Sozialwesen sowie Energie, Klima, Ressourceneffizienz ein wichtiger zu berücksichtigender Faktor.

Große Bereiche des Amtsbezirks spielen eine zentrale Rolle als Automobil- aber auch Mobilitäts- und Verkehrsregion. Dies sind nicht nur die Automobil- und Industriestandorte im Norden, sondern auch der südliche Bereich mit den dort ansässigen Unternehmen (beispielsweise der Logistikbranche) und der günstigen Lage direkt an der A 7.

Die Zukunftssicherung und die Weiterentwicklung zu einer Kompetenzregion für Verkehr und Mobilität sowie die Sicherung funktions- und zukunftsfähiger Infrastruktur- und Mobilitätskonzepte sind daher ein bedeutendes Thema für den gesamten Amtsbezirk.

In den eher ländlich geprägten Teilen des Amtsbezirkes wird die Herausforderung insbesondere in der Aufrechterhaltung und der bedarfsgerechten Anpassung der Mobilität liegen.

Die Regionale Handlungsstrategie des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig zeigt anhand von 13 operativen Zielen hier Ansätze für eine nachhaltige und erfolgreiche Entwicklung der Region innerhalb des Handlungsfeldes Mobilität.

2. Wirtschaft

Auch hinsichtlich des Handlungsfeldes Wirtschaft weist der Amtsbezirk Braunschweig eine heterogene Struktur auf. Zum einen durch den stark industriell geprägten nördlichen Bereich mit erheblichem Potential und wichtigen Kernkompetenzen. Dessen starke Konzentration auf wenige Wirtschaftsbereiche, insbesondere die Automobilindustrie, hat neben den Chancen und Potentialen auch eine erhöhte Krisenanfälligkeit in den industriellen Zentren zur Folge. Zum anderen der südliche Bereich des Amtsbezirkes mit dem Landkreis sowie der Stadt Göttingen und der dort stark vertretenen Gesundheitsbranche, aber auch dem strukturschwachen ländlichen Raum, in dem KMU klar im Vordergrund stehen.

Wichtig für eine positive Entwicklung innerhalb des Amtsbezirkes sind für das Handlungsfeld Wirtschaft die Stärkung und Weiterentwicklung der Forschungs- und Wissenschaftsregion sowie die Zukunftssicherung der Automobilregion und Weiterentwicklung zu einer Kompetenzregion für Verkehr und Mobilität. Darüber hinaus sind eine Fokussierung auf die vorhandenen Kompetenzfelder und der Ausbau der Potentiale, insbesondere im Bereich vorhandener industrieller Kerne, ebenso wie eine Aktivierung des Innovationspotentials von KMU und im Handwerk erforderlich.

Direkte Verbindungen bestehen zwischen dem Handlungsfeld Wirtschaft insbesondere mit Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung, Mobilität, Wissensvernetzung / Wissenstransfer und FuE, es gibt aber auch Schnittstellen zu weiteren Handlungsfeldern.

Aus diesen vorab benannten strategischen Zielen leitet die regionale Handlungsstrategie für den Amtsbezirk 20 operative Ziele ab, auf deren Basis Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung folgen werden.

3. Wissensvernetzung / Wissenstransfer und FuE

Sechs Landkreise / kreisfreie Städte des Amtsbezirkes Braunschweig sind Standorte von Hochschulen, so dass dieser über eine diversifizierte Hochschul- und Forschungslandschaft verfügt. Hieraus ergibt sich ein erhebliches Entwicklungspotential, insbesondere im Rahmen der Wissensvernetzung und des Wissenstransfers. Die Vernetzung mit der regionalen Wirtschaft hat positive Auswirkungen für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft als Quelle für Fachkräfte und potentielle Unternehmensgründer und fördert darüber hinaus Innovation in Unternehmen.

Die Weiterentwicklung der Forschungs- und Wissenschaftsregion ist daher, ebenso wie im Handlungsfeld Wirtschaft, auch für Wissensvernetzung / Wissenstransfer und FuE ein wichtiges strategisches Ziel. Darüber hinaus muss Zielsetzung die Unterstützung der anwendungsorientierten Forschung und die Erhöhung der Ausgründungen von Hochschulen in der Region sein. Auch dem Ausbau des Wissenstransfers aus der Wissenschaft in die Unter-

nehmen durch Weiterbildung / Qualifikation / Vernetzung / Kooperation kommt eine bedeutende Rolle zu.

10 operative Ziele zu Wissensvernetzung / Wissenstransfer und FuE sollen hier einen Beitrag zur optimalen Nutzung der Potentiale leisten.

4. Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung

Der Arbeitsmarkt im Amtsbezirk Braunschweig zeigt ein Stadt-Land Gefälle. Hauptsächlich in den Landkreisen Goslar und Osterode am Harz besteht ein erheblicher Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten. Auffällig ist das Problem der Arbeitslosigkeit besonders im peripheren ländlichen Raum sowie in der Stadt Salzgitter. Mit zunehmender Nähe zu den Großstädten, insbesondere Wolfsburg, nimmt die Zahl der Arbeitssuchenden deutlich ab. In den Städten Wolfsburg und auch Braunschweig sowie in Göttingen zeichnet sich bereits heute ein zunehmender Fachkräftemangel ab. Von der Problematik des Fachkräftemangels ist nicht nur der industrielle Bereich betroffen. Besonders im Bereich der Sozialwirtschaft, aber auch z.B. im landwirtschaftlichen Bereich ergeben sich hier erhebliche Probleme.

Erforderlich zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes im Amtsbezirk sowie dem frühzeitigen Entgegenwirken des Fachkräftemangels sind zukunftsorientierte und angepasste Konzepte zur Fachkräftegewinnung und –sicherung und zugleich gezielte Maßnahmen zur Aktivierung des vorhandenen Potentials von Arbeitskräften. Besonders die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist im Amtsbezirk steigerungsfähig.

Weiterhin notwendig ist die gezielte Vernetzung von Wissenschaft und Arbeitsmarkt für Ausbildung, Weiterbildung und Qualifikation zur Realisierung des Konzeptes für lebenslanges Lernen und die Gewährleistung des Zugangs zu Aus- und Weiterbildung für alle.

Das Handlungsfeld Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung ist eng verzahnt mit dem Bereich Wirtschaft, aber auch mit Mobilität und Siedlungsstruktur und –entwicklung / Daseinsvorsorge.

22 operative Ziele beschreiben umfassende Ansätze um die Herausforderungen des Handlungsfeldes Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung erfolgreich zu bewältigen.

5. Siedlungsstruktur und –entwicklung / Daseinsvorsorge

Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wirken sich auf die Nachfrage nach Wohnungen und Dienstleistungen, auf Angebote der Daseinsvorsorge sowie auf Arbeitsplätze aus. Konsequenzen hieraus ergeben sich in der Siedlungsstruktur und deren Entwicklung. Auch hier gestalten sich die Herausforderungen in den Grenzen des Amtsbezirkes Braunschweig sehr unterschiedlich. In den urbanen Räumen führt die erhöhte Wohnungsnachfrage zu erheblichen Preissteigerungen, schafft aber auch Investitionsanreize. Segregation und Gentrifizierung sind zu befürchten.

Der Amtsbezirk Braunschweig ist insbesondere im ländlich peripher gelegenen Bereich stark von Alterung und Einwohnerrückgang betroffen. Der Wohnungsüberhang wächst in diesen ländlichen Räumen und kann auch durch günstige Miet- und Kaufpreise nicht aufgefangen werden, so dass Leerstände zunehmen. In der Folge ist ein Verlust an Lebens- und Wohnqualität zu erwarten. Die Aufrechterhaltung vorhandener Einrichtungen (Daseinsvorsorge, Dienstleistung, Einzelhandel, infrastrukturelle Ausstattung) wird zunehmend erschwert. Von Bildung über Gesundheit bis zum Einzelhandel ergeben sich tiefe Einschnitte. In kleineren Orten des ländlichen Raumes ist bereits heute eine wohnortnahe Versorgung nicht mehr gegeben.

Das Handlungsfeld Siedlungsstruktur und –entwicklung / Daseinsvorsorge steht mit den Themen Mobilität, Arbeitsmarkt / Fachkräfte, Wirtschaft sowie im Besonderen auch der Gesundheits- und Sozialwirtschaft in einem engen Zusammenhang. Lösungsansätze müssen die hier bestehenden engen Verknüpfungen berücksichtigen und einbeziehen.

Strategisches Ziel innerhalb dieses Handlungsfeldes muss daher an erster Stelle die Sicherstellung der Daseinsvorsorge sowie die soziale Innovation sein. Darüber hinaus ist für die Entwicklung, Stabilisierung und Anpassung im ländlichen Raum sowie für eine nachhaltige Entwicklung der Städte Sorge zu tragen. Zudem muss der infrastrukturelle Ausbau der IKT / Breitbandausbau voranschreiten. Zur Verhinderung weiterer Abwanderungen ist eine Erhöhung der Lebensqualität und Attraktivierung der betroffenen Bereiche des Amtsbezirkes als Wohn- und Arbeitsort sowie der Erhalt des kulturellen Erbes und der Identität wichtig.

Wie vielfältig die Anknüpfungspunkte für Lösungsansätze gerade im Handlungsfeld Siedlungsstruktur und –entwicklung / Daseinsvorsorge sind, verdeutlichen 28 operative Ziele, auf deren Grundlage den Herausforderungen des Wandels begegnet werden muss.

6. Energie, Klimaschutz und Ressourceneffizienz

Energie, Klimaschutz und Ressourceneffizienz gehören ohne Frage generell zu den zentralen Themen der Zukunft. Mit Blick auf die intelligente Spezialisierung befindet sich der Amtsbezirk Braunschweig in einer hervorragenden Ausgangsposition um sich als Vorbild- und Kompetenzregion im Handlungsfeld Energie, Klimaschutz und Ressourceneffizienz zu etablieren. Auf den Gebieten E-Mobilität, Speichertechnologien, Rohstoffe, Recycling, um nur einige zu nennen, verfügt der Amtsbezirk über erhebliches Potential. Durch die Vernetzung der anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen an den regional ansässigen Hochschulen und der Wirtschaft ergeben sich wichtige Impulse und Fortschritte. Darüber hinaus sind als zusätzlicher Effekt auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu erwarten.

Die Etablierung als Kompetenzregion für Energie- und Ressourceneffizienz sowie CO₂-Reduzierung, als auch verstärkte Ful im Bereich Energie, Klimaschutz und Ressourceneffizienz sind daher vorrangige Ziele im Amtsbezirk Braunschweig. Darüber hinaus ist ein verstärkter Fokus auf energetische Sanierungen, die Steigerung der Energieeffizienz und die CO₂-Reduzierung – hierzu zählt auch die Problematik der CO₂-Speicherung in Moorflächen- zu legen.

Hochwasserschutz ist ebenso wie ein flächendeckender Gewässerschutz ein für den Amtsbezirk Braunschweig ebenfalls wichtiger Bestandteil des Handlungsfeldes Energie, Klimaschutz und Ressourceneffizienz. In Folge der Klimaveränderung ist mit einer Zunahme extremer Wetterverhältnisse zu rechnen, so dass der regionale Hochwasserschutz verbessert werden muss.

In Bezug auf Energie, Klimaschutz und Ressourceneffizienz verdeutlichen 16 operative Ziele das Spektrum der notwendigen Maßnahmen.

7. Landwirtschaft

Der Amtsbezirk Braunschweig ist in Teilen stark landwirtschaftlich geprägt und verfügt in weiten Bereichen über hoch bonitierte Böden mit überregional bedeutsamer Ertragsfähigkeit. Eine trotzdem vorhandene Strukturschwäche, insbesondere Südniedersachsens, schränkt jedoch die Wettbewerbsfähigkeit ein, verschlechtert Erschließungsmöglichkeiten und führt zu Kleinststrukturen.

Für den Amtsbezirk Braunschweig sind aus landwirtschaftlicher Sicht der Erhalt und die Stärkung einer möglichst vielfältigen, bäuerlichen Landwirtschaft, die Verbesserung landwirtschaftlicher Standortvoraussetzungen und Produktionsbedingungen sowie die Reduzierung des Flächenverbrauchs der landwirtschaftlichen Nutzfläche dringend erforderlich.

6 operative Ziele skizzieren in der regionalen Handlungsstrategie entsprechende Lösungsansätze im Handlungsfeld Landwirtschaft.

8. Gesundheits- und Sozialwirtschaft

Gesundheits- und Sozialwirtschaft sind von großer Bedeutung und stehen im Rahmen des demografischen Wandels insbesondere durch eine alternde Bevölkerung vor einer besonderen Herausforderung. Innerhalb des Amtsbezirkes Braunschweig wird dies zudem durch die Entwicklungen im ländlichen Raum, wie bereits im Handlungsfeld Siedlungsstruktur und –entwicklung / Daseinsvorsorge beschrieben, verstärkt.

Die ärztliche und fachärztliche Versorgung gerade im ländlich peripheren Gebieten wird zunehmend schlechter und auch für Bereiche wie Pflege etc. ergeben sich hier neue und schwierige Herausforderungen.

Erforderlich sind daher auf dem Gebiet der Gesundheits- und Sozialwirtschaft zukunftsfähige Konzepte zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sowie soziale Innovation.

Ferner ist eine Vernetzung der Sozialwirtschaft sowie deren Einbindung in die Prozesse zur Bewältigung von Problemen des demografischen Wandels erforderlich.

Erhebliches Potential auf dem Gebiet Medizin und Gesundheit bietet die Universitätsmedizin Göttingen, deren Position als Spitzenstandort weiterentwickelt und ausgebaut werden muss.

An insgesamt 18 operativen Zielen können sich im Rahmen der regionalen Handlungsstrategie Maßnahmen und Projekte für das Handlungsfeld Gesundheits- und Sozialwirtschaft orientieren.

D. Regionale Handlungsstrategie – Tabellarische Darstellung

Handlungsfeld	Strategische Ziele	Potentiale und Herausforderungen im Amtsbezirk Braunschweig	Operative Ziele
Mobilität	<p>I. Zukunftssicherung der Automobilregion und Weiterentwicklung zu einer Kompetenzregion für Verkehr und Mobilität</p> <p>II. Zukunftssicherung der Wirtschafts- und Industriestandorte durch entsprechende Entwicklung von Infrastruktur und Mobilitätskonzepten im Wirtschafts-, Waren- und Personenverkehr</p> <p>III. Sicherung funktions- und zukunftsfähiger Infrastruktur und Mobilitätskonzepte als Ergänzung und Alternative sowie im Individualverkehr</p> <p>IV. Aufrechterhaltung und bedarfsgerechte Anpassung der Mobilität für die Bevölkerung im ländlichen</p>	<p>Der Amtsbezirk Braunschweig ist auf Straße und Schiene überregional gut angebunden. Bedarfe bestehen insbesondere in der Anbindung des Raumes Wolfsburg nach Norden (Lüneburg) über die geplante A 39 und im erforderlichen Ausbau vorhandener Bundesautobahnen (A 2, A 7). Zu Spitzenzeiten treten im Raum Wolfsburg / Braunschweig auf A 2 und A 39 Verkehrsempässe auf, die sich auch für die Wirtschaft belastend auswirken (Zeitverluste, Logistikprobleme). Konsequenzen für Standortentscheidungen von Wirtschaft und Arbeitnehmern sind zu befürchten. Dies gilt ebenso für den Bereich der Wasserwege, deren Nutzung mit Mittellandkanal, Stichkanal Salzgitter und auch den Schleusen eine bedeutende Rolle zukommt.</p> <p>Zum Amtsbezirk gehört der größte Knotenpunkt der Automobilwirtschaft, dies beinhaltet nicht nur Autobau, sondern die komplette Wertschöpfungskette, aus der sich in diesem Bereich ein erhebliches Entwicklungspotential ergibt.</p> <p>Innerhalb des Amtsbezirks weist das Straßennetz noch einen teilungsbeding-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Kernkompetenzen in den Bereichen alternative Antriebe, schienengebundener Verkehr, Luftfahrt, E-Mobilität, Leichtbau • Ausbau, Erweiterung ,Verbesserung und Unterhaltung der Straßenverkehrsinfrastruktur, insbesondere nach dem Bundesverkehrswegeplan • Ausbau, Erweiterung ,Verbesserung und Unterhaltung der Schieneninfrastruktur sowie Prüfung der Reaktivierung von Bahnlinien im ÖPNV • Verbesserung der infrastrukturellen Vernetzung des Amtsbezirkes mit umliegenden Ballungszentren, auch länderübergreifend • Ausbau, Erweiterung ,Verbesserung und Unterhaltung des Binnenwasserstraßennetzes und der Binnenhafenstandorte (Bsp. Ausbau Stichkanal Salzgitter, Mittellandkanal oder auch Ertüchtigung der Schleuse Scharnebeck) • Intensivierung von Straßenunterhaltung und -instandsetzung

	<p>Raum</p>	<p>ten Restausbaubedarf im Netz der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen auf. Im Schienennetz stellt die Eingleisigkeit im Bereich Weddel einen Engpass dar, der sich insbesondere auf die Attraktivität des Regionalverkehrs negativ auswirkt.</p> <p>Eine gute Verkehrsanbindung ist für den Amtsbezirk von großer Bedeutung. Derzeit laufen Verfahren auf Bundesebene (z.B. Bundesverkehrswegeplan) sowie Landesebene (z.B. Reaktivierung von Bahnstrecken), um die Bedingungen zu verbessern.</p> <p>Die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs bedarf im Vergleich mit der im Raum Hannover erreichten Qualität einer weiteren Steigerung hinsichtlich Takt, Vertaktung und Wagenmaterial. Der weiteren Ausdünnung der Fahrpläne und dem Rückgang der Finanzierungsmittel bei gleichzeitig steigenden Kosten, Bevölkerungsabnahme bei Schülern und Erwerbstätigen muss zur Erhaltung von Wohn- und Lebensqualität und im Hinblick auf Klimaschutzziele begegnet werden.</p> <p>Die Erreichbarkeit von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Fachärzten u.a.m. aus peripher gelegenen Räumen stellt bei zurückgehender und alternder Be-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Intelligentes Verkehrsflussmanagement Satellitennavigation, intelligente Verkehrssysteme sowie intelligente Fahrzeuge / Fahrzeugsysteme • Verbesserung der Organisation des Pendlerverkehrs (Intermodalität im Individualverkehr, Mobilitätsknotenpunkte, z.B. in Wolfsburg, zur Verknüpfung von Individualverkehr und ÖPNV; Portal) • Optimierung der ÖPNV-Vernetzung, auch länderübergreifend • Verbesserung der Anbindung des Verkehrsflughafens Braunschweig durch ÖPNV • Erhalt und Stärkung des ÖPNV und der Mobilitätsbeziehungen durch Attraktivitätssteigerung in den Ballungsräumen und flexible Lösungen im ländlichen Raum (z.B. Pendler, Tourismus, Bürgerbusse, Anrufsammeltaxis, E-Mobilität; auch Schiene; auch inklusiver, barrierefreier Nahverkehr) • Neue Mobilitätskonzepte für den ländlichen Raum entwickeln und umsetzen • Ausbau, Erweiterung ,Verbesserung und Unterhaltung der Radwegeinfrastruktur und ihrer Begleitinfrastruktur; Verbesse-
--	--------------------	---	--

		<p>völkerung eine besondere Herausforderung dar. Insbesondere im ländlichen Raum wird die Finanzierbarkeit eines attraktiven ÖPNV zur Herausforderung. Die geringere Bevölkerungsdichte und der Faktor der alternden Bevölkerung erfordern neue Überlegungen zur Mobilität</p>	<p>rung des Radverkehrs (auch E-Bike)</p>
--	--	--	---

Handlungsfeld	Strategische Ziele	Potentiale und Herausforderungen im Amtsbezirk Braunschweig	Operative Ziele
Wirtschaft	<p>I. Stärkung und Weiterentwicklung der Forschungs- und Wissenschaftsregion</p> <p>II. Zukunftssicherung der Automobilregion und Weiterentwicklung zu einer Kompetenzregion für Verkehr und Mobilität</p> <p>III. Fokussierung auf vorhandene Kompetenzfelder und Ausbau der Potentiale, insbesondere im Bereich vorhandener industrieller Kerne</p> <p>IV. Aktivierung des Innovationspotentials von KMU und im Handwerk</p>	<p>Der Amtsbezirk Braunschweig ist eine der in Europa führenden Forschungs- und Wissenschaftsregionen und verfügt hier über erhebliches Potential und für die Zukunft wichtige Kernkompetenzen. Darüber hinaus ist die Bedeutung der Automobilindustrie im Großraum Braunschweig-Wolfsburg überragend. Salzgitter und Peine sind stark von der Stahlindustrie geprägt. Gleichzeitig ist durch die Konzentration auf einen Wirtschaftsbereich die Krisenanfälligkeit in den industriellen Zentren beachtlich.</p> <p>Der Anteil des produzierenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung ist in der Region Braunschweig-Wolfsburg mit mehr als zwei Dritteln der höchste in ganz Niedersachsen. Die Gründungsdynamik im Amtsbezirk Braunschweig ist insgesamt jedoch unterdurchschnittlich.</p> <p>Die Kultur- und Kreativwirtschaft erweist sich in stark von Industrie und Wissenschaft geprägten Bereichen als bedeutendes, eigenständiges Wirtschaftsfeld. Sie verfügt über eine gute Ausgangsposition im Wettbewerb.</p> <p>Braunschweig, Wolfsburg und Göttingen verfügen über ein herausragendes Innovationspotential.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Kernkompetenzen <ul style="list-style-type: none"> - Automotive - Alternative Antriebe und E-Mobilität - Recycling und Ressourceneffizienz - IT - Leichtbau / neue Materialien - Verkehr - Intelligente Verkehrssysteme und Fahrzeuge sowie Satellitennavigation - Logistik - Aviation - Medizintechnik - eHealth - Mess- und Regeltechnik - Tourismus / Gesundheits- und Sozialwirtschaft - Chemie - Verpackungscluster - Biotechnologie • Größere <u>Diversifizierung</u>, durch gezielte Unterstützung der Ansiedlung branchenverwandter / -naher Industrie und unternehmensorientierter Dienstleister zur Verringerung der Krisenanfälligkeit und zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes • Optimierung der Nutzung vorhandener

		<p>Wolfsburg weist Potentiale durch ein hohes Beschäftigungswachstum auf.</p> <p>Die südliche Region hat eine heterogenere Wirtschaftsstruktur. Der Landkreis Göttingen ist durch die dortige Gesundheitsbranche und die Universität Göttingen in besonderem Maße dienstleistungsorientiert. Ein wichtiges Arbeitsplatzzentrum ist die Stadt Göttingen.</p> <p>Industrielle Kerne im gesamten Amtsbezirk verfügen über Innovationspotential (sowohl moderne Wachstumsbranchen wie z.B. Mess- und Regeltechnik und Medizintechnik als auch einzelne Unternehmen aus traditionellen Branchen wie z.B. Gummi- und Kunststoffverarbeitung, Metallverarbeitung, Druck- und Verpackungsindustrie, chemische Industrie, Ernährungswirtschaft).</p> <p>Einige wachstumsstarke Wirtschaftszweige, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, insbesondere in Südniedersachsen, haben allerdings eine eher geringe Ausstrahlungskraft in die Region.</p> <p>Im eher ländlichen geprägten Raum besteht eine teilweise erhebliche Strukturschwäche. Es sind eine schwache wirtschaftliche Entwicklung und ein wenig dynamischer und monostruktureller</p>	<p>Potentiale und Ressourcen; Schwerpunktsetzung im Bereich der Zusammenarbeit und Kooperation zur Umsetzung regional bedeutsamer Projekte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sichtbarmachung und Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft, z.B. durch Vernetzung zwischen Wirtschaft und Kultur- und Kreativschaffenden • Ansiedlung anwendungsorientierter Forschungsinstitute zur Ergänzung der überwiegend betriebenen Grundlagenforschung • Engere Verknüpfung zwischen Studierenden und Unternehmen durch Nutzung der Potentiale studentischer Forschung, z.B. im Rahmen von gemeinsamen Lehrveranstaltungen mit Unternehmen, Praktika und Abschlussarbeiten • Nutzbarmachung der unternehmensnahen Forschungsinfrastruktur, insbesondere für KMU, und Erhöhung der Beteiligung von KMU an FuE • Schaffung optimaler Standortbedingungen für Unternehmen, Forschung und Wissenschaft, unter anderem durch wirtschaftsnahe Infrastruktur • Unterstützung von Unternehmensaufbau und Unternehmenswachstum von Jung-
--	--	---	---

		<p>Arbeitsmarkt zu verzeichnen.</p> <p>Es gibt aber auch im ländlichen Raum Potentiale im Bereich der vorhandenen industriellen Kerne, in denen KMU klar im Vordergrund stehen. Daneben haben auch große Unternehmen eine wichtige stabilisierende Wirkung.</p> <p>Einer der wichtigsten Wirtschaftsbereiche - vor allem im Harz sowie im Solling - ist der Tourismus mit zweifelsohne noch immer erheblichen Investitionsbedarf, aber auch echtem Potential in der Tourismusbranche, insbesondere im Bereich des Gesundheitstourismus und der Gesundheitswirtschaft, echtes Wachstum zu generieren. Eine verstärkte Fokussierung auf diesen Bereich beeinflusst nicht nur Wirtschaft und Arbeitsmarkt und Gesundheit, sondern begünstigt auch auf die Attraktivität der Region als Wohnort. Aufgrund einer bereits guten Ausgangslage im Radwegenetz bietet der Amtsbezirk Potentiale im Bereich des Radtourismus.</p> <p>Die Förderung des Tourismus eignet sich insbesondere als Instrument der Wirtschaftsförderung und in ausgesprochenen Gunsträumen mit einem besonders hohen landschaftlichen und kulturellen Potenzial sowie einem hohen Freizeitwert. Hierbei spielen auch das</p>	<p>unternehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere von KMU, z.B. durch produktive Investitionen • Erhöhung der Gründungsaktivitäten, insbesondere von KMU, (vor allem auch aus der Verknüpfung von Hochschulen und Unternehmen) durch Schaffung einer offenen und integrativen Gründerkultur sowie idealen Startbedingungen; Stärkung des Gründungsklimas • Verstärkte Fokussierung auf KMU und das Handwerk zur Nutzung des dort vorhandenen Potentials für nachhaltiges Wachstum • KMU und Handwerk in den industriellen Kernen ländlicher Räume bedarfsgerecht unterstützen • Ländliche Innovationssysteme – KMU und Handwerk – durch Schaffung thematisch-inhaltlicher Profile etablieren • Förderung hochwertiger Arbeitsplätze in KMU und Handwerk sowie Unternehmensgründungen in Branchen aus dem Bereich der Kernkompetenzen • Schwerpunktsetzung im Bereich der Innovation im Bereich der Daseinsvorsorge;
--	--	--	--

		<p>UNESCO-Welterbe sowie das sonstige kulturelle Erbe eine große wirtschaftliche Rolle.</p>	<p>soziale Innovation am Markt; Entwicklung intelligenter Infrastruktur- und Versorgungs- und Mobilitätskonzepten für und in ländlichen Räumen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unternehmensnachfolge; Unterstützung der Übergabe von Betrieben an Nachfolger, insbesondere für KMU • Entwicklung und Attraktivierung qualitativ hochwertiger und nachhaltiger touristischer Konzepte und Angebote in den verschiedenen Segmenten sowie Infrastruktur, insbesondere im Natur-, Kultur-, Sport- und Gesundheitstourismus, u.a. durch die bessere Vernetzung und die kooperative Weiterentwicklung der Angebote • Entwicklung und Attraktivierung des Veranstaltungs- und Tagungsmanagements sowie von Angeboten für Geschäftsreisen • Verbesserung des Radtourismus
--	--	---	--

Handlungsfeld	Strategische Ziele	Potentiale und Herausforderungen im Amtsbezirk Braunschweig	Operative Ziele
Wissensvernetzung / Wissenstransfer / FuE	<p>I. Stärkung und Weiterentwicklung der Forschungs- und Wissenschaftsregion</p> <p>II. Stärkung der anwendungsorientierten Forschung</p> <p>III. Erhöhung der Ausgründungen aus Hochschulen in der Region</p> <p>IV. Ausbau des Wissenstransfers aus der Wissenschaft in die Unternehmen durch Weiterbildung / Qualifikation / Vernetzung / Kooperation</p>	<p>Als eine der in Europa führenden Forschungs- und Wissenschaftsregionen verfügt der Amtsbezirk Braunschweig über eine diversifizierte Hochschul- und Forschungslandschaft mit sechs Landkreisen/kreisfreie Städte, die Hochschulstandorte aufweisen.</p> <p>An den Hochschul- und Forschungsstandorten ergibt sich Entwicklungspotential aus der Vernetzung zwischen Forschungseinrichtungen und der regionalen Wirtschaft. Zudem sind die Hochschulen potentielle Fachkräftequellen für den regionalen Arbeitsmarkt sowie potentielle Unternehmensgründer (Ausgründungen aus Hochschulen oder frühzeitige Bindung an die Region durch das ermöglichen anwendungsorientierter Forschung).</p> <p>Hochschulen mit ingenieurwissenschaftlicher bzw. anwendungsbezogener Orientierung sind in besonderem Maße in den Suchprozess nach besonderen Potentialen für den Wissenstransfer einzubeziehen.</p> <p>Gerade für den Bereich der Innovation ist der Aspekt des Wissenstransfers von besonderer Bedeutung. KMU fehlt oft der Zugang zu den Potentialen der Hochschulen, so dass hier erhebliche</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau und Verstetigung von Forschungskapazitäten zur Stärkung der Spitzenforschung • Bessere Vernetzung zwischen Forschungseinrichtungen untereinander sowie zwischen Hochschulen und regionaler Wirtschaft • Hochschule als Kooperationspartner für betriebliche FuE und Innovation etablieren; auch unter Einbeziehung der Sozialpartner und sozialer Innovation • Fokussierung auf Anwendungsorientierung und lokalen Wissenstransfer sowie gesellschaftlichen Diskurs • Ansiedlung anwendungsorientierter Forschungsinstitute zur Ergänzung der überwiegend betriebenen Grundlagenforschung • Nutzung des Anwendungspotentials studentischer Forschung für Unternehmen (Lehrveranstaltungen mit Unternehmen, Praktika, Abschlussarbeiten) • Frühzeitige Verbindungen zwischen Studierenden und Unternehmen der Region schaffen, um Arbeitskräfte in der Region zu halten bzw. auch auswärtige und aus-

		<p>Chancen und Potentiale noch ungenutzt bleiben. Die Fachhochschulen im Amtsbezirk haben eine besondere Bedeutung für den regionalen Wissenstransfer.</p> <p>Eine weitere zentrale Komponente des Wissenstransfers ist das lebenslange Lernen, also auch Bildungs-, Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen. Dies hat ebenso Relevanz für den Arbeitsmarkt und die Fachkräfteproblematik.</p> <p>Der Amtsbezirk Braunschweig bietet erhebliches Entwicklungspotential im Bereich Intermodalität im Verkehr, insbesondere der Forschungsflughafen Braunschweig und die dazugehörigen Forschungseinrichtungen.</p>	<p>ländische Studierende als Arbeitskräfte für die Region zu gewinnen und die Gründungsaktivität zu erhöhen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Hochschulen und verbesserte Inwertsetzung ihrer Wissens- und Innovationspotentiale für die Unternehmen der Region (Wissenstransfer) • Weiterbildung und Qualifikation von Arbeitnehmern für innovative technologische Prozesse und zur Diversifizierung in verwandte Industriebranchen • Nachqualifizierung für Personen ohne Berufsausbildung, insbesondere für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte
--	--	---	---

Handlungsfeld	Strategische Ziele	Potentiale und Herausforderungen im Amtsbezirk Braunschweig	Operative Ziele
Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung	<p>I. Zukunftsorientierte und angepasste Konzepte zur Fachkräftegewinnung und –sicherung</p> <p>II. Gezielte Maßnahmen zur Aktivierung des vorhandenen Potentials von Arbeitskräften</p> <p>III. Gezielte Vernetzung von Wissenschaft und Arbeitsmarkt für Ausbildung, Weiterbildung und Qualifikation zur Realisierung des Konzeptes für Lebenslanges Lernen</p> <p>IV. Zugang zu Aus- und Weiterbildung für alle gewährleisten</p>	<p>Bei Betrachtung von Arbeitsmarkt und Beschäftigung ist ein Stadt - Land Gefälle festzustellen: Insbesondere in den Landkreisen Goslar und Osterode am Harz weist die Region Braunschweig - Göttingen einen Mangel an Arbeitsplätzen auf. Die Arbeitslosigkeit ist besonders im peripheren ländlichen Raum und in der Stadt Salzgitter auffällig und nimmt im „Speckgürtel“ der Großstädte, insbesondere in und um Wolfsburg deutlich ab. Hier wie auch in Braunschweig und Göttingen zeichnet sich zunehmend ein Fachkräftemangel ab. Mit diesem Gefälle korrespondiert der bis 2030 prognostizierte besonders starke Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung im peripheren ländlichen Raum (insbesondere im Landkreis Osterode am Harz, ähnlich auch in den Landkreisen Goslar und Northeim).</p> <p>Die Erwerbsbeteiligung von Frauen kann gesteigert werden, ebenso die der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer, vor allem im Landkreis Northeim, aber auch in den Landkreisen Peine, Wolfenbüttel und Helmstedt. Insbesondere hier und in den Landkreisen Gifhorn, Osterode am Harz und Wolfenbüttel sowie in der kreisfreien Stadt Wolfsburg ist auch die Erwerbsbeteiligungsquote älterer Personen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung abgestimmter Strategien zur Fachkräftesicherung • Konzepte zur Gewinnung von Fachkräften in In- und Ausland; Willkommenskultur • Gute Arbeitsbedingungen und Anreize in allen Sparten des Arbeitsmarktes schaffen und Attraktivität der Berufe (insbesondere in Branchen wie Sozialwirtschaft, Dienstleistung, Tourismus, etc.) steigern • Entwicklung von Dienstleistungen für eine sich gesellschaftlich und strukturell verändernde Bevölkerung (Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur, Sport, Tourismus und Erholung) zur Schaffung neuer Beschäftigungsperspektiven • Aktivierung der „stillen Reserve“, Inwertsetzung des vorhandenen Bildungspotentials von Frauen sowie allgemein Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen am Arbeitsmarkt und im Erwerbsleben (insbesondere Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen im Norden der Region) • Schaffung von zukunftsfähigen und bedarfsgerechten Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

		<p>(zwischen 55 und unter 65 Jahren) steigerungsfähig.</p> <p>Der Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist im Amtsbezirk Braunschweig im Jahr 2012 unterdurchschnittlich.</p> <p>Eines der großen Themen des Arbeitsmarktes ist überdies Fachkräftegewinnung und -sicherung. Fachkräfte sind Grundlage für Innovation.</p> <p>Betroffen ist die Industrie ebenso wie Forschung, insbesondere aber die Sozialwirtschaft.</p> <p>Auch die Landwirtschaft ist hiervon betroffen. Landwirtschaftliche Betriebe sind heutzutage Unternehmen, deren Betreiber oftmals aber nicht über einen optimalen Ausbildungsbackground verfügen, z.B. im betriebswirtschaftlichen Bereich.</p> <p>Vorhandenes Arbeitskräftepotential wird nicht optimal genutzt. Dies ist insbesondere in eher monostrukturell geprägten Gebieten (z.B. ländliche Gebiete wie auch Industriestandorte) der Fall. Dort sind starke Anpassungstendenzen im Arbeitsmarkt und im Rahmen der Berufswahl zu verzeichnen, welche berufliche Entwicklungen blockieren und Potentiale ungenutzt lassen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung Erwerbsbeteiligungsquote älterer Personen (zwischen 55 und unter 65 Jahren) • Inwertsetzung des vorhandenen Bildungspotentials von Personen mit Migrationshintergrund • Unterstützung von Menschen mit Benachteiligungen bei der Integration in den Arbeitsmarkt (Inklusion) • Stärkung dualer Ausbildungssysteme • Regionale Arbeitsmarktstrategien erarbeiten • Unterstützung von Netzwerktätigkeiten im Bereich Arbeitsmarkt und Fachkräfte sowie von regionalen Fachkräftebündnissen, insbesondere im Rahmen der Fachkräfteinitiative Niedersachsen • Qualitativ gute und ausreichende Angebote im Bereich Bildung, Ausbildung, Fortbildung, Weiterbildung und Qualifizierung (Lebenslanges Lernen) schaffen, insbesondere durch bessere Vernetzung von Wissenschaft, Hochschulen und sonstigen Bildungsträgern sowie insbesondere Unternehmen, Handwerk, Dienstleistung • Konzepte für Schul- und Studienabbre-
--	--	---	--

		<p>Um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken ist es notwendig, bereits vor der Berufswegwahl in und mit den Schulen und Ausbildungsbetrieben vertiefte Berufsorientierung anzubieten. So kann bei Schülerinnen und Schülern die Motivation für einen adäquaten Schulabschluss gesteigert sowie die Quote der Ausbildungsabbrüche gesenkt werden. Darüber hinaus können volkswirtschaftlich relevante Berufsbilder in den Blickpunkt gerückt werden, die bei den Schülern bisher unbekannt waren. Durch modulartigen Aufbau der vertieften Berufsorientierung können lokale Besonderheiten / spezifische Bedarfe berücksichtigt werden.</p> <p>Dem Themenbereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) kommt insbesondere im Amtsbezirk Braunschweig eine wichtige Schlüsselrolle zu.</p>	<p>cher</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewinnung von auswärtigen und ausländischen Hochschulabsolventen für den regionalen Arbeitsmarkt • Öffnung der Hochschulen für neue Zielgruppen • Maßnahmen zur Grundbildung sowie zur Weiterbildung, insbesondere für Arbeitnehmer zur Qualifizierung für innovative technologische Prozesse und zur Diversifizierung in verwandte Industriebranchen • Nachqualifizierung für Personen ohne Berufsausbildung, insbesondere für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte • modulare Programme zur Berufsorientierung zur Anpassung an regionale Bedarfe bei größtmöglicher Standardisierung • Übergangmanagement Schule und Beruf weiterentwickeln • Maßnahmen zur Förderung von MINT, insbesondere Technikinteresse und Technikkompetenz von Kindern und Jugendlichen befördern • Steigerung der Attraktivität der Region für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
--	--	---	--

			d.h. konkreter Zusammenhang mit den Handlungsfeldern Wohnstandortentwicklung, Breitband, Mobilität, Wirtschaft und Lebensqualität, z.B. auch durch das Vorhalten wohnortnaher Infrastruktur u.a. im Bereich der kulturellen Einrichtungen und Sportstätten
--	--	--	--

Handlungsfeld	Strategische Ziele	Potentiale und Herausforderungen im Amtsbezirk Braunschweig	Operative Ziele
Siedlungsstruktur und –entwicklung / Daseinsvorsorge	<p>I. Sicherstellung der Daseinsvorsorge / soziale Innovation</p> <p>II. Entwicklung, Stabilisierung und Anpassung des ländlichen Raumes und nachhaltige Entwicklung der Städte</p> <p>III. Infrastruktureller Ausbau IKT / BREITBAND</p> <p>IV. Erhöhung der Lebensqualität und Attraktivierung der Region als Wohn- und Arbeitsort / Inwertsetzung von Natur und Landschaft</p> <p>V. Erhalt des kulturellen Erbes und der Identität</p>	<p>Die Wohnungsnachfrage in urbanen Räumen hat Preissteigerungen zur Folge, macht aber Investitionen in Neubau und Bestand interessant. Segregation und Gentrifizierung sind zu befürchten.</p> <p>Der Wohnungsüberhang in ländlichen Räumen fördert die Eigentumsbildung. Günstigere Miet- und Kaufpreise sind zu erwarten. Investitionen in Neubau und Bestand amortisieren sich nicht mehr zwangsläufig. Leerstand, insbesondere in den Ortskernen, lässt einen Verlust an Lebens- und Wohnqualität erwarten.</p> <p>Die Region ist insbesondere in ländlich peripher gelegenen Bereichen stark von Alterung und Einwohnerrückgängen betroffen, die die Aufrechterhaltung der vorhandenen Einrichtungen (Daseinsvorsorge, Dienstleistungen, Einzelhandel, infrastrukturelle Ausstattung) erschweren. Diesem Themenkomplex nehmen sich bereits integrierte ländliche Entwicklungskonzepte und Regionalmanagements an.</p> <p>Die Reduktion und die Konzentration der Angebote der Daseinsvorsorge auf die zentralen Orte schreiten weiter voran. Betroffen ist das gesamte Spektrum der Daseinsvorsorge, welche die Lebensqualität in den Städten und Dör-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Aktive Bestands- und Innenentwicklung; Erarbeitung integrierter Entwicklungskonzepte, zielgerichteter Einsatz der Dorferneuerung, Ausbau der Städtebauförderung, Intensivierung der Beratung und Förderung von Einzelsanierungen und Schaffung rechtlicher und finanzieller Voraussetzungen zum Rückbau • Einrichtung einer Wohnungsmarktbeobachtung im Hinblick auf frühzeitige Feststellung von Veränderungen der Nachfrage, insbesondere in Räumen mit Bevölkerungsrückgängen • Prüfung der Einrichtung eines regionalen Brachflächen- und Leerstandskataster auf seine Geeignetheit als Informations- und Handlungsgrundlage in ländlich geprägten Räumen • Einrichtung eines regionalen Flächen- und Gebäudemanagements, mit dem der Bebauung von Innenbereichsflächen an Stelle von Neubaugebieten am Ortsrand der Vorzug gegeben werden kann • Koordinierte interkommunal abgestimmte Flächennutzungsplanung • Differenzierte Begründung der Neuausweisung von Baugebieten an optimalen

		<p>fern prägt: Von Bildung über Gesundheit bis zum Einzelhandel ergeben sich Einschnitte. In einigen kleineren Orten des ländlichen Raumes ist eine wohnortnahe Versorgung schon heute nicht mehr gegeben.</p> <p>Die elektronische Erreichbarkeit gerade auch des ländlichen Raumes macht es erforderlich, den flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung sicherzustellen, um Chancengleichheit für Bürger und Betriebe in bisher nicht oder schlecht angeschlossenen Räume zu gewährleisten. Breitband im Next-Generation-Access-Standard bzw. schnelles Internet ist heutzutage als wesentlicher Standortfaktor unverzichtbar sowohl für Industrie, Handwerk und Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich, im Bildungsbereich und auch für private Haushalte. Zudem ist dies auch für neue Mobilitäts- und Versorgungskonzepte erforderlich. Das Land Niedersachsen hat daher eine Breitbandstrategie für Niedersachsen beschlossen, um bis 2020 möglichst alle Haushalte in Niedersachsen mit einem Breitbandanschluss für das schnelle Internet zu versorgen.</p> <p>Insbesondere in ländlichen Regionen haben Nachbarschaftshilfe und Ehrenamt als Ersatz fehlender institutionalisierter Dienstleistungen seit jeher eine</p>	<p>Standorten (gute Verkehrsanbindung, gute infrastrukturelle Ausstattung, geringe Eingriffe in Landwirtschaft, Natur und Landschaft) mittels Bestands- und Prognosewerten zur Vermeidung von Fehlinvestitionen im öffentlichen wie privaten Bereich</p> <ul style="list-style-type: none"> • Berücksichtigung der Folgekosten der „Entdichtung“ und der Neuausweisung von Baugebieten • Forcierung der energetischen Sanierung und des generationengerechten Umbaus des Bestandes im Hinblick auf den Klimawandel und die Alterungsprozesse • Erarbeitung von Strategien zur Anpassung der Infrastruktur an die sich wandelnde und schrumpfende Bevölkerung im Zusammenhang mit Entwicklungskonzepten • Unterstützung und Entwicklung von zentralen Orten (in regionaler Abstimmung) als Anker in der Fläche in Gebieten mit zurückgehender Bevölkerungszahl • Dezentralisierung öffentlicher Behörden und Einrichtungen in strukturschwache Gebiete, soweit funktional sinnvoll • Vorrangig Neubau von Wohnungen auch unter sozialen Gesichtspunkten in urba-
--	--	---	---

		<p>größere Bedeutung als in städtischen Räumen. Damit bieten diese ländlichen Räume tendenziell günstigere Ausgangsbedingungen, unter dem Vorzeichen des demografischen Wandels und zurückgehender öffentlicher und privater Dienstleistungen Defizite zu kompensieren</p> <p>Ehrenamtliche Tätigkeit wird mehr und mehr als modere Dienstleistung für das Gemeinwohl in Freizeit, Bildung, Kultur, Sport und Fürsorge orts- und lebensweltnah wahrgenommen.</p> <p>Aufgrund der Tatsache, dass es immer weniger junge Menschen gibt, wird sich die Nachwuchsgewinnung für ehrenamtliches Engagement erschweren. Es müssen Formate geschaffen werden, um für jüngere Menschen die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt attraktiver zu gestalten.</p> <p>Die Innenentwicklung bietet Chancen zur Aufwertung der Orte, zur familiengerechten Weiterentwicklung und zur Erhaltung der Lebensqualität und Identität.</p> <p>Maßnahmen im Bereich der Touristischen Infrastruktur und im Bereich Erholung / Naherholung kommen auch Bevölkerung zu Gute und machen Ort als Wohnort attraktiver, so dass</p>	<p>nen Räumen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung eines systematischen Rückbaus verfallender Immobilien über Einzelfälle hinaus im Rahmen von Stadt- und Dorfumbauprogrammen • Brachflächensanierung • Interkommunale Abstimmung und Zusammenarbeit sowie Entwicklung von Gewerbeflächenpools • Ausbau der Breitbandversorgung • Zukunftsorientierter Ausbau IKT • Sicherung, Entwicklung und Anpassung sozialer, kultureller und technischer Infrastruktur an eine veränderte regionale Nachfrage, insbesondere im ländlich peripheren Raum • Entwicklung interkommunaler innovativer und nachhaltiger Lösungen bei Sicherung, Entwicklung und Anpassung von Dienstleistungen und Infrastruktur unter Zuhilfenahme des Instruments der Dorfentwicklung • Sicherung der Nahversorgung. Förderung kooperativer, ggf. mobile Projektansätze zur Versorgung kleinerer Ortsteile
--	--	---	---

		<p>gezielte Maßnahmen in wichtigen Wirtschaftsbereichen der jeweiligen Region auch helfen dem demografischen Wandel, insbesondere der Abwanderung, entgegenzuwirken.</p> <p>Der Amtsbezirk ist geprägt durch vielfältige kulturelle Güter und Einrichtungen. Diese sind von besonderem Wert sowohl für Tourismus, als auch für die Attraktivität der Region allgemein. Der Erhaltung und nachhaltigen Weiterentwicklung des kulturellen Erbes kommt daher eine wichtige Funktion zu, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Welterbestätten im Amtsbezirk.</p> <p>Es muss aber auch die Frage gestellt werden wie dezentrale Besiedlung im ländlichen Raum erhalten und in welchem Umfang sie überhaupt erhalten werden kann.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung interkommunaler Infrastrukturkonzepte als Entscheidungsgrundlage für zukünftige Investitionsentscheidungen und gemeinsam durchzuführende, interkommunale Infrastrukturprojekte • Attraktivierung der Region als Wohn- und Arbeitsregion, u.a. durch Aufwertung der „weichen Standortfaktoren“ (z.B. Bildung, Kultur, Sport, Freizeit) • Inwertsetzung von Natur und Landschaft • Stärkung der regionalen Identität und eines positiven Images der Region, z.B. durch ein abgestimmtes Regionalmarketing • Ausbau der Kinderbetreuungsangebote • Stärkung des Ehrenamtes • Erhaltung und nachhaltige Weiterentwicklung des kulturellen Erbes und weitere Inwertsetzung des UNESCO-Welterbes • Unterstützung der Baukultur
--	--	---	--

Handlungsfeld	Strategische Ziele	Potentiale und Herausforderungen im Amtsbezirk Braunschweig	Operative Ziele
Energie, Klimaschutz und Ressourceneffizienz	<p>I. Etablierung als Kompetenzregion für Energie- und Ressourceneffizienz sowie Entwicklung von Konzepten und Technologien zur CO₂-Reduzierung</p> <p>II. Unterstützung der Energiewende, z.B. durch energetische Sanierungen und Steigerung der Energieeffizienz sowie CO₂-Reduzierung</p> <p>III. Verstärkte Ful im Bereich Energie, Klima- und Ressourcenschutz</p> <p>IV. Regionaler Hochwasserschutz und Gewässerschutz</p>	<p>Nicht nur im Hinblick auf die Vorgaben der EU, sondern insbesondere in Bezug auf Klimaaspekte und endende Rohstoffe ist Energie, Klimaschutz und Ressourceneffizienz eines der wichtigsten Themen der Zukunft.</p> <p>Der Aufbau bzw. die Stärkung von Schnittstellen im Bereich Energie- und Ressourceneffizienz, insbesondere die CO₂-Reduzierung, bietet die Möglichkeit, sich als Vorbild- und Kompetenzregion in diesen Themen zu etablieren. Die anwendungsorientierten Hochschulen sind für diesen Prozess zu stärken und vermehrt einzubinden, um das Innovationspotential und die Wirtschaft für die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen zielgerichtet zu vereinen. Der Amtsbezirk verfügt hier bereits über vielfältige wissenschaftliche und unternehmerische Kompetenzen sowie Einrichtungen.</p> <p>Gerade im Raum Braunschweig / Wolfsburg / Salzgitter ist der Energieverbrauch der Großindustrie sehr hoch, daher sollte hier erklärtes Ziel die CO₂-Senkung sein. Aufgrund der starken Ausprägung der Mobilitätswirtschaft bietet der Sektor der Verkehrs- und Mobilitätsbranche vielfältige Ausgangspunkte für Innovationen zur CO₂-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Fokussierung auf Forschung, Innovation und Anwendung in den vorhandenen <u>Kompetenzbereichen</u> <ul style="list-style-type: none"> - Energieeffizienz - regenerative Energien - E-Mobilität - Speichertechnologie - Rohstoffe - Recycling - Biokohle - seltene Erden - Werkstoffe / neue Materialien • Bessere Vernetzung zwischen Forschungseinrichtungen untereinander sowie zwischen Hochschulen und regionaler Wirtschaft, insbesondere im Bereich Energie, Klima- und Ressourcenschutz • Gründung, Ausbau und Unterstützung von regionalen Effizienzagenturen / Vereinen • Fortführung von Clusterinitiativen der Recyclingwirtschaft (Harz) • Energetische Sanierung über Einzelgebäude hinaus auch im Verbund von Stadtquartieren und Stadt- und Dorfkernen • Energetische Sanierung und Unterstüt-

		<p>Reduzierung.</p> <p>Problematisch ist die Speicherung von CO₂ in Moorflächen z.B. im Landkreis Gifhorn. Die Verringerung des Austrags von CO₂ in Moorflächen stellt hier eine Herausforderung der kommenden Jahre dar.</p> <p>Zur Unterstützung der Energiewende ist es erforderlich Flächen für Photovoltaik, Windräder etc. zur Verfügung zu stellen. Derzeit werden hierfür teilweise Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen, welche somit der Nahrungsmittelproduktion nicht mehr zur Verfügung stehen.</p> <p>Auf Landesebene hat die Klimaschutz und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) die Arbeiten aufgenommen. In Wolfsburg, Goslar und Göttingen haben sich Energieagenturen auf regionaler Ebene etabliert. In einzelnen Kommunen wurden Klimaschutzkonzepte, Teilkonzepte und integrierte Klimaschutzprojekte erarbeitet, sie decken aber, gemessen an der Anzahl, nicht den Bedarf des Gesamttraums des Amtsbezirks Braunschweig mit Südniedersachsen ab. Es gibt demzufolge keine flächendeckende qualifizierte neutrale Beratungsstruktur. Dies zeigt sich auch bei der unterschiedlichen Inanspruchnahme von Fördermitteln in allen Berei-</p>	<p>zung des Einsatzes von energieeffizienten Produktionsmitteln im gewerblichen Bereich, insbesondere von KMU</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erstellung flächendeckender Klimaschutzkonzepte • Einrichtung einer ressortübergreifenden AG „Moorentwicklung“ (MU, ML, MW, LBEG, NLWKN, LWK) zur Erarbeitung des Konzepts „Niedersächsische Moorlandschaften“ • Verankerung des Moorschutzes als Klimaschutzmaßnahme • Durchführung von Flurbereinigungsverfahren für Umwelt und Klimaschutz • Erzeugung erneuerbarer Energien im ländlichen Raum unter Nutzung von Konversionsflächen, die für Landwirtschaft nicht mehr nutzbar sind, sofern entsprechend geeignet für den Ausbau der erneuerbaren Energien, sowie Erzeugung erneuerbarer Energien im urbanen Raum von Städten und Kommunen im Amtsbezirk • Im Amtsbezirk vorhandene atomare Entsorgungskompetenz bestmöglich nutzen • Gesteuertes Flächenmanagement:
--	--	---	--

		<p>chen. Der Zweckverband Großraum Braunschweig hat in den letzten drei Jahren auf raumordnerischer Ebene mit der Erstellung eines Regionalen Energie und Klimaschutzkonzepts (RenKO2) erarbeitet und entsprechende Handlungsempfehlungen gegeben. Ein Masterplan zur Ausgestaltung der Energie- wende wird derzeit erstellt.</p> <p>Die Atommüllproblematiken Asse II sowie Schacht Konrad stellen eine erhebliche Belastung für die Region dar. Hier bedarf es besonderer Maßnahmen zur Verbesserung von Infrastruktur und Lebensqualität. Die bereits in der Region vorhandene atomare Entsorgungskompetenz, unter anderem auch durch das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) bieten hier auf der anderen Seite Anknüpfungspunkte für eine Weiterentwicklung.</p> <p>Der Hochwasserschutz wird in Folge der Klimaveränderungen zu einer immer wichtigeren Aufgabe, da mit einer Zunahme extremer Wetterlagen zu rechnen ist. Für die Wasserwirtschaft werden Nässe- und Trockenperioden häufiger und in verstärktem Maße auftreten. Bei den Hochwasserereignissen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung von Retentionsräumen - Anlegen von Gewässerrandstreifen und Gewässerentwicklungstreifen - Rückhaltebecken als baulicher Hochwasserschutz - Ausweitung der hangparallelen Bewirtschaftung - Aufweitung von Flussräumen; Einrichtung zusätzlicher Rückhalteräume; <ul style="list-style-type: none"> • Regional abgestimmte Hochwasserschutzkonzepte und angepasstes Planen, Bauen und Sanieren als Bestandteil des präventiven Hochwasserschutzes. • Stärkere Einbeziehung landwirtschaftlicher Nutzflächen zur Retention und als Flutpolder; intensivere Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft. • flächendeckender Gewässerschutz im Amtsbezirk, insbesondere nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie
--	--	--	--

		<p>wird in den letzten 30 bis 40 Jahren eine steigende Tendenz ermittelt. Durch Flussbegradigungen, Eindeichungen und Besiedlung haben die Flüsse im Allgemeinen zu viel Raum eingebüßt. Das Fehlen von Rückhalte-räumen zur Aufnahme von Wasser-massen verschärft jede Hochwasserlage. Die Nutzung bestehender Überschwemmungsgebiete allein reicht nicht immer aus, um vor Hochwasser zu schützen.</p> <p>Eine starke Bodenerosion geht mit einer Gewässerbelastung in topografisch bewegtem Gelände (z.B. Harz, Solling) einher.</p> <p>Der Schutz der wichtigen Ressource „Wasser“ ist von zentraler Bedeutung.</p>	
--	--	---	--

Handlungsfeld	Strategische Ziele	Potentiale und Herausforderungen im Amtsbezirk Braunschweig	Operative Ziele
Landwirtschaft	<p>I. Erhalt und Stärkung einer vielfältigen, bäuerlichen Landwirtschaft</p> <p>II. Verbesserung der landwirtschaftlichen Standortvoraussetzungen und Produktionsbedingungen</p> <p>III. Reduzierung des Flächenverbrauchs der landwirtschaftlichen Nutzfläche</p>	<p>Der ländliche Raum zeigt eine starke landwirtschaftliche Prägung. Struktur-schwäche, insbesondere in Südnieder-sachsen, führt hier zu einer einge-schränkte Wettbewerbsfähigkeit der örtlichen Landwirtschaft, zu schlechten Erschließungsmöglichkeiten und Kleinststrukturen.</p> <p>Insbesondere im Umfeld der Verdich-tungsräume besteht zur Zeit weiterhin eine hohe Inanspruchnahme landwirt-schaftlicher Flächen für Siedlungsent-wicklung, Infrastrukturmaßnahmen und damit verbundene Kompensationsmaß-nahmen.</p> <p>In weiten Teilen der Region befinden sich hoch bonitierte Böden mit überre-gional bedeutsamer Ertragsfähigkeit.</p> <p>Eine Stärke des Raumes ist die enge räumliche Verzahnung der Bereiche Wissenschaft, Beratung und landwirt-schaftliche Praxis, die die Grundlage für weitere Wertschöpfung bilden.</p> <p>Die Landwirtschaft verfügt über die inf-rastrukturellen Voraussetzungen zur effizienten Unterstützung naturschutz-fachlicher Ziele (z.B. Offenlandbiotope).</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Forum Landentwicklung zur Ermögli- chung eines gezielten Einsatzes der In- strumente der Strukturförderung in der ländlichen Bodenordnung, dem ländlichen Wegebau sowie der Dorfflurbereinigung • Anpassung der Schlagstrukturen sowie des Wege- und Gewässernetzes an sich verändernde Anforderungen und Rah- menbedingungen • Weiterentwicklung der Forschung sowie des Wissenstransfers im agrarwissen- schaftlichen Bereich zwischen den Hoch- schulen / Forschungsinstituten sowie der Land- und Ernährungswirtschaft • Stärkung der Innenentwicklung • Schaffung eines Kompensationskatasters und Steuerung des Flächenverbrauchs bei konkurrierenden Landnutzungsan- sprüchen • Erschließung und Stärkung neuer Be- triebzweige und Aufgabengebiete in der Landwirtschaft (z.B. neuer Betriebszweig „soziale Landwirtschaft“, Einbindung in Tourismuskonzepte sowie naturschutz- fachliche Planungen)

Handlungsfeld	Strategische Ziele	Potentiale und Herausforderungen im Amtsbezirk Braunschweig	Operative Ziele
Gesundheits- und Sozialwirtschaft	<p>I. Entwicklung von zukunftsfähigen Konzepten zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und soziale Innovation</p> <p>II. Vernetzung der Sozialwirtschaft und deren Einbindung in Prozesse zur Bewältigung der Probleme des demografischen Wandels</p> <p>III. Ausbau und Weiterentwicklung des Spitzenstandortes der Universitätsmedizin Göttingen</p> <p>IV. Neue Konzepte zur Gesundheitsvorsorge</p>	<p>Gesundheits- und Sozialwirtschaft haben eine überdurchschnittliche Bedeutung. Es existiert aktuell eine durchschnittlich gute Versorgung an Krankenhausbetten relativ zu den Einwohnern. Die unterdurchschnittlich versorgten Landkreise Gifhorn, Peine und Wolfenbüttel werden durch die nah angrenzenden Zentren der Gesundheitsversorgung ausreichend mitversorgt.</p> <p>Die medizinische Grundversorgung wird sich aufgrund von Altersabgängen von Ärzten drastisch reduzieren. Insbesondere die Schließung einer Arztpraxis außerhalb der zentralen Orte in den ländlich peripheren Räumen bedeutet häufig, dass kein Arzt mehr am Wohnort zur Verfügung steht. Dies stellt insbesondere vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung eine erhebliche Verschlechterung der Versorgungssituation und Lebensqualität dar.</p> <p>Die Zahlen von Pflegebedürftigen in den kommenden Jahrzehnten steigen weiter an. Es besteht ein wachsender Bedarf an Pflegefachkräften und Pflegeeinrichtungen, den es zu decken gilt. Hier steht auch der Bereich der Sozialwirtschaft vor erheblichen Herausforderungen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Halten von Ärzten in den jeweiligen Teilregionen sowie Gewinnung von Ärzten für ländliche Räume • Einbindung der Ärzte in eine möglichst flächendeckende Versorgung • Konzentration und Sicherung der ärztlichen, insbesondere fachärztlichen, sowie psychotherapeutischen Versorgung in den zentralen Orten mit den erforderlichen, auch stationären Behandlungskapazitäten unter Berücksichtigung des ländlichen Raumes und der Erreichbarkeit • Erhaltung und Stärkung bedarfsgerechter Zugangsmöglichkeiten zu medizinischen Versorgungsleistungen (z. B. durch Hausbesuche, mobile Hausarztpraxen, Arzneimittelversorgung, Modell der Gemeindeschwester und entsprechende ÖPNV-Angebote) • Verbesserung Überleitungsmanagement von der stationären zur ambulanten Behandlung • Weiterentwicklung und Vernetzung der vorhandenen medizinischen und psychotherapeutischen Strukturen an die besonderen Herausforderungen der Zielgruppe Menschen mit Behinderungen im Sinne

		<p>Im Hinblick auf die Gesundheitsvorsorge bietet der Amtsbezirk ebenso Potential wie im Bereich der Universitätsmedizin am Standort Göttingen.</p>	<p>der Inklusion</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überprüfung und Anpassung der Berechnungsgrundlagen der bisherigen Bedarfsplanung (Ausgestaltung der medizinischen Grundversorgung in der Zukunft) • Verbesserung der Kommunikation zwischen den an der medizinischen Grundversorgung beteiligten Stellen • Schaffung neuer Strukturen in der Pflege unter Berücksichtigung der sich verändernden Anforderungen und Erwartungen den Bedürfnissen der alternden Bevölkerung – auch unter Nutzung technischer Assistenzsysteme etc. • Verbesserung der Bedingungen für Pflege in Familien, an ehrenamtliche Pflege-tätigkeit und deren professionelle Koordination sowie an ambulante Pflegedienste • Sicherstellung der bedarfsgerechten Aus- und Weiterbildung von Gesundheitsberufen und Pflegefachkräften sowie Aufwertung des Berufsfeldes zur ausreichenden Nachwuchsgewinnung • Stärkung der qualitativen und nachhaltigen Fachkräftegewinnung aus dem Ausland (z.B. Ärzte, Pflegepersonal) und Hebung bestehender Potentiale in Deutschland (z.B. Einbindung von Ärztinnen in
--	--	---	---

			<p>Teilzeitbeschäftigung)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Universitätsmedizin stärken und entsprechend weiterentwickeln • Stärkung der gesamten medizinischen und technologischen Entwicklungs- und Prozesskette im Amtsbezirk • Stärkung der sektorenübergreifenden (ambulant/stationär) Gesundheitsversorgung durch den Ausbau telemedizinischer Anwendungen und Strukturen • Weiterentwicklung von E-Health • dezentrale Gesundheitsversorgung über Internet (Voraussetzung hierfür wiederum Breitband) • Betriebliches Gesundheitsmanagement; Gesundheitsvorsorge und Gesundheitstourismus fördern – einschließlich Sport; Vernetzungsstrukturen im Arbeits- und Gesundheitsschutz
--	--	--	---

E. Fazit

I. Allgemeine Erkenntnisse für die Region

Aus den zahlreichen Gesprächen und Stellungnahmen hat sich gezeigt, dass neben den 8 konkreten Handlungsfeldern einige allgemeine Fragestellungen bestehen, die sich durch alle Handlungsfelder ziehen.

Genannt wurden hier vor allem Themen wie Bildung neuer kommunaler Verantwortungsgemeinschaften, kommunale Finanzen und Kofinanzierung, heterogene regionale Verbandsstrukturen sowie allgemeine Förderproblematiken.

Auch diese grundsätzlichen, für den Amtsbezirk ausgesprochen wichtigen Fragen gilt es in Zukunft zusammen zu klären und zu gestalten. Die von den regionalen Akteuren bereits jetzt gemeinschaftlich getragene Regionale Handlungsstrategie Braunschweig soll hierbei ein wichtiger Baustein werden, in dem sie die gemeinsamen regionsspezifischen Potentiale und Herausforderungen aufzeigt. Die aus den Potentialen und Herausforderungen zusammen entwickelten Lösungsansätze werden sich überwiegend nur kooperativ umsetzen lassen. Der kooperative Ansatz wird hierbei nicht nur die kommunalen Gebietskörperschaften, sondern auch Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft etc. umfassen müssen.

Daneben wurden auch häufig allgemeinpolitische Aspekte in den Stellungnahmen benannt. Der Fokus der Regionalen Handlungsstrategie Braunschweig liegt jedoch in erster Linie auf Themenfeldern, die einen deutlichen regionalen Bezug aufweisen, für die regionsspezifische Lösungen entwickelt werden können. Die allgemeine Landes-, Bundes- und EU-Politik bildet selbstverständlich den Rahmen hierfür.

II. Regionale Schwerpunktziele

Wie bereits im Rahmen der Prozessbeschreibung erläutert, kann und soll die regionale Handlungsstrategie nicht alle denkbaren Handlungsansätze und Handlungsnotwendigkeiten der Region umfassen, sondern sich in diesem ersten Schritt auf die herausragenden strategischen Notwendigkeiten beschränken. Sie wird in den kommenden Jahren gemeinsam mit den regionalen Akteuren weiter präzisiert werden. Im Hinblick auf weiter zurückgehende Fördermittel und mit Blick auf die Schuldenbremse ist es nicht ausschließliches Ziel dieser Strategie, Handlungsnotwendigkeiten nur mit Blick auf die Fördermöglichkeiten zu beschreiben. Ziel ist es vielmehr, dass sich die gesamte Region der wesentlichen Handlungsnotwendigkeiten für ein regionales Vorgehen bewusst wird.

Die regionalen Handlungsstrategien haben dabei insbesondere die Funktion, die vielfältigen Interessen und Handlungsnotwendigkeiten der Region zu bündeln und zu konzentrieren.

Aus den zahlreichen Gesprächen und Stellungnahmen mit und von den regionalen Verantwortungsträgern sowie aus den verschiedenen Analysen zu Ausgangslage und Bestand sowie Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken des Amtsbezirkes lassen sich insgesamt 8 Handlungsfelder feststellen, aus denen sich wiederum 30 strategische Ziele ableiten lassen.

Der Weg zu einer Weiterentwicklung der Region erfordert dabei eine klare Vorstellung von den Potentialen und Herausforderungen der Region und eine gemeinsame Vision der Verantwortungsträger vor Ort, in welche Richtung sich die Region weiterentwickeln soll. Hierzu bedarf es einiger für die Region wesentlicher regionaler Schwerpunktziele, an denen sich regional bedeutsame Maßnahmen insbesondere orientieren sollen, um zukunftsorientiert an den spezifischen Herausforderungen und Potentialen der Region anzusetzen.

Die beteiligten Akteure im Amtsbezirk des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig sind sich darüber einig, dass in den nächsten Jahren insbesondere die folgenden fünf zentralen regionalen Schwerpunktziele die Weiterentwicklung der Region im Wesentlichen bestimmen sollen:

- **Stärkung und Weiterentwicklung der Forschungs- und Wissenschaftsregion**
- **Zukunftssicherung der Automobilregion und Weiterentwicklung zu einer Kompetenzregion für Verkehr und Mobilität**
- **Weiterentwicklung zur Kompetenzregion für Energie- und Ressourceneffizienz**
- **Entwicklung von zukunftsfähigen Strukturen in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft sowie im Tourismus**
- **Entwicklung, Stabilisierung und Anpassung des ländlichen Raumes unter Berücksichtigung der spezifischen Herausforderungen des demografischen Wandels**

Wie alle vom demographischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Regionen wird sich der Amtsbezirk Braunschweig selbstverständlich in besonderer Weise den Herausforderungen des demographischen Wandels widmen. Als Querschnittsthema ist daher das Thema „Rural Solutions“ (Lösungen für den ländlichen Raum) zu sehen. In allen acht Handlungsfeldern werden innovative Ansätze zur Bewältigung der Herausforderungen im ländlichen Raum berücksichtigt.

III. Ausblick

Mit dem Abschluss der regionalen Handlungsstrategie ist eine wesentliche Grundlage für weitere Entscheidungen geschaffen worden, an der sich viele Folgeentscheidungen orientieren werden. Das gilt natürlich in erster Linie für die Finanzierung von Projekten aus den europäischen Strukturfonds, für die die Handlungsstrategie einen Entscheidungsmaßstab zur Verfügung stellt. Aber auch für andere Entscheidungen, die in der und für die Region zu treffen sind, wird die Handlungsstrategie ein hoffentlich nützliches Hilfsmittel sein können, damit die Vorstellungen der Region über ihre künftige Entwicklung möglichst kohärent zum Tragen kommen.

Soweit diese Arbeit von den Ämtern für die regionale Landesentwicklung zu leisten ist, werden auch künftig die maßgeblichen regionalen Akteure einbezogen. Ziel ist es, mit der Region auch weiterhin einen intensiven Dialog zu pflegen. Ein besonderes Gewicht werden dabei die Kommunalen Steuerungsausschüsse bei den Ämtern für regionale Landesentwicklung haben. Sie setzen sich aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände (Niedersächsischer Landkreistag, Niedersächsischer Städtetag und Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund) zusammen. Zu Ihren Aufgaben gehören neben der Mitwirkung beim Bewertungsprozess von regional bedeutsamen Förderprojekten bei EFRE, ESF und ELER die Beratung der Ämter im Hinblick auf regional bedeutsame Themen und die Sicherstellung der regionalen Verteilungsgerechtigkeit des Fördermitteleinsatzes. In ihnen wird es einen Austausch zu den regional bedeutsamen Themen geben, und es ist daher sinnvoll, nach dem Beschluss des

Kabinetts zu den regionalen Handlungsstrategien die jeweiligen Kommunalen Steuerungsausschüsse in den Regionen wieder zusammen kommen zu lassen.

Erste Entscheidungen über Förderanträge werden voraussichtlich erst im kommenden Jahr auf der Tagesordnung stehen, da die Operationellen Programme für die EU-Fonds EFRE, ESF und ELER voraussichtlich erst Ende dieses Jahres von der EU-Kommission genehmigt werden und auch erst dann die erforderlichen landesinternen Richtlinien verfügbar sein werden.

Wie bereits aufgezeigt, steht die Region Südniedersachsen im besonderen Maße vor Herausforderungen im Zusammenhang mit wirtschaftsstrukturellen Schwächen und dem demografischen Wandel. Ein wesentlicher Schwerpunkt der kommenden Monate wird in der Entwicklung und Umsetzung des „Südniedersachsenprogramms“ liegen, mit dem gezielt die Region um die Landkreise Göttingen, Goslar, Northeim, Osterode am Harz sowie Holzmin-den unterstützt werden soll. Ein erster wichtiger Schritt ist hier bereits mit Einrichtung des Projektbüros Südniedersachsen erfolgt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Amtes für regionale Landesentwicklung in den kommenden Monaten wird darin zu sehen sein, neue Entwicklungskonzepte (insb. ILEK und REK gemäß LEADER) mit der regionalen Handlungsstrategie abzustimmen. Hier werden weitere Gespräche mit den Vertretern der lokalen Aktionsgruppen zu führen sein. Die Entwicklungskonzepte ILEK und REK müssen bis spätestens Januar 2015 fertig gestellt sein.

Für unsere Region hoffen wir, dass sich an dem Prozess zur Umsetzung der regionalen Handlungsstrategie viele Akteure aus der Region beteiligen werden. Und vor allem hoffen wir, dass die regionalen Handlungsstrategien deshalb die Wirkung tatsächlich entfalten werden, die ihnen die Landesregierung und die regionalen Akteure beimessen. Jeder kann durch seine Beiträge an diesem Entwicklungsprozess mitwirken – sei es durch Projektvorschläge, sei es durch Hinweise auf neue Entwicklungen der Region, die in der Handlungsstrategie noch nicht enthalten sein können. Denn das Ziel ist, dass die Handlungsstrategie immer die aktuellen Herausforderungen und Handlungsfelder in der Region widerspiegelt und allein schon wegen ihrer Aktualität und Problemnähe zu einem allseits anerkannten Handlungsinstrument wird.

Anlage 1: Beteiligte regionale Verantwortungssträger

Kommunale Gebietskörperschaften im Amtsbezirk Braunschweig

Flecken Adelebsen
Flecken Bodenfelde
Flecken Bovenden
Flecken Nörten-Hardenberg
Gemeinde Bad Grund (Harz)
Gemeinde Büddenstedt
Gemeinde Cremlingen
Gemeinde Edemissen
Gemeinde Friedland
Gemeinde Gleichen
Gemeinde Hohenhameln
Gemeinde Ilsede
Gemeinde Kalefeld
Gemeinde Katlenburg-Lindau
Gemeinde Lahstedt
Gemeinde Lehre
Gemeinde Lengede
Gemeinde Liebenburg
Gemeinde Rosdorf
Gemeinde Sassenburg
Gemeinde Staufenberg
Gemeinde Vechelde
Gemeinde Wendeburg
Landkreis Gifhorn
Landkreis Goslar
Landkreis Göttingen
Landkreis Helmstedt
Landkreis Northeim
Landkreis Osterode am Harz
Landkreis Peine
Landkreis Wolfenbüttel
Samtgemeinde Asse
Samtgemeinde Baddeckenstedt
Samtgemeinde Boldecker Land
Samtgemeinde Brome
Samtgemeinde Dransfeld
Samtgemeinde Gieboldehausen
Samtgemeinde Grasleben
Samtgemeinde Hankensbüttel
Samtgemeinde Hattorf am Harz
Samtgemeinde Heeseberg
Samtgemeinde Isenbüttel
Samtgemeinde Lutter am Barenberge
Samtgemeinde Meinersen
Samtgemeinde Nord-Elm
Samtgemeinde Oberharz
Samtgemeinde Oderwald

Samtgemeinde Papenteich
Samtgemeinde Radolfshausen
Samtgemeinde Schladen-Werla
Samtgemeinde Schöppenstedt
Samtgemeinde Sickinge
Samtgemeinde Velpke
Samtgemeinde Walkenried
Samtgemeinde Wesendorf
Stadt Bad Gandersheim
Stadt Bad Harzburg
Stadt Bad Lauterberg im Harz
Stadt Bad Sachsa
Stadt Braunlage
Stadt Braunschweig
Stadt Dassel
Stadt Duderstadt
Stadt Einbeck
Stadt Gifhorn
Stadt Goslar
Stadt Göttingen
Stadt Hann.Münden
Stadt Hardegsen
Stadt Helmstedt
Stadt Herzberg am Harz
Stadt Königslutter am Elm
Stadt Langelsheim
Stadt Moringen
Stadt Northeim
Stadt Osterode am Harz
Stadt Peine
Stadt Salzgitter
Stadt Schöningen
Stadt Seesen
Stadt Uslar
Stadt Vienenburg
Stadt Wittingen
Stadt Wolfenbüttel
Stadt Wolfsburg

Kommunale Spitzenverbände

Niedersächsischer Landkreistag
Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund
Niedersächsischer Städtetag

Mitglieder des Niedersächsischen Landtages

alle MdL im Amtsbezirk Braunschweig

Behörden, regionale Zusammenschlüsse etc.

NBank

ZGB

Allianz für die Region und WOB AG

LGLN Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg

LGLN Regionaldirektion Northeim

Metropolregion

Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Gandersheim

Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Goslar

Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Wolfenbüttel

Nds. Landesschulbehörde Regionalabteilung Braunschweig

Regionalverband Südniedersachsen

Staatliches Baumanagement Braunschweig

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig

Staatsarchiv Wolfenbüttel

Südniedersachsenstiftung

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

IHK Braunschweig

IHK Hannover

Agentur für Arbeit Braunschweig/Goslar

Agentur für Arbeit Göttingen

Agentur für Arbeit Helmstedt

Agentur für Arbeit Hildesheim

Allgemeiner Arbeitgeberverband Harz e.V.

Arbeit und Leben Niedersachsen Ost gGmbH Geschäftsstelle Braunschweig

Arbeit und Leben Niedersachsen Süd gGmbH Geschäftsstelle Göttingen

Arbeitgeberverband Mitte e.V.

Arbeitgeberverband Region Braunschweig e.V.

Beratungs- und Koordinierungsstelle Frau und Beruf

Bildungswerk ver.di

BRAUNSCHWEIG Zukunft GmbH GründerVilla im Technologiepark Braunschweig

Deutscher Gewerkschaftsbund

DGB Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

DGB Region SüdOst Niedersachsen

Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade

Handwerkskammer Hildesheim-Südniedersachsen

IG BCE

IG Metall Braunschweig

IG Metall Süd-Niedersachsen-Harz

IG Metall Wolfsburg

IHK Hannover - Geschäftsstelle Göttingen

IHK Lüneburg-Wolfsburg
IHK Lüneburg-Wolfsburg - Geschäftsstelle Gifhorn / Wolfsburg
Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft
Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft Wolfsburg - Gifhorn
Verdi

Wissenschaft / Hochschulen / Forschungszentren

Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt
Energieforschungszentrum Nds.
Forschungsflughafen Braunschweig GmbH
Hochschule für Bildende Künste BS
Ostfalia Hochschule
Private Fachhochschule Göttingen
TU Braunschweig
TU Clausthal
Universität Göttingen
Welfenakademie Braunschweig

Cluster, Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Tourismus etc.

Braunschweig Stadtmarketing GmbH
Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft
Bundeslehranstalt Burg Warberg e.V.
CUTEC-Institut GmbH
DEHOGA Bezirksverband Kand Braunschweig Harz e.V.
Deutsches Primatenzentrum GmbH
Firma Recylex / REWIMET
Georg Eckert Institut für internationale Schulbuchforschung
GOSLAR marketing GmbH
Göttingen Tourismus e.V.
GWG Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung mbH
Harzer Tourismus Verband e. V.
Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel
in Sachen Biokohle
Initiative Zukunft Harz
Initiative Zukunft Harz
Innos-Sperlich GmbH
IT InnovationsCluster Göttingen/Süd-niedersachsen
Kooperationsstelle Hochschule - Gewerkschaften Uni Göttingen
Kooperationsstelle Hochschulen - Gewerkschaften Region SüdOst Niedersachsen
KoRiS Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung GbR

L.M.C. Logistik- & Mobilitätscluster Göttingen/ Südniedersachsen
LAG Göttinger Land
LAG Isenhagener Land
Landessportbund Niedersachsen e.V.
Landhandel Fromme
Ländliche Erwachsenenbildung in Niedersachsen e. V.
Measurement Valley e.V.
MEKOM Regionalmanagement Osterode am Harz e.V.
Open Hybrid Lab Factory
Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Regionales FrauenNetzwerk SüdOstniedersachsen
STIFTUNG NORD/LB - ÖFFENTLICHE Haus der Braunschweigischen Stiftungen
Südheide Gifhorn GmbH
Südniedersachsen Stiftung
TourismusMarketing Niedersachsen GmbH
TourismusRegion BraunschweigerLAND e.V.
Touristik Naturpark Münden e.V.
Unternehmerverbände Handwerk e.V.
Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.
Volkswagen AG
WIREGO Wirtschaftsförderung Region Goslar GmbH & Co.KG
WIS GmbH Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter
wito Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft mbH
Wolfenbüttel Marketing & Tourismus Service GmbH
Wolfsburg AG
Wolfsburg Marketing GmbH
WRG Wirtschaftsförderung Region Göttingen GmbH

Verbände der Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft, Gesundheit sowie Kirchen

AWO Braunschweig
BISTUM Hildesheim Bischöfliches Generalvikariat
Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
Caritasverband BS e.V.
Caritasverband für die Diözese Hildesheim e.V.
Deutsches Rotes Kreuz, KVB BS-SZ e.V.
Diakonie im Braunschweiger Land gGmbH
Diakonisches Werk in Niedersachsen e. V.
Evangelisch-lutherische Landeskirche BS
Harz-Weser-Werkstätten
Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung GmbH
Konföderation evangelischer Kirchen in Nieders.
KVN Braunschweig
Landeskirchenrat WF

Pritätischer Wohlfahrtverband Nds. E.V., KVB BS
Stiftung Neuerkerode

Landwirtschaft, Umwelt, Natur etc.

agw- Landesgruppe Niedersachsen
BUND
BUND LV Niedersachsen e.V.
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutscher Kartoffelhandelsverband e.V.
Geopark Harz
Hanseatische Naturentwicklung GmbH
ILEK Elm-Asse
ILEK Nördliches Harzvorland
ILEK Northeim
ILEK Peiner Land
ILEK Westharz
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt Region Niedersachsen
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Julius Kühn-Institut Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen
Landvolk Göttingen
Landvolk Niedersachsen Kreisverband Gifhorn-Wolfsburg
Landvolk Northeim - Osterode
Landwirtschaftskammer BS
Landwirtschaftskammer Hannover Bezirksstelle Braunschweig
Landwirtschaftskammer Hannover Bezirksstelle Northeim
MEN-D c/o nova-Institut für politische und ökologische Innovatio Chemiepark Knapsack
NABU Geschäftsstelle Braunschweig
NABU Landesverband Niedersachsen e.V.
Nationalparkverwaltung Harz Außenstelle St. Andreasberg - Oderhaus
Niedersächsische Landgesellschaft mbH
Niedersächsischer Landfrauenverband Hannover e.V.
Niedersächsisches Landvolk Braunschweiger Land e.V.
Niedersächsische Akademie für den ländlichen Raum c/0 Nds. Landgesellschaft mbH
Niedersächsische Landesforsten
Niedersächsische Landjugend Landesgemeinschaft e.V.
Niedersächsischer Heimatbund e. V.
Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten und Naturschutz Betriebsstelle Süd / Standort Braunschweig
Niedersächsisches Landvolk-BS`er Land e.V.
Regionalverband Harz e.V.
Senckenberg Institut
Wasserverbandstag e. V. Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt

Kultur

Haus der Wissenschaft

Kulturstiftung des Bundes

Landschaftsverband Südniedersachsen e.V.

Paläon

Soli Deo Gloria

Stiftung Bergwerk Rammelsberg, Altstadt von Goslar und Oberharzer Wasserwirtschaft

Anlage 2

Regionale Handlungsstrategie des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig

Ausgangslage und Bestandsanalyse einschließlich der hierzu abgegebenen Stellungnahmen in zusammengefasster Form

- 1.0 Einführung
- 1.1 Bevölkerungsstruktur und –entwicklung
- 1.2 Siedlungsstruktur und –entwicklung
- 1.3 Arbeitsmarkt und Beschäftigung
- 1.4 Einkommen und soziale Lage
- 1.5 Wirtschaftsstruktur und –entwicklung
- 1.6 Bildung, Qualifizierung und Innovation
- 1.7 Infrastruktur: Mobilität
- 1.8 Infrastruktur: Breitbandversorgung
- 1.9 Gesundheit
- 1.10 Daseinsvorsorge
- 1.11 Energie, Klima und Hochwasserschutz
- 1.12 Tourismus und Naherholung
- 1.13 Kultur
- 1.14 Kommunale Finanzen, interkommunale Zusammenarbeit und Fusionsdiskussion
- 1.15 Ehrenamt und Vereinswesen

1.0 Einführung

Die „Regionale Handlungsstrategie Braunschweig“ enthielt in ihrer Entwurfsfassung, die der Beteiligung der regionalen Verantwortungsträger im Amtsbezirk diente, mit Stand 28.05.2014 das Kapitel 2 „Ausgangslage und Bestandsanalyse“. Zu diesem Kapitel gingen wie zu den weiteren Bestandteilen der Regionalen Handlungsstrategie eine Vielzahl von Hinweisen, Anmerkungen, Anregungen sowie Ergänzungs- und Verbesserungsvorschlägen seitens der beteiligten Kommunen, Behörden, Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Tourismus, Umwelt und Wohlfahrt sowie weiterer regionaler Verantwortungsträger ein.

Im Hinblick auf eine Vereinheitlichung und verbesserte Handhabung und Lesbarkeit der regionalen Handlungsstrategien der vier Ämter für regionale Landesentwicklung entschied die Staatskanzlei, Ausgangslage und Bestandsanalyse, die im wesentlichen auf vorliegende und anderweitig zugängliche Quellen beruhen, durch eine Zusammenfassung, die u.a. eine kurze Stärken- und Schwächen-Analyse und daraus abgeleitete Handlungsbedarfe umfasst, zu ersetzen. Den Schwerpunkt der Handlungsstrategie soll die Tabelle der Handlungsfelder, strategischen und operativen Ziele bzw. Maßnahmen bilden.

Damit die zu Kapitel 2 „Ausgangslage und Bestandsanalyse“ eingegangenen Stellungnahmen bekannt und einer Diskussion zugänglich gemacht werden, wird das ehemalige Kapitel 2 dem aktuellen Entwurf der Regionale Handlungsstrategie des Amtes für

regionale Landesentwicklung Braunschweig als Anlage 2 beigefügt und die zu den einzelnen Themen eingegangenen Stellungnahmen in i. d. R. zusammengefasster Form jeweils am Ende des Themas in einem grau hinterlegten Feld ergänzt.

Zunächst werden die Stellungnahmen, die sich mit „Ausgangslage und Bestandsanalyse“ allgemein befassen, wiedergegeben.

Begrüßt wird, dass zukünftig alle Teilräume des Landes gleichwertige Chancen der eigenständigen und nachhaltigen Entwicklung erhalten sollen. Das verfolgte Ziel, identifizierte Disparitäten abzubauen, werde bestärkt. Gerade in Südniedersachsen gelte es strukturpolitischen Nachholbedarf zu verringern, um nicht gänzlich den Anschluss an gleichwertige Lebensverhältnisse im Lande zu verlieren. Die Sorge wird geäußert, dass trotz der festgestellten Ungleichartigkeit der Lebensverhältnisse die Stärkung der Oberzentren Vorrang vor dem Abbau der Disparitäten erlangen könnte.

Mit der regionalen Handlungsstrategie wird eine Entwicklungsstrategie für den Gesamttraum des Amtsbezirkes entworfen. Es wird darauf hingewiesen, dass dieser Gesamttraum sehr heterogen strukturiert ist, und dies die Erstellung einer konsistenten Handlungsstrategie erschwere. Durchgängigere Strategien ließen sich für einzelne Teilgebiete wie das Gebiet des Zweckverbandes Großraum Braunschweig entwickeln. Infragegestellt wird, inwieweit auf diese Weise eine konsistente Handlungsstrategie für das Teilgebiet Südniedersachsen entwickelt werden kann. Abgesehen davon wird festgestellt, dass sich im vorliegenden Entwurf bisher nur recht wenige spezifisch südniedersächsische Inhalte finden. Die vorhandenen Hinweise zu Südniedersachsen seien zudem stark auf den Bereich Göttingen konzentriert.

Hingewiesen wird darauf, dass sich die Vielfalt der Rahmenbedingungen innerhalb der Gesamtregion nur unzureichend im Entwurf widerspiegelt. Der Oberharz weise andere Strukturen auf als der Landkreis Gifhorn usw. Es erscheine deshalb sinnvoll, die Bestandsaufnahmen und die erforderlichen Entwicklungslinien regional stärker zu differenzieren.

Es wird angeregt, der Prognostik in der Bestandsaufnahme einen größeren Stellenwert einzuräumen. Die Wiedergabe des Ist-Zustandes und dessen Analyse bilde problematische Entwicklungen insbesondere im demografischen Bereich, z.B. bei der Ärzteversorgung, nicht hinreichend ab.

Kritisch angemerkt wird, dass die Beschreibung der Ausgangslage und die Bestandsanalyse die komplexen Raumwirkungen unterschiedlichster Art in der Teilregion Peine nicht in allen wichtigen Feldern hinreichend berücksichtigen.

Des Weiteren wird kritisiert, dass der vorliegende Arbeitsentwurf der regionalen Handlungsstrategie die vielfältigen gesellschaftspolitischen Funktionen des Sports nicht widerspiegelt.

Ausführlich werden in einer Stellungnahme Naturraum, natürliche Schutzgüter und Nutzungskonflikte thematisiert:

Mit einer Fläche von 8.100 qkm und einer Bevölkerungszahl von 1,6 Millionen Einwohnern, drei Großstädten, zahlreicher Industriestandorte und Verkehrsmagistralen und einer intensiven landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Bodennutzung weise die Region Braunschweig Ansprüche an den Raum wie kaum ein anderer Raum Niedersachsens auf. Die besondere Schärfe der Nutzungskonflikte sei damit vorgegeben. Sie betreffen insbesondere die Beanspruchung der natürlichen Schutzgüter. Die Ziele der Handlungsstrategie einer dauerhaft nachhaltigen Entwicklung seien nur erreichbar, wenn die natürlichen Potenziale und die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit für

alle gesellschaftlichen Akteure klar erkennbar seien. Nur so könnten die notwendigen Gewichtungen in den jeweiligen Entscheidungsprozessen zielgerecht erfolgen, die Vermeidungs-, Minimierungs- und Kompensationsmöglichkeiten erkannt und die Kosten für den Gebrauch der Umweltgüter in eine Wertschöpfungsbilanzierung eingehen. Erst nach Bereitstellung dieser Abwägungsgrundlagen seien gerechte Abwägungen und damit qualifizierte Entscheidungen durch die Verantwortungsträger im Prozess überhaupt möglich.

Der besonderen Situation tatsächlicher und potenzieller Nutzungskonflikte stehe ein ebenso herausgehobenes Naturraumpotenzial gegenüber, das im niedersächsischen und deutschlandweiten Vergleich vor allem von seiner einzigartigen Vielfalt gekennzeichnet sei. Eine Folge dieser naturräumlichen Gegebenheiten sei die Entstehung vieler höchst unterschiedlicher Lebensraumtypen, die unter anderem zu einer großen Dichte des europäischen Netzes Natura 2000 mit ihren strikten Schutznormen geführt habe.

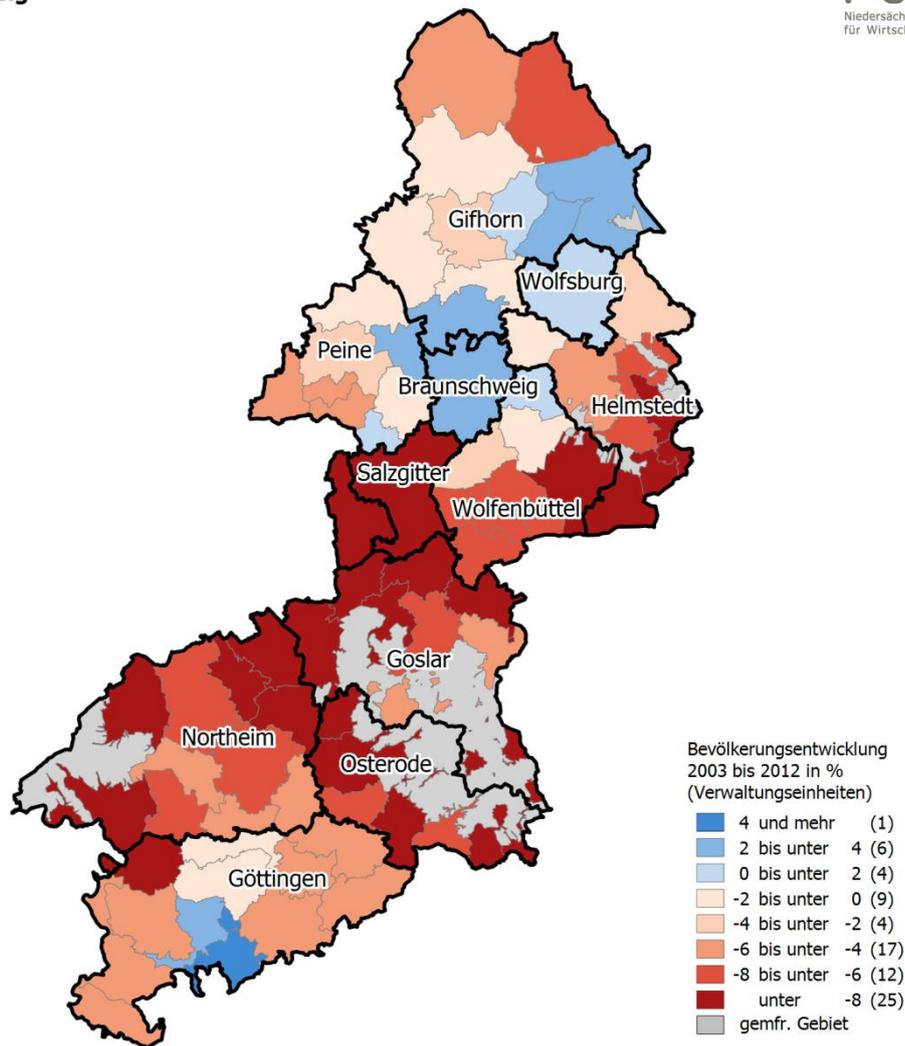
Bereits gegenwärtig seien viele Schutzgüter dauerhaft geschädigt oder befänden sich in einer Phase irreversibler Zerstörung. Die landwirtschaftlich genutzten Böden von oft höchster Qualität würden nahezu ungebremst überbaut oder erführen einen neuen Schub gegenwärtiger Nutzungsintensivierung insbesondere durch den Energiepflanzenanbau. In den regionalen Wirtschaftswäldern führten Bodenschädigung durch Großmaschineneinsätze und das Verschwinden alter Waldphasen sowohl zu betriebswirtschaftlichen Wertschöpfungsminderungen als auch zu Verlusten ihrer Naturgüter. Der zunehmende Freizeitdruck auf immer kleiner werdenden Refugien überschreite bereits oft die Grenze der dauerhaft möglichen Belastbarkeit. Die Regionalentwicklung stehe daher vor der Herausforderung, nicht nur den Schutz und die Entwicklung der Naturgüter dauerhaft zu bewirken, sondern den Prozess der Verschlechterung zu stoppen und den Sanierungsprozess einzuleiten.

1.1 Bevölkerungsstruktur und –entwicklung

Der Amtsbezirk Braunschweig umfasst das südöstliche und südliche Niedersachsen. Er erstreckt sich in annähernd südwest-nordöstlicher Richtung vom Nordrand der Stadtregion Kassel über das niedersächsische Berg- und Hügelland und den Harz bis in den Südteil der Lüneburger Heide bei Wittingen. Die Längsstreckung beträgt rund 180 km, die Ost-West-Ausdehnung nur 80 km. Die mit dem ehemaligen Regierungsbezirk identische Region umfasst die drei kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg und die 8 Landkreise Gifhorn, Göttingen, Goslar, Helmstedt, Peine, Northeim, Osterode am Harz und Wolfenbüttel. Im Osten grenzt der Bereich an die Bundesländer Sachsen-Anhalt und Thüringen, im Süden an das Bundesland Hessen und im Südwesten auf etwas mehr als einen Kilometer an das Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Der Amtsbezirk hat eine Fläche von 8.099 qkm und eine Bevölkerungszahl von 1.604.352 Einwohnern. Hier liegen vier der sieben größten Städte Niedersachsens: Braunschweig mit 252.527 Einwohnern als zweitgrößte Stadt und die Städte Göttingen (121.961 EW), Wolfsburg (123.428 EW) und Salzgitter (101.234 EW). Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte liegt bei 198,1 Ew./qkm. Während sie in den Großstädten deutlich über dem Durchschnitt liegt (z.B. Stadt Braunschweig 1.314,1 Ew/qkm; Stadt Göttingen 1.043,4 Ew/qkm) liegt sie in den Landkreisen deutlich niedriger (Landkreis Gifhorn 110,2 Ew/qkm, Landkreis Northeim 107,8 Ew/qkm, Landkreis Peine 244,8 Ew/qkm). (Die statistischen Angaben beziehen sich jeweils auf den Stichtag 31.12.2012). Den urbanen Räumen liegen damit ländliche Regionen gegenüber, die weniger als 10% der Bevölkerungsdichte der Großstädte aufweisen.

**Bevölkerungsentwicklung 2003 bis 2012
Braunschweig**



Quelle: LSKN – Darstellung des NIW

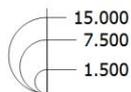
Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 18

Der gesamte Amtsbezirk weist eine abnehmende Einwohnerzahl auf. Von 2003 bis 2012 ging die Zahl der Einwohner um insgesamt 3,6 % zurück. Der Bevölkerungsrückgang ist damit stärker ausgeprägt als im gesamten Niedersachsen. Mit Ausnahme der kreisfreien Städte Braunschweig und Wolfsburg haben alle Stadt- und Landkreise im erwähnten Zeitraum einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. In den südlichen Landkreisen und dem Landkreis Helmstedt ist die Bevölkerung um mehr als 7 % zurückgegangen. Damit nimmt die ohnehin niedrige Bevölkerungsdichte weiter ab, was vielfältige Auswirkungen u.a. auf das Angebot an Dienstleistungen hat.

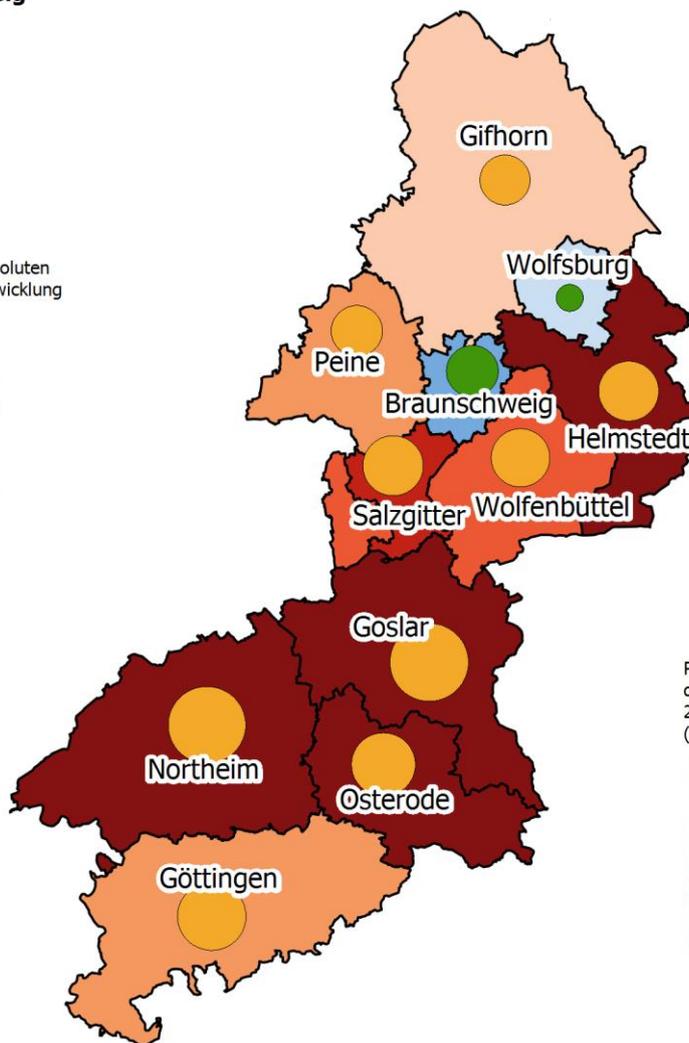
Im direkten Umland der beiden wachsenden Städte Braunschweig und Wolfsburg gibt es eine günstigere Bevölkerungsentwicklung. Die Einwohnerzahl ist dort stagnierend bis leicht wachsend. In den Landkreise Gifhorn, Helmstedt, Wolfenbüttel und Peine konnten in direkter Nähe zu beiden Städten in den vergangenen Jahren noch Bevölkerungsgewinne erzielt werden. Mit zunehmender Entfernung zu den Großstädten nimmt die Bevölkerungsdynamik ab, im weiteren Hinterland schrumpft die Bevölkerung. In den südlichen Teilen der

**NIW-Bevölkerungsvorausberechnung 2030
Braunschweig**

Prognose der absoluten
Bevölkerungsentwicklung
2012 - 2030



● Zunahme
● Abnahme



Prognostizierte Veränderung
der Bevölkerung
2012 bis 2030 in %
(Landkreise und kreisfreie Städte)

2 und mehr	(1)
0 bis unter 2	(1)
-2 bis unter 0	(0)
-4 bis unter -2	(1)
-6 bis unter -4	(2)
-8 bis unter -6	(1)
-10 bis unter -8	(1)
unter -10	(4)

Quelle: LSKN – Berechnung und Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 25

Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel ist der Bevölkerungsrückgang mit über 8 % von 2003 bis 2012 sehr deutlich ausgeprägt.

In den peripher zu den Großstädten gelegenen Landkreisen Goslar, Osterode am Harz und Northeim nimmt die Bevölkerung in allen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden ab. Der Bevölkerungsrückgang im Landkreis Göttingen ist mit 2,6 % etwas günstiger als im Übrigen südlichen Teil der Region ausgefallen. In den Gemeinden Rosdorf und Friedland ist die Zahl der Einwohner zuletzt sogar gestiegen. Allerdings ist die tatsächliche Einwohnerzahl der Gemeinde Friedland durch das dortige Aufnahmelager nicht verlässlich.

Der Amtsbezirk Braunschweig hat niedersachsenweit das höchste Durchschnittsalter der Bevölkerung. Während es insbesondere im Umland der Großstädte Braunschweig, Wolfsburg und Göttingen verhältnismäßig viele Kinder unter 15 Jahren und in einzelnen Gemeinden des Landkreises Gifhorn sogar mehr Kinder als Ältere gibt, ist die Alterung in den Gemeinden im Harz und großen Teilen des Landkreises Northeim, also in den peripheren ländlichen Räumen, fortgeschritten. Erneut ist das Verhältnis im Landkreis Göttingen etwas günstiger als in den umliegenden Landkreisen.

Mit Ausnahme einiger Gemeinden des Landkreises Gifhorn ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung in allen anderen Stadt- und Landkreisen der Region negativ, d. h. die Zahl der Sterbefälle übersteigt die der Geburten. In den Landkreisen Goslar und Osterode am Harz sowie in Teilen Helmstedts und Northeims ist der Überschuss der Sterbefälle deutlich.

Im Amtsbezirk Braunschweig gibt es in Bezug auf Wanderungen eine sehr heterogene Entwicklung. Die kreisfreien Städte Wolfsburg und Braunschweig hatten relativ zu ihren Einwohnerzahlen im Jahr 2012 niedersachsenweit die höchsten Wanderungsüberschüsse. Beide Städte wuchsen in den vergangenen Jahren durch Wanderungsbewegungen und können in der Folge auch ihr Geburtendefizit ausgleichen. Auch das direkte Umfeld beider Städte in den Landkreisen Gifhorn, Peine, Helmstedt und Wolfenbüttel hat eine positive Wanderungsbilanz. Mit zunehmender Entfernung zu beiden Städten sinken die positiven Wanderungssaldi bzw. kehren sich um. Die kreisfreie Stadt Salzgitter kann von einem allgemeinen Trend zur Reurbanisierung nicht profitieren. Zwischen 2003 und 2012 sind 5.000 Personen mehr aus Salzgitter fortgezogen als zugezogen.

Die Stadt- und Landkreise mit großen Universitäten (Braunschweig und Göttingen) sowie die kreisfreie Stadt Wolfsburg ziehen mehr junge Personen an als fortziehen. Die restlichen Stadt- und Landkreise verzeichnen eine Abwanderung junger Menschen. Dies bedeutet, dass der demographische Wandel, mit Ausnahme von Braunschweig und Wolfsburg, durch Wanderungsbewegungen junger Menschen noch unterstützt wird.

Die Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030 prognostiziert im gesamten Amtsbezirk, dass die Bevölkerung schrumpft und altert. Die Einwohnerzahl geht von 2012 bis 2030 um weitere 5,3 % zurück. Der Rückgang ist gekennzeichnet von einem Rückgang der Einwohner im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und unter 65 Jahren) in Höhe von 14,8 % und der Kinder und Jugendlichen im Alter von unter 15 Jahren von 12,6 %. Die Zahl der älteren Einwohner im Alter von über 65 Jahren erhöht sich weiter. In der gesamten Region wird sich die Einwohnerzahl in dieser Altersgruppe um 27,2 % erhöhen.

Die kreisfreien Städte Braunschweig und Wolfsburg bilden bei der gesamten Entwicklung erneut Ausnahmen. Hier wird sich die Einwohnerzahl leicht erhöhen. Für die restlichen Stadt- und Landkreise ist von einer abnehmenden Bevölkerungszahl auszugehen. Besonders hoch wird der Rückgang in den Landkreisen mit einer derzeit ungünstigen Altersstruktur sein. Die Landkreise Helmstedt, Goslar, Osterode am Harz und Northeim werden nahezu 25 % ihrer Einwohner bis 2030 verlieren. Die Landkreise Gifhorn, Peine und Göttingen haben durch ihre günstigere Altersstruktur bzw. positiven Wanderungssaldi einen geringeren Bevölkerungsrückgang zu erwarten.

In der Region wird die Zahl der Älteren steigen, während die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter und der Kinder zurückgeht. Auch in den Städten Braunschweig und Wolfsburg wird auch die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter sinken, jedoch ist der Rückgang geringer als in der restlichen Region. Entgegen dem allgemeinen Trend wird die Zahl der Kinder unter 15 Jahren hier sogar um mehr als zehn Prozent steigen. Die Zahl der älteren Einwohner steigt dagegen unterdurchschnittlich.

In den Landkreisen Osterode am Harz, Northeim und Goslar wird die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter um mehr als ein Fünftel fallen. In diesen Landkreisen ist auch der Rückgang der Zahl der Kinder unter 15 Jahren mit über 25 % besonders deutlich ausgeprägt.

In allen Stadt- und Landkreisen werden im Jahr 2030 weniger als zwei Drittel der Einwohner im erwerbsfähigen Alter sein, im Landkreis Osterode am Harz weniger als 52,9 %.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der Bevölkerungszahl in Salzgitter sich deutlich positiver darstellt als im Entwurf der regionalen Handlungsstrategie auf Basis der Daten des LSN angenommen. Die Stadt komme nach eigenen Berechnungen zu dem Ergebnis, dass die Bevölkerung bis zum 31.12.2030 nicht um bis zu 28% sinken wird, sondern von einer Bevölkerungszahl von rund 91.000 Einwohnern (-8%) dank des gestoppten negativen Wanderungssaldos ausgegangen werden könne.

1.2 Siedlungsstruktur und Siedlungsentwicklung

Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wirken sich auf die Nachfrage nach Wohnungen, Dienstleistungen, auf Angebote der Daseinsvorsorge und auf Arbeitsplätze aus. Dies hat Konsequenzen in der Siedlungsstruktur und deren Entwicklung.

Wachsende Bevölkerung bzw. zunehmende Haushaltszahlen führen zu einer größeren Nachfrage nach Wohnraum. Die hieraus resultierende Verknappung von Wohnraum führt zu steigenden Preisen für Kauf und Miete. Damit einhergehen kann die Unterlassung von Instandsetzung und Modernisierung einerseits, der Bau von lukrativen Neubauten, altengerechten, barrierefreien und energetisch sanierten Altbauten andererseits. Segregation und Gentrifikation können sichtbar werden.

Abnehmende Bevölkerung bzw. zurückgehende Haushaltszahlen führen zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, aber auch zu einem Überangebot, zu Leerständen, unterlassener Instandhaltung und Modernisierung sowie stagnierenden bzw. rückläufigen Immobilienpreisen. Insbesondere bei sanierungsbedürftigen Altbauten geht die Schere zwischen den Kosten für Sanierung und Modernisierung einerseits, Mieteinnahmen bzw. Verkaufsgewinnen andererseits auseinander. Der hohe Anteil älterer Bausubstanz in den nicht kriegszerstörten Dörfern und Städten mit nicht mehr zeitgemäßen Grundrissen, Raumhöhen und Ausbaustandards wird in ländlichen Räumen mit zurückgehender Bevölkerung tendenziell zu überdurchschnittlichem Leerstand führen. Die Umnutzung nicht mehr zeitgemäßer Gebäude (alte Hotels und Gasthäuser, Sanatorien, landwirtschaftliche Gehöfte u.a.) wird zum Problem. Die höheren Kosten für die Sanierung Ortsbild bestimmender älterer, z.T. denkmalgeschützter Gebäude können dazu führen, dass Ortschaften Gefahr laufen, von innen nach außen entvölkert zu werden. Im Hinblick auf Zentralität, kurze Wege, Flächen-, Klima- und Ressourcenschutz, Geschichtlichkeit und Kultur der Orte sowie deren Lebensqualität und Identität kommt es aber gerade darauf an, die Ortskerne zu erhalten und zu entwickeln (Innenentwicklung). Ungenutzte Immobilien können sich auf die Vermietungschancen im Umfeld negativ auswirken und eine Abwärtsspirale für Straßenzüge und Ortsteile in Gang setzen.

Die in Ballungsräumen zur Deckung des Wohnraumbedarfes erforderliche Ausweisung neuer Baugebiete wirkt sich unter dem Vorzeichen des Bevölkerungsrückgangs im Umland verschärfend aus.

Abnehmende Bevölkerung und Unternutzung des Bestandes können sich negativ auf die vorhandenen Infrastrukturangebote auswirken.

Die Konzentration von Dienstleistungen bzw. deren Rückzug aus der Fläche, wirft die Frage auf, in welchem Umfang selbstbestimmtes Leben im Alter in Ortsteilen mit eingeschränkter bzw. ohne Versorgung noch möglich sein wird. Erzwungene Fortzüge hätten verschärfende Folgen für die Leerstandssituation.

Das Angebot an umzunutzenden Gewerbeflächen und Brachen wächst, insbesondere in altindustrialisierten, monostrukturierten Regionen wie der Stadt Salzgitter oder dem

Helmstedter Kohlrevier. Fehlende Arbeitsplätze verstärken den Bevölkerungsrückgang. Konzentration im Einzelhandel, Rückzug von Dienstleistungsangeboten und Ärztemangel wirken verstärkend.

Hingewiesen wird darauf, dass Südostniedersachsen das denkmaldichteste Gebiet in Niedersachsen mit ganz unterschiedlichen Kulturlandschaften ist. Nicht nur das flächengrößte Welterbe Niedersachsens befindet sich hier. Auch zahlreiche durch Fachwerk geprägte historische Stadtdenkmale sowie einzigartige archäologische Kulturstätten prägen die Region.

Zumeist seien unterlassene Bauunterhaltung, aber auch mangelnde Akzeptanz baulicher Kulturelemente und die Forcierung der Außenentwicklung durch Ausweisung neuer Baugebiete Gründe dafür, dass Ortschaften Gefahr laufen von innen nach außen entvölkert werden. Laut Untersuchungen sei der Erhalt eines Altgebäudes in der Dorfmitte ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiger als ein Öko-Neubau auf der grünen Wiese.

Die historischen Bauten im Amtsbezirk prägen das Lebensumfeld in ganz besonderer Weise und böten für die dort arbeitenden und wohnenden Menschen Identifikationsräume. Im Diskurs um die Baukultur gelte es das Bewusstsein für den baulichen Bestand und das zukünftige Planen und Bauen wahrzunehmen und zu fördern.

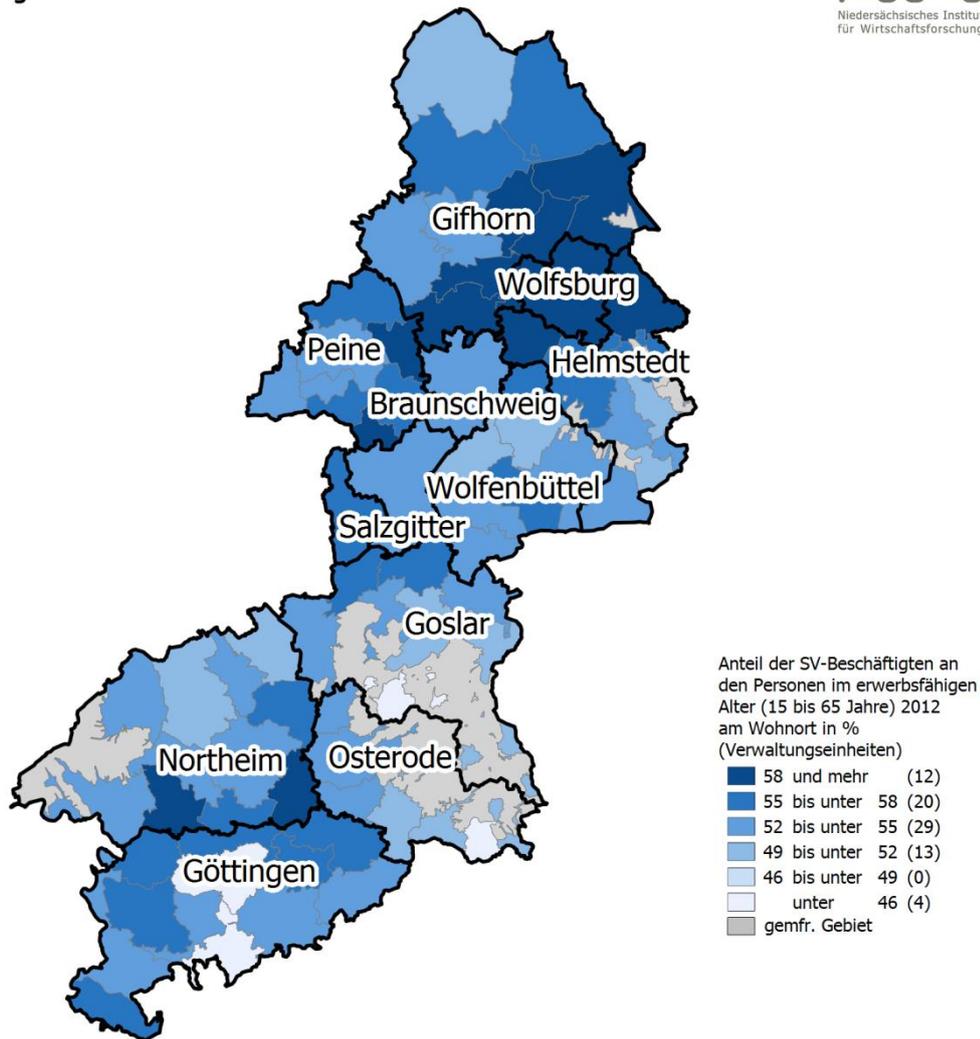
1.3 Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Im niedersächsischen Vergleich ist der Amtsbezirk Braunschweig vor allem von einem Rückgang des Beschäftigungspotenzials betroffen und weist überdies einen Mangel an Arbeitsplätzen auf. Dies betrifft besonders die Landkreise Osterode am Harz und Goslar. Handlungsbedarf besteht ebenfalls in Bezug auf die geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen, die vorwiegend im Norden der Region vorherrscht.

Insgesamt befindet sich die Erwerbsbeteiligungsquote im Jahr 2012 im Amtsbezirk Braunschweig im niedersächsischen Durchschnitt von 73,1 %. Allerdings gibt es relativ starke regionale Disparitäten von bis zu 10 Prozentpunkten. Vergleichsweise hoch ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Personen im erwerbsfähigen Alter in der kreisfreien Stadt Wolfsburg, gefolgt von den Landkreisen Peine und Gifhorn. Im Landkreis Gifhorn wird dabei eine recht heterogene Struktur deutlich: Die eher nördlich gelegenen Gemeinden im „Speckgürtel“ der Städte Wolfsburg und Braunschweig weisen eine höhere SV-Beschäftigtenquote auf als der Rest des Landkreises. Dies trifft auch auf die an Wolfsburg und Braunschweig angrenzenden Gemeinden im Norden des Landkreises Helmstedt zu. Ähnliche Strukturen sind folglich auch im Umland der Städte Göttingen, Northeim und Salzgitter zu beobachten. Somit zeichnet sich ein Umlandeffekt sowie mit zunehmendem Abstand zu den größeren Städten ein Stadt-Land-Gefälle ab.

Die SV-Beschäftigtenquote fällt für Frauen geringer aus als die SV-Beschäftigtenquote insgesamt. Obwohl die kreisfreie Stadt Wolfsburg sowie der Landkreis Gifhorn die höchsten Beschäftigungsquoten insgesamt aufweisen, ist dort und in der kreisfreien Stadt Salzgitter die Differenz gegenüber der Beschäftigungsquote von Frauen innerhalb der Region im Jahr 2012 mit mehr als 6 Prozentpunkten am größten. Die geringste Abweichung zwischen der SV-Beschäftigtenquote von Frauen und der gesamten SV-Beschäftigtenquote ist im Landkreis Göttingen zu beobachten, allerdings auf niedrigem Niveau der Erwerbsbeteiligung insgesamt.

**SV-Beschäftigtenquote 2012
Braunschweig**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und LSKN - Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 33

Die SV-Beschäftigtenquote von Ausländern ist im Jahr 2012 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Niedersachsens niedriger als die von Deutschen. Im Amtsbezirk wird der Unterschied vor allem im Landkreis Northeim aber auch in den Landkreisen Peine, Wolfenbüttel und Helmstedt deutlich. Im Landkreis Northeim liegt die SV-Beschäftigtenquote von Ausländern um mehr als 37,5 Prozentpunkte unter der SV-Beschäftigtenquote insgesamt. In den Landkreisen Peine, Wolfenbüttel und Helmstedt ist der Unterschied etwas geringer, aber immer noch deutlich größer als im niedersächsischen Durchschnitt von 22,1 Prozentpunkten. Der Landkreis Göttingen sowie die kreisfreien Städte Wolfsburg und Salzgitter weisen innerhalb der Region wie auch im Vergleich mit dem übrigen Niedersachsen die geringsten Unterschiede gegenüber der Beschäftigtenquote insgesamt auf.

Die Erwerbsbeteiligungsquote älterer Personen (zwischen 55 und unter 65 Jahren) fällt niedersachsenweit geringer aus als die Erwerbsbeteiligungsquote insgesamt. Nicht nur auf den Amtsbezirk Braunschweig, sondern auch auf ganz Niedersachsen bezogen gehören die Landkreise Gifhorn, Peine und Helmstedt sowie die kreisfreie Stadt Wolfsburg im Jahr 2012

zu den Regionen, in denen die Abweichungen der Erwerbsbeteiligungsquote Älterer von der Erwerbsbeteiligungsquote insgesamt am stärksten sind. Auch im Landkreis Osterode am Harz, gefolgt von den Landkreisen Wolfenbüttel und Northeim, ist der Unterschied überdurchschnittlich hoch. Vor dem Hintergrund der besonders hohen Erwerbsbeteiligung insgesamt in diesen Landkreisen und kreisfreien Städten sind Ältere hier entweder häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen oder bereits aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden. Dagegen ist der Unterschied zwischen der Erwerbsbeteiligungsquote Älterer und der der Bevölkerung insgesamt im Landkreis Göttingen, gefolgt vom Landkreis Goslar und der kreisfreien Stadt Braunschweig, in der Region am geringsten und fällt auch im Vergleich mit dem übrigen Niedersachsen unterdurchschnittlich groß aus.

Während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung häufig als Normalarbeitsverhältnis angesehen wird, gelten geringfügige Beschäftigung sowie Erwerbsformen mit Einkommens ergänzenden Leistungen des SGB II (sog. Aufstocker) als „prekäre“ Beschäftigungsformen mit niedrigem (nicht bedarfsgerechten) Einkommen und geringer sozialer Sicherung. Von geringfügiger Beschäftigung sind überdurchschnittlich Frauen betroffen.

Im niedersächsischen Vergleich ist der Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Beschäftigungsquote der ausschließlich geringfügig Beschäftigten) im Jahr 2012 im Amtsbezirk Braunschweig unterdurchschnittlich. Sowohl auf ganz Niedersachsen als auch nur auf die Region bezogen, haben die Landkreise Gifhorn, Helmstedt und Wolfenbüttel sowie die kreisfreien Städte Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter mit weniger als 8,5 % die niedrigsten Beschäftigungsquoten der ausschließlich geringfügig Beschäftigten. Auch die Landkreise Göttingen, Northeim und Peine, gefolgt vom Landkreis Goslar liegen mit ihren Quoten unter dem niedersächsischen Durchschnitt von 10,0 %, während der Landkreis Osterode am Harz leicht über dem Durchschnitt liegt.

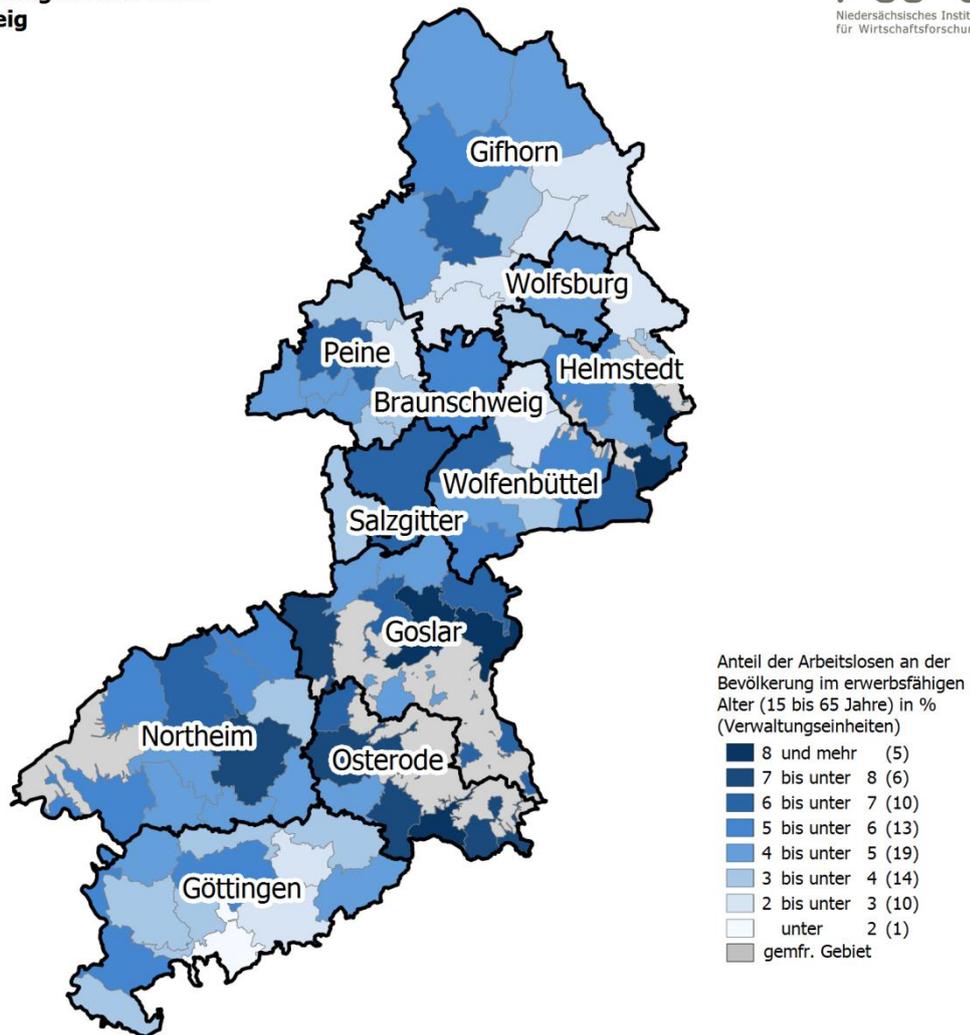
Neben der geringfügigen Beschäftigung weist auch die Unterbeschäftigung auf ein „Defizit an regulärer Beschäftigung in einer Volkswirtschaft“ hin. Die Bundesagentur für Arbeit definiert Unterbeschäftigung wie folgt: „In der Unterbeschäftigungsrechnung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des SGB gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik sind oder einen Arbeitsmarkt bedingten Sonderstatus besitzen“.

Im Amtsbezirk Braunschweig weist die kreisfreie Stadt Salzgitter im Jahr 2013 die höchste Unterbeschäftigungsquote auf. Auch in den Landkreisen Goslar und Osterode am Harz sind relativ hohe Zahlen von Unterbeschäftigten festzustellen. Sie liegen damit ebenfalls deutlich über dem niedersächsischen Durchschnitt von 8,5 %. Hohe Unterbeschäftigungsquoten verweisen auf einen Mangel an regulären Beschäftigungsmöglichkeiten in den jeweiligen Regionen. Lediglich die Landkreise Wolfenbüttel, Gifhorn und Peine sowie die kreisfreie Stadt Wolfsburg weisen vergleichsweise geringe Unterbeschäftigungsquoten auf.

Innerhalb des Amtsbezirkes hat der Landkreis Goslar 2012 den höchsten Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit ALG II-Bezügen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen. Auch im Landkreis Osterode am Harz sowie in den Städten Braunschweig und Salzgitter, gefolgt von den Landkreisen Peine und Göttingen, liegt der Anteil jeweils über dem niedersächsischen Durchschnitt von 2,1 %. In den übrigen Teilräumen der Region Braunschweig - Göttingen ist der Anteil kleiner und im Vergleich mit dem übrigen Niedersachsen eher unterdurchschnittlich. Eine hohe Anzahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die trotz ihrer Erwerbstätigkeit finanzielle Unterstützung beziehen müssen, die zusammen von der Bundesagentur für Arbeit und der jeweiligen Kommune getragen wird, deutet auf gering bezahlte Beschäftigungsverhältnisse und/oder nachteilige Lebensumstände hin.

Innerhalb der Region weisen die Landkreise Osterode am Harz und Goslar sowie die kreisfreie Stadt Salzgitter im Jahr 2012 die höchsten Arbeitslosenquoten auf. Im Vergleich

**Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung
im erwerbsfähigen Alter 2012
Braunschweig**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und LSKN - Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 39

mit dem niedersächsischen Durchschnitt relativ hohe Arbeitslosenquoten sind in den Landkreisen Helmstedt und Northeim sowie in der kreisfreien Stadt Braunschweig festzustellen. Nur im Landkreis Gifhorn und in der kreisfreien Stadt Wolfsburg liegt die Quote deutlich unter dem niedersächsischen Durchschnitt von 6,6 %. Im Landkreis Gifhorn ist der Anteil Arbeitsloser im Nord-Westen des Landkreises Gifhorn weitaus höher als in den Gemeinden im Süd-Osten, die im Umland der kreisfreien Stadt Wolfsburg liegen. Ähnliches lässt sich tendenziell auch für an Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter angrenzende Gemeinden in den Landkreisen Helmstedt, Wolfenbüttel, Goslar und Peine feststellen, auch wenn die Unterschiede innerhalb dieser Landkreise nicht ganz so stark hervortreten wie im Landkreis Gifhorn. Zudem zeigt sich hohe Arbeitslosigkeit vor allem in größeren Städten.

Die höchste positive Abweichung der Frauenarbeitslosenquote zur Arbeitslosenquote insgesamt ist in der kreisfreien Stadt Salzgitter festzustellen. In den Landkreisen Göttingen und Northeim sowie in der kreisfreien Stadt Braunschweig ist die Frauenarbeitslosenquote niedriger als die allgemeine Arbeitslosenquote.

Anders als bei den Frauen weicht die Arbeitslosenquote der Ausländer im Jahr 2012 niedersachsenweit recht stark von der gesamten Arbeitslosenquote ab. In der Region Braunschweig ist diese Abweichung vergleichsweise hoch und betrifft vor allem die Landkreise Northeim, Osterode am Harz, Wolfenbüttel, Helmstedt und Gifhorn. Hier liegt die Arbeitslosenquote von Ausländern zwischen 11 und 14 Prozentpunkten über der Arbeitslosenquote insgesamt und damit über der durchschnittlichen Differenz in Niedersachsen von 10,4 Prozentpunkten. In den Landkreisen Peine und Göttingen sowie in der kreisfreien Stadt Salzgitter ist die Abweichung im Vergleich zum übrigen Niedersachsen unterdurchschnittlich groß. Die kreisfreie Stadt Wolfsburg weist die geringste Disparität in der Region auf und gehört somit zu den Gebieten in Niedersachsen mit der kleinsten Abweichung zwischen der Arbeitslosenquote von Ausländern und der Arbeitslosenquote insgesamt.

Im Gegensatz zur Arbeitslosenquote Jüngerer ist die Arbeitslosenquote Älterer (zwischen 55 und unter 65 Jahren) im Amtsbezirk Braunschweig im Jahr 2012 höher als die Arbeitslosenquote insgesamt. Eine Ausnahme bilden der Landkreis Osterode am Harz und die kreisfreie Stadt Salzgitter, in denen die Arbeitslosenquote Älterer unter der Arbeitslosenquote insgesamt liegt.

Im Amtsbezirk Braunschweig weisen im Jahr 2012 die Landkreise Helmstedt und Osterode am Harz die höchsten Anteile Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen auf. Diese Werte zählen zu den höchsten in ganz Niedersachsen. Aber auch die Landkreise Goslar und Wolfenbüttel sowie die kreisfreie Stadt Braunschweig liegen mit ihren Anteilen Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen über dem niedersächsischen Durchschnitt von 35,0 %. Die Anteile in der kreisfreien Stadt Salzgitter und im Landkreis Northeim liegen etwa im niedersächsischen Durchschnitt. Positiv fallen dagegen die Landkreise Göttingen und Peine mit relativ niedrigen Anteilen auf. So gehört der Landkreis Göttingen beispielweise zu den niedersächsischen Regionen mit den geringsten Anteilen Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen.

Im Bereich des Beschäftigungspotenzials gehört der Landkreis Osterode am Harz 2012 zu den niedersächsischen Landkreisen mit den niedrigsten Anteilen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und wird der Prognose nach von 2012 bis 2030 den stärksten Rückgang dieser Personengruppe erleben. Ähnliches trifft auch auf die Landkreise Goslar und Northeim zu. Die kreisfreie Stadt Braunschweig dagegen hat im Jahr 2012 einen relativ hohen Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung und wird wohl von 2012 bis 2030 vergleichsweise geringe zahlenmäßige Einbußen an Personen im erwerbsfähigen Alter hinnehmen müssen.

Bemängelt wird, dass Aussagen zur Entwicklung des Arbeitskräftepotentials weitgehend fehlen. Nach einer Untersuchung des zur Bundesagentur für Arbeit gehörenden Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werde die Stadt Salzgitter bis 2031 knapp 40% ihrer erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 15 bis unter 65 Jahre verlieren. Die Entwicklung verlaufe damit erheblich dramatischer als in Ostdeutschland (-26%). Selbst wenn die Zahl einpendelnder Beschäftigter stiege, könne es bei dieser Entwicklung, wenn nicht gezielt gegengesteuert wird, zu erheblichen Engpässen in den Salzgitteraner Betrieben kommen. Da es die gut qualifizierten Jahrgänge seien, die in den kommenden Jahren sukzessive in den Ruhestand eintreten und zahlenmäßig kleinere Jahrgänge nachwachsen, sei einer guten Qualifikation der jüngeren Generationen eine besondere Bedeutung beizumessen. Es gelte sicherzustellen, dass keiner der nachrückenden Generation dem Arbeitsmarkt verloren geht. Es müsse gelingen, dass jeder junge Mensch einen Schulabschluss erlangt und ebenso erfolgreich eine Berufsausbildung oder ein Studium absolviert. Gleichzeitig gelte es, das Potential älterer Arbeitskräfte zu erhalten und zu nutzen und Frauen vermehrt dafür zu gewinnen, am Erwerbsleben teilzunehmen.

Hingewiesen wird darauf, dass auch in den Landkreisen Northeim, Göttingen und Goslar eine negative Bevölkerungsentwicklung einhergeht mit einem sinkenden Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit und steigender Armutsgefährdung.

Auf folgende Aspekte der Ausgangslage in Arbeitsmarkt und Wirtschaft weist eine Stellungnahme hin:

- Starkes produzierendes industrielles Gewerbe im Großraum Braunschweig;
- heterogene Wirtschaftsstruktur in der südlichen Region: im Raum Göttingen in hohem Maße in der Gesundheitsbranche dienstleistungsorientiert;
- sehr gute technische Dienstleistungen im Bereich Ingenieurswesen sowie Forschung und Entwicklung;
- Rückgang des Beschäftigungspotenzials vor allem in den LK Osterode am Harz und Goslar;
- geringe Erwerbsbeteiligung der Frauen überwiegend im Norden der Region;
- unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligungsquote älterer Personen zwischen 55-65 Jahren;
- überdurchschnittlicher Anteil von Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen bzw. geringfügiger Beschäftigung;
- hohe Unterbeschäftigungsquoten durch einen Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten;
- Stadt-Land-Gefälle bei der Betrachtung von Arbeitsmarkt und Beschäftigung: insbesondere in den LK Goslar und Osterode weist die Region einen Mangel an Arbeitsplätzen auf;
- besonders hohe Arbeitslosigkeit im peripheren ländlichen Raum und in der Stadt Salzgitter, die im „Speckgürtel“ der Großstädte abnimmt;
- starke Abhängigkeit von wenigen Branchen und Unternehmen;
- schwache Gründungsdynamik.

1.4 Einkommen und soziale Lage

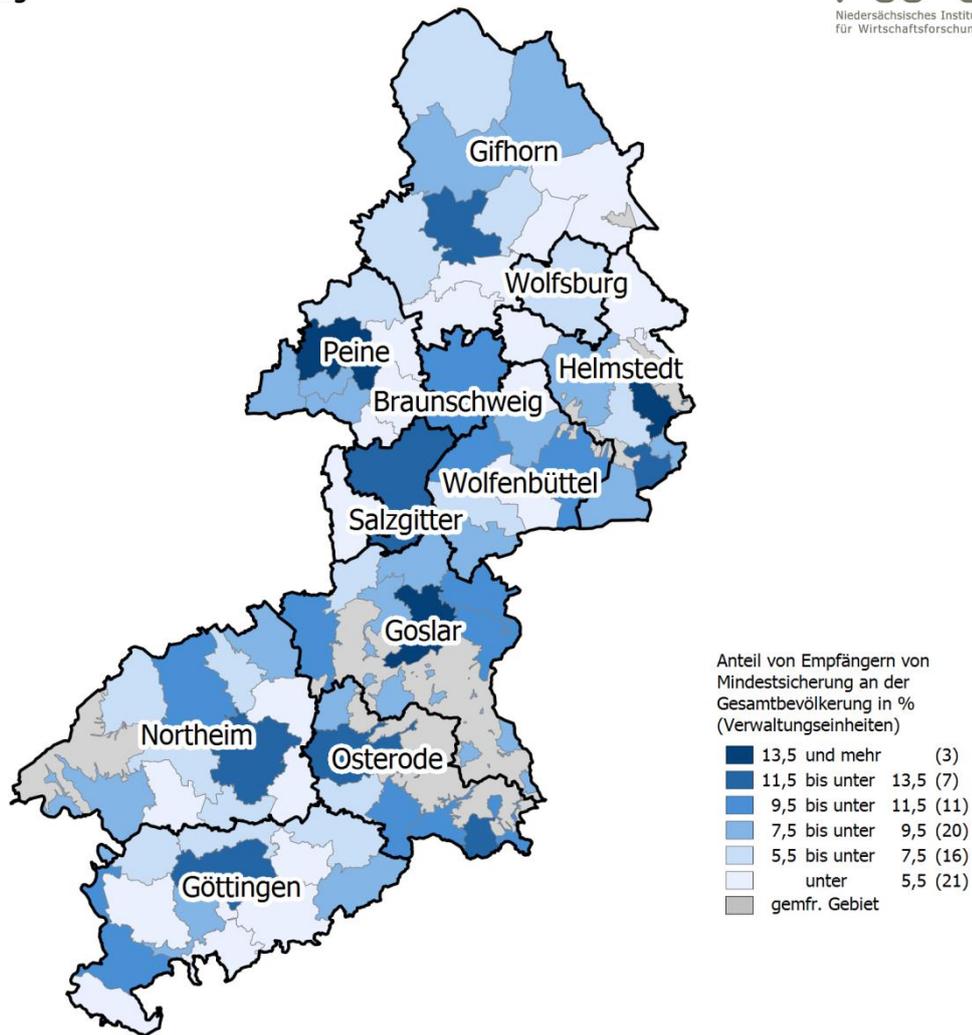
Im niedersächsischen Vergleich ist besonders der Amtsbezirk Braunschweig sowohl von hoher Armutsgefährdung als auch von geringer Kaufkraft gekennzeichnet – vor allem die Landkreise Osterode am Harz und Goslar sowie die kreisfreie Stadt Salzgitter. In den Landkreisen Gifhorn und Wolfenbüttel sowie in der kreisfreien Stadt Wolfsburg stellen sich diese sozioökonomischen Indikatoren vergleichsweise günstig dar.

Die Städte Salzgitter und Braunschweig sowie die Landkreise Goslar und Osterode am Harz haben im Jahr 2012 die höchsten Anteile von Personen in Bedarfsgemeinschaften an allen Personen im Alter von unter 65 Jahren. Dagegen weisen die Landkreise Gifhorn und Wolfenbüttel sowie die kreisfreie Stadt Wolfsburg die niedrigsten SGB II-Quoten auf.

Die kreisfreie Stadt Salzgitter weist insgesamt den höchsten Anteil von Mindestsicherungsempfängern an der Gesamtbevölkerung auf – unabhängig von den Altersgruppen. Aber auch die Landkreise Goslar und Osterode am Harz sowie die kreisfreie Stadt Braunschweig liegen diesbezüglich insgesamt noch über dem niedersächsischen Durchschnitt. Die niedrigsten Mindestsicherungsquoten sind im Landkreis Gifhorn sowie in der kreisfreien Stadt Wolfsburg zu beobachten.

Die niedrigsten Mindestsicherungsquoten der über 65-Jährigen sind in den Landkreisen Helmstedt und Gifhorn (der zudem die niedrigste Mindestsicherungsquote der unter 18-Jährigen vorweist), sowie in der kreisfreien Stadt Wolfsburg zu finden. Hohe Mindestsicherungsquoten erweisen sich vor allem als städtisches Problem.

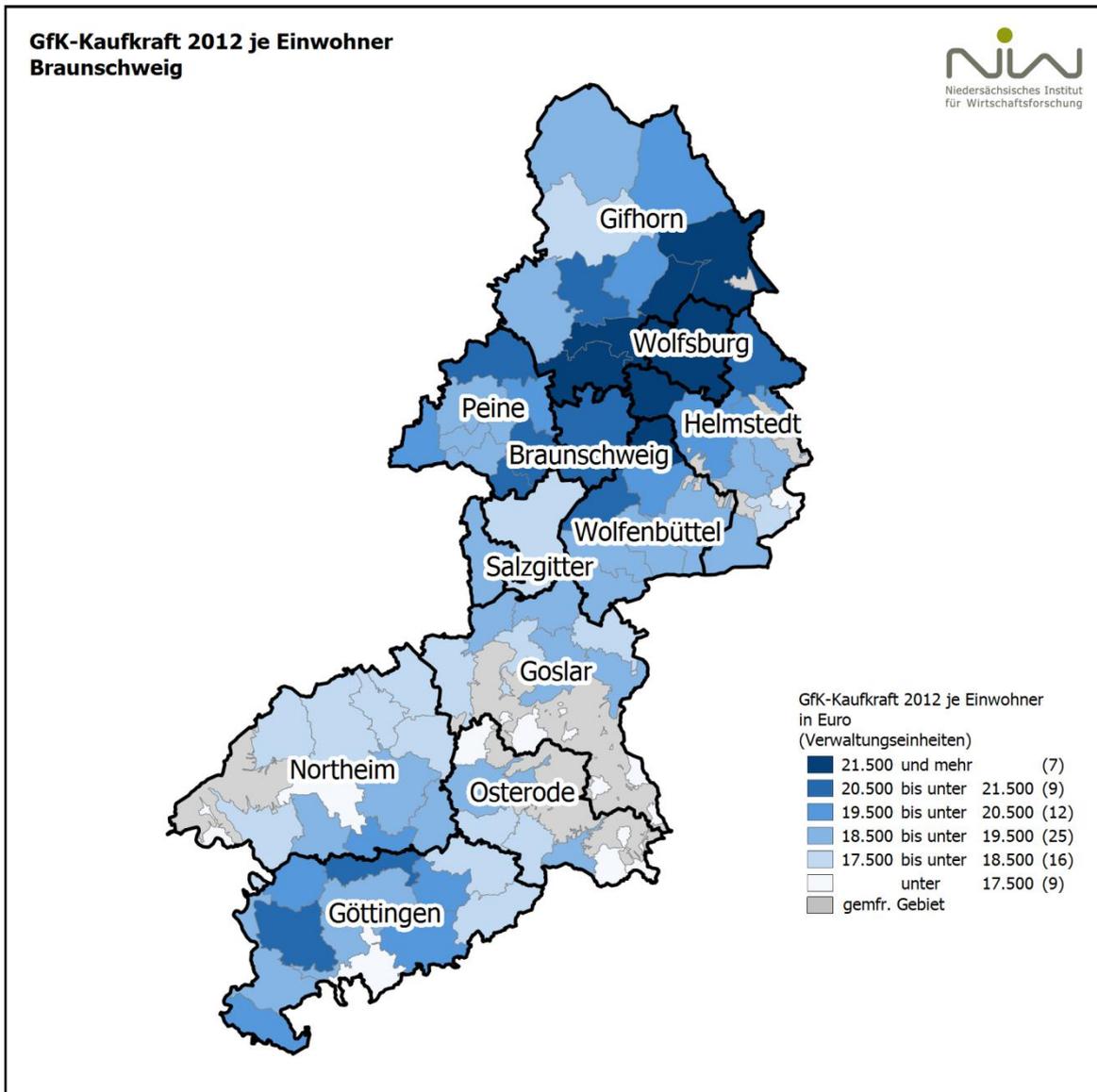
**Mindestsicherungsquote 2012
Braunschweig**



Quelle: LSKN - Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung; Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 47

Die GfK-Kaufkraft je Einwohner zeigt sowohl das Konsumpotenzial als auch die Wirtschaftskraft in einer Region an. Die höchste GfK-Kaufkraft je Einwohner im Jahr 2012 hat innerhalb der Region Braunschweig - Göttingen die kreisfreie Stadt Wolfsburg zu verzeichnen. Ihr folgen die kreisfreie Stadt Braunschweig und die Landkreise Gifhorn, Wolfenbüttel, Peine und Helmstedt, deren GfK-Kaufkraft noch über dem niedersächsischen Durchschnitt von 19.522 Euro je Einwohner liegt. Die Landkreise Göttingen und Northeim bleiben dagegen unter dem Durchschnitt. In der kreisfreien Stadt Salzgitter sowie in den Landkreisen Goslar und Osterode am Harz ist die geringste Kaufkraft innerhalb der Region Braunschweig festzustellen. Zwischen 2003 bis 2012 ist die GfK-Kaufkraft je Einwohner in der kreisfreien Stadt Wolfsburg, in den Landkreisen Gifhorn und Peine, sowie in der kreisfreien Stadt Braunschweig gegenüber der übrigen Region überdurchschnittlich stark gestiegen (der niedersächsische Durchschnitt lag bei + 16,7 %). Auf Ebene der Verwaltungseinheiten ist erneut ein Umlandgefälle zu beobachten. So weist die GfK-Kaufkraft je Einwohner besonders in den Gemeinden um die kreisfreien Städte Wolfsburg und Braunschweig sowie um die kreisfreie Stadt Göttingen hohe Werte auf.

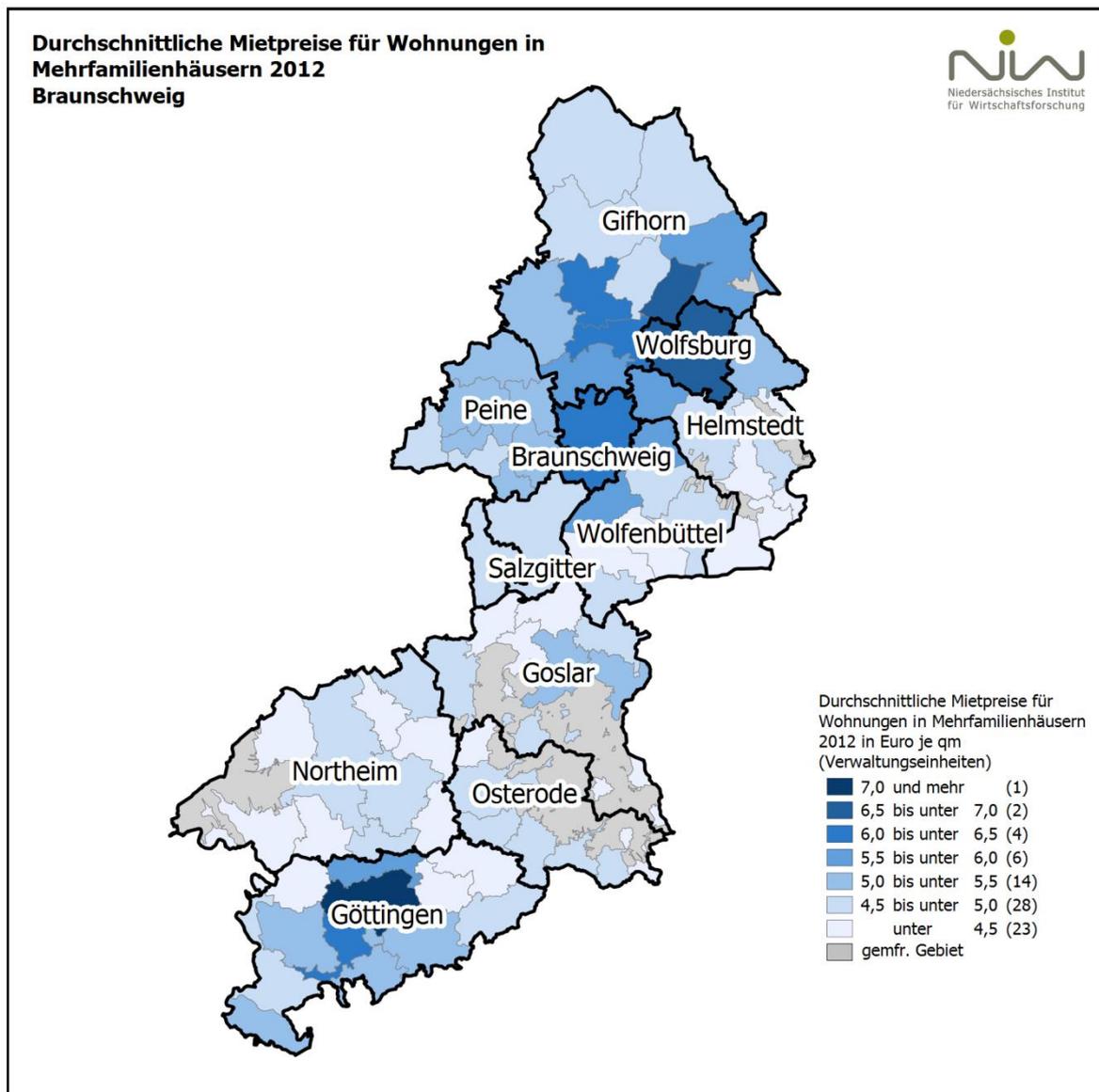


Quelle: GfK - Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 49

Die Mietpreise je Quadratmeter für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sind zwischen 2005 und 2012 nahezu flächendeckend in Niedersachsen gestiegen. Innerhalb des Amtsbezirkes Braunschweig bildet lediglich die kreisfreie Stadt Salzgitter eine Ausnahme. Die stärksten absoluten Mietpreissteigerungen je Quadratmeter hatten dabei die Städte Wolfsburg und Braunschweig sowie die Landkreise Göttingen und Gifhorn zu verzeichnen. Im Jahr 2012 sind die durchschnittlichen Mietpreise je Quadratmeter für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in den Städten Wolfsburg und Braunschweig am höchsten und liegen über dem niedersächsischen Durchschnitt von 5,6 Euro je Quadratmeter. Der Landkreis Göttingen hat im niedersächsischen Vergleich ebenfalls überdurchschnittlich hohe Mietpreise zu verzeichnen. In den Großstädten sind die Preise, wie zu erwarten, besonders hoch. Im niedersächsischen Vergleich unterdurchschnittlich sind die Mietpreise je Quadratmeter in den Landkreisen Peine und Wolfenbüttel. Die geringsten Mietpreise haben die Landkreise Helmstedt, Goslar, Osterode am Harz und Northeim sowie die kreisfreie Stadt Salzgitter vorzuweisen.

Die durchschnittlichen Kaufpreise je Quadratmeter für Wohneigentum haben sich – gegen den Mietpreistrend – über den Zeitraum 2005 bis 2012 im Amtsbezirk Braunschweig rückläufig entwickelt – am stärksten in den Landkreisen Northeim, Osterode am Harz, Goslar und Helmstedt sowie in der kreisfreien Stadt Salzgitter. Lediglich in den kreisfreien Städten Wolfsburg und Braunschweig sowie in den Landkreisen Gifhorn und Göttingen waren Zuwächse zu verzeichnen. Die durchschnittlichen Kaufpreise je Quadratmeter für Wohneigentum sind im Jahr 2012 in diesen vier Landkreisen in der Region am höchsten. In den Landkreisen Wolfenbüttel und Peine, gefolgt von der kreisfreien Stadt Salzgitter und den Landkreisen Helmstedt und Goslar liegen die Kaufpreise für Wohneigentum dagegen unter dem niedersächsischen Durchschnitt von 1.183 Euro je Quadratmeter. Die niedrigsten durchschnittlichen Kaufpreise je Quadratmeter sind in den Landkreisen Northeim und Osterode am Harz zu finden.



Quelle: F+B Marktmonitor via Nbank - Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 50

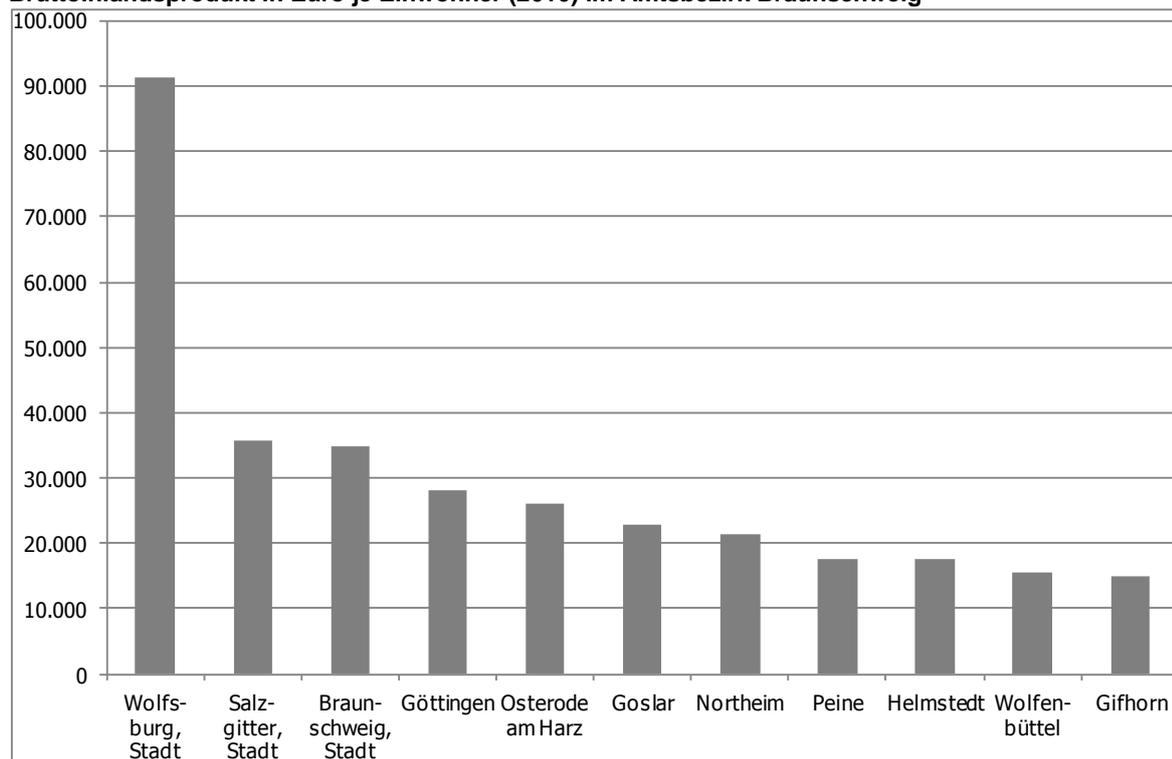
1.5 Wirtschaftsstruktur und –entwicklung

Der Amtsbezirk Braunschweig ist in seiner Wirtschaftsstruktur durch zwei bedeutende industrielle Zentren in Wolfsburg und Salzgitter geprägt. Die Bedeutung der Automobilindustrie ist im Großraum Braunschweig-Wolfsburg überragend. Gleichzeitig ist durch die Konzentration auf einen Wirtschaftsbereich die Krisenanfälligkeit in den industriellen Zentren beachtlich. Der Anteil des produzierenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung ist in der Region mit mehr als zwei Dritteln der höchste in ganz Niedersachsen.

Durch Pendelbeziehungen ist das Umland, welches wirtschaftlich weniger stark ist, stark nach Wolfsburg orientiert. Aus diesem Grund erzielt die kreisfreie Stadt Wolfsburg die höchsten Pendlerüberschüsse in ganz Niedersachsen. Durch den hohen Produktionsanteil und die Pendlerüberschüsse erreicht die kreisfreie Stadt Wolfsburg das mit großem Abstand höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Niedersachsen. In Wolfsburg ist auch die Arbeitsplatzdichte niedersachsenweit am höchsten. Aufgrund der Pendelbeziehungen gehört das Umland der kreisfreien Stadt Wolfsburg dementsprechend zu den Gebieten mit der geringsten Arbeitsplatzdichte in ganz Niedersachsen.

Der zweite bedeutende Standort des Verarbeitenden Gewerbes ist die kreisfreie Stadt Salzgitter mit einem Anteil des produzierenden Gewerbes von über 50 % an der gesamten Bruttowertschöpfung. Der Wirtschaftsstandort Salzgitter entfaltet allerdings nicht wie

Bruttoinlandsprodukt in Euro je Einwohner (2010) im Amtsbezirk Braunschweig

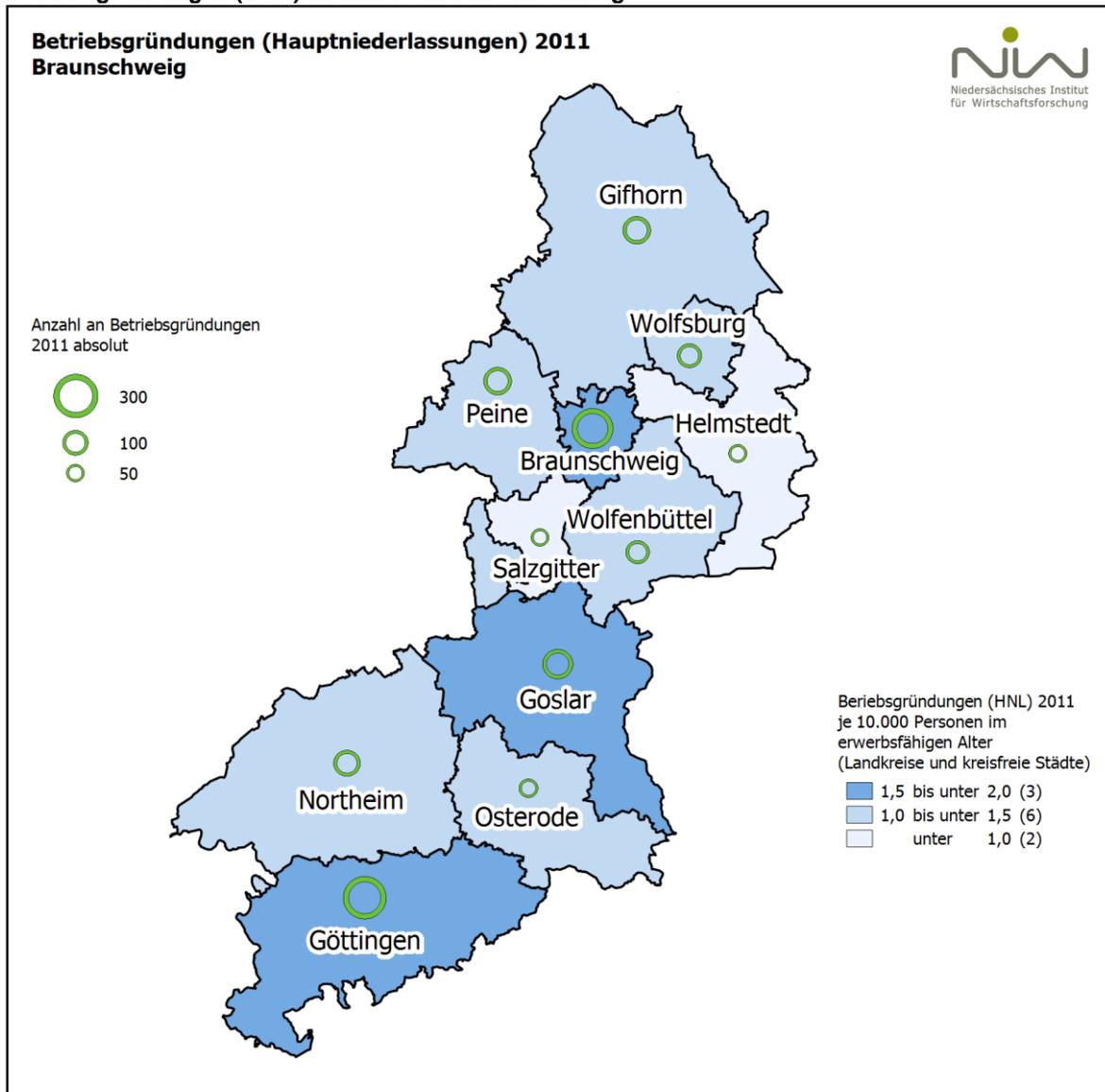


Quelle: LSKN und VGR der Länder – Berechnung und Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 55

Wolfsburg eine solche überragende Sogwirkung auf das Umland. Auch die SV-Beschäftigung ist entgegen des allgemeinen Trends seit 2003 zurückgegangen. Der restliche Großraum Braunschweig-Wolfsburg ist neben der Automobilindustrie stärker dienstleistungsorientiert.

Betriebsgründungen (2011) im Amtsbezirk Braunschweig



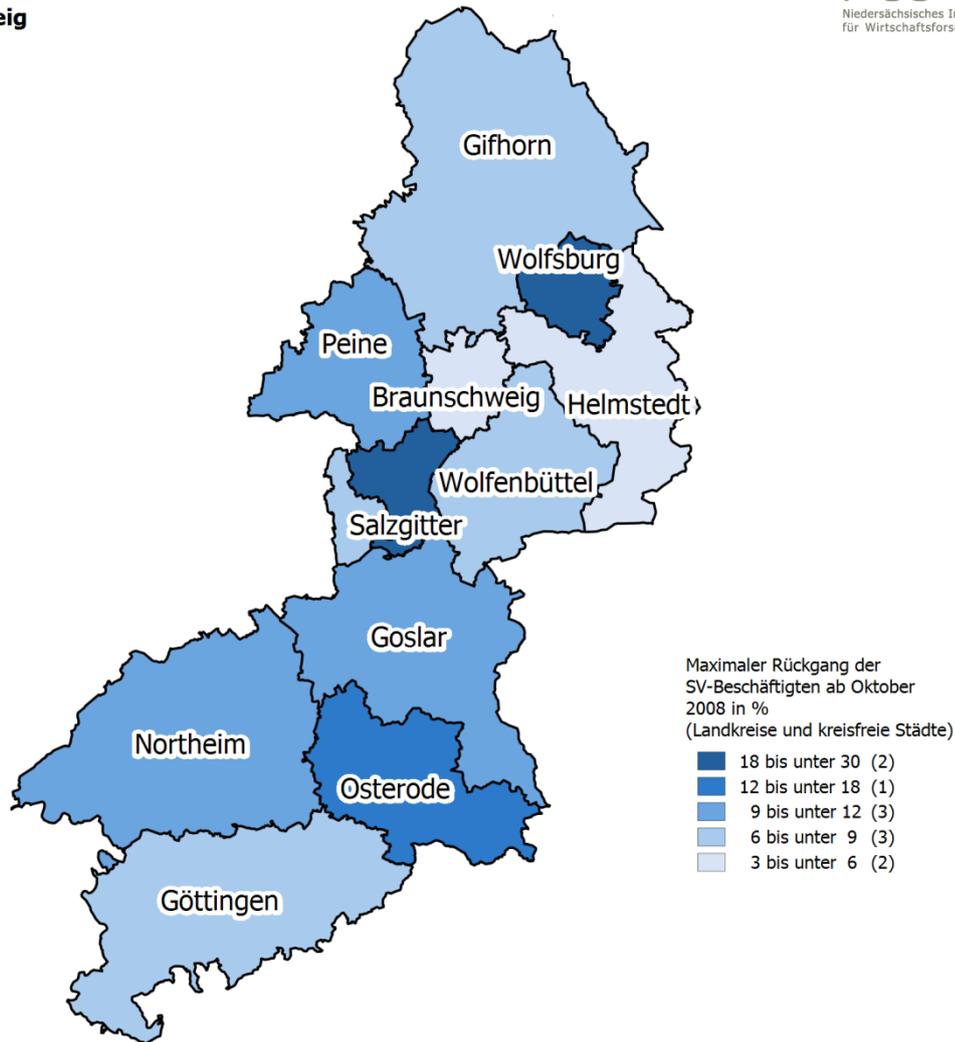
Quelle: LSKN – Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 56

Die südliche Region hat eine heterogenere Wirtschaftsstruktur. In den Landkreisen Northeim und Osterode am Harz nimmt das Verarbeitende Gewerbe mit jeweils mehr als einem Viertel der Bruttowertschöpfung durch zahlreiche kleinere Industriebetriebe eine bedeutendere Stellung ein. Der Landkreis Göttingen ist durch die dortige Gesundheitsbranche und die Universität Göttingen in besonderem Maße dienstleistungsorientiert. Etwa drei Viertel der Bruttowertschöpfung werden in der Dienstleistungsbranche erwirtschaftet. Ein wichtiges Arbeitsplatzzentrum ist die Stadt Göttingen mit einer in den vergangenen zehn Jahren wachsenden Zahl an SV-Beschäftigten. In den Landkreisen Goslar und Osterode am Harz ist die SV-Beschäftigung zuletzt zurückgegangen. Das BIP je Einwohner entspricht in diesen beiden Landkreisen in etwa dem niedersächsischen Durchschnitt.

Die Gründungsdynamik im Amtsbezirk Braunschweig ist insgesamt unterdurchschnittlich. Teilweise liegt dies an der Spezialisierung der Wirtschaft auf die Automobilindustrie, die eher von größeren Unternehmen gekennzeichnet ist. Auch das hohe Durchschnittsalter der Bevölkerung führt zu einer geringen Gründungsintensität. Die Anzahl der Neugründungen ist daher relativ gering. Die Gründungsdynamik wird in den Landkreisen Peine, Helmstedt,

**Krisenfestigkeit - Maximaler Rückgang der SV-Beschäftigten
ab Oktober 2008 in %
Braunschweig**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit – Berechnung und Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 58

Wolfenbüttel, Northeim und Osterode am Harz durch ein geringes Beschäftigungswachstum überlagert. In den Landkreisen Goslar und Göttingen sowie der kreisfreien Stadt Braunschweig liegt die Zahl der Gründungen leicht höher, entspricht aber auch dort nur etwa dem niedersächsischen Durchschnitt.

Spezifische Potenziale entstehen in Wolfsburg durch ein hohes Beschäftigungswachstum in den vergangenen Jahren. Im Harz und Harzvorland spielt der Tourismus eine größere Rolle, allerdings ist die Zahl der Gästeübernachtungen entgegen dem allgemeinen Trend im Fremdenverkehr rückläufig.

Die durch die Finanzkrise ausgelöste Wirtschaftskrise hat sich bedingt durch die regional unterschiedlichen Branchenstrukturen uneinheitlich auf die Beschäftigung ausgewirkt. Der Höchststand der Beschäftigung vor Eintritt der Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise wurde in Niedersachsen im Oktober des Jahres 2008 erreicht.

Vergleichsweise stark von der Wirtschaftskrise betroffen war der Amtsbezirk Braunschweig durch den hohen Anteil des Verarbeitenden Gewerbes und die Bedeutung der Automobilindustrie im Großraum Braunschweig-Wolfsburg. Die SV-Beschäftigung nahm in den kreisfreien Städten Wolfsburg (-22,6 %) und Salzgitter (-21,0 %) am deutlichsten ab. Auch das Maximum des Beschäftigtenrückgangs wurde dort nach vier bzw. sieben Monaten vergleichsweise schnell erreicht. Während die Zahl der Beschäftigten in Wolfsburg nach etwa zwei Jahren wieder das Vorkrisenniveau erreichte, wurde der SV-Beschäftigtenstand von Oktober 2008 in Salzgitter bis heute nicht wieder erreicht. Im Landkreis Osterode am Harz wurde nach einem maximalen Rückgang der Beschäftigung um 16,7 % der Beschäftigungsstand von Oktober 2008 noch nicht wieder erreicht. Dort scheint die Krise nachhaltig die Beschäftigung verringert zu haben. In den übrigen Landkreisen war der maximale Rückgang weniger stark. Insbesondere in Braunschweig und im Landkreis Wolfenbüttel hat die Beschäftigung weniger und mit einer großen Verzögerung auf die Wirtschaftskrise reagiert.

In der Tourismusbranche sind prekäre Beschäftigungsformen überrepräsentiert. Die Stärkung der wirtschaftlichen Leistung bzw. die Steigerung des Einkommens und der sozialen Lage einer Region durch die Stärkung des Tourismus ist daher nur bedingt möglich. Die Förderung des Tourismus eignet sich insbesondere als Ergänzung zur übrigen Wirtschaftsförderung und in ausgesprochenen Gunsträumen mit einem besonders hohen landschaftlichen und kulturellen Potenzial.

Angemerkt wird, dass die Wirtschaftsstrukturen und deren Entwicklung in der Bestandsaufnahme nur einen kleinen Anteil darstellen. Im Vergleich zu den Betrachtungen zur Bevölkerungsstruktur und der Entwicklung schienen hier die Schwerpunkte falsch gesetzt. Wünschenswert wäre es, die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlicher Struktur besser darzustellen und damit auch in der Betrachtung zur Wirtschaftsstruktur eine sektorale Analyse zu intensivieren. Neben den industriellen Zentren Wolfsburg und Salzgitter existierten weitere Schwerpunkte. Die Bedeutung des Wirtschaftsstandortes Südniedersachsen mit einer umfangreichen Mess- und Regeltechnik und auch mit erheblichen Anteilen im Dienstleistungssektor, die auch durch die verkehrsgünstige Lage bedingt sind, werde unzureichend gesehen.

Es wird darum gebeten, die Aussage, wonach der Anteil des produzierenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung im Großraum Braunschweig bei mehr als zwei Dritteln liegt, dahingehend zu korrigieren, dass der Anteil bei ca. 48% liegt.

Hingewiesen wird darauf, dass die überaus stark vertretene Messtechnik in der Bestandsaufnahme etwas zu kurz kommt. So werde sehr auf die Gesundheitsbranche abgehoben, wohingegen die Messtechnik gar nicht auftaucht. Wenn man bedenkt, dass in der Region Göttingen ca. jeder 12. Arbeitnehmer in der Messtechnik arbeite und Unternehmen aus diesem Bereich hier traditionell stark vertreten seien, sollte dies auch in der regionalen Handlungsstrategie berücksichtigt werden.

Es wird kritisiert, dass die grafisch dargestellten und beschriebenen Angaben zur Krisenfestigkeit Wolfsburgs nicht korrekt seien und einer dringenden Korrektur bedürften. Die vom NIW angewandte Methodik sei für eine landesweite Betrachtung konzipiert worden. Die Übertragbarkeit auf die Region sei jedoch nur bedingt geeignet.

Bemängelt wird, dass die Bezeichnung SV-Beschäftigte in der Grafik zur Krisenfestigkeit sowie im Textteil falsch sei, da die Daten des NIW sich auf die Anzahl der SV-Beschäftigten abzüglich der Kurzarbeiter bezögen und nicht auf die SV-Beschäftigten insgesamt. Der beschriebene Effekt eines Rückgangs der SV-Beschäftigten in Wolfsburg seit Oktober 2008 sei tatsächlich nur marginal eingetreten.

Die Krisenanfälligkeit werde in diesem Zusammenhang als hoch eingestuft. Beim Rückgang der Anzahl der SV-Beschäftigten in Wolfsburg nach Oktober 2008 handele es sich um einen kurzfristigen Effekt. Das Niveau vor Oktober 2008 sei bis auf wenige SV-Beschäftigte wieder im Juni 2009 erreicht worden. Im beschriebenen Zusammenhang werde jedoch der Eindruck erweckt, die SV-Beschäftigtenzahl wäre nach Oktober 2008 eingebrochen und hätte sich erst im September 2010 wieder erholt.

Im ländlichen Raum sei die Land- und Forstwirtschaft mit weit mehr als 50 % der größte Flächennutzer. Ein Grund dafür seien die hervorragend bonitierten Böden, die die Grundlage für die landwirtschaftliche Produktion und die Wertschöpfung im gesamten vor- und nachgelagerten Bereich des primären Sektors darstellten. Zu nennen seien hier u. a. die Tätigkeiten des weltweit agierenden bzw. börsennotierten Saatzuchtunternehmens KWS (Einbeck) oder die universitäre Forschung der Agrarfakultät in Göttingen. Die Böden stellten also eine unmittelbare Stärke für die Region dar, deren Nutzung unabhängig von Faktoren wie etwa dem demographischen Wandel auch zukünftig und dauerhaft erfolgen werde.

Die bemängelte unzureichende bzw. niedrige Gründungsbereitschaft habe sehr viel mit der Frage der Qualifikation von potenziellen Mitarbeitern zu tun. Dies sei auch mit einer verkehrsgünstigen Lage verbunden, die sich im dann wiederum im produzierenden Gewerbe auswirke. Nicht umsonst habe sich die Geschäftsleitung der Firma HC Stark vor einigen Jahren dazu entschlossen, den Bereich der Geschäftsleitung in die Nähe von München zu verlagern. Ebenso hätten sich nicht umsonst Güterverteilzentren im Raum Südniedersachsen angesiedelt.

Zentral sei das Thema Wirtschaftsstruktur und Innovation. Ohne Stärkung der Bestandsunternehmen, Pflege der Wachstums-Cluster und Strategien zur Schaffung von (hoch-) qualifizierten Arbeitsplätzen lasse sich eine nachhaltig tragfähige Struktur nicht schaffen und der demographische Wandel nicht stabilisieren und gestalten. Die besonders dramatische Ausprägung dieses Megatrends gerade in der Region Südniedersachsen sei in erster Linie Folge der dramatischen und anhaltenden Arbeitsplatzverluste im früheren Zonenrandgebiet. Selbst im Oberzentrum Göttingen sei es nicht in ausreichendem Maße gelungen, den vielen gut ausgebildeten jungen Menschen insbesondere aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein entsprechendes Beschäftigungsangebot in der Region gegenüberzustellen. Die Abwanderung auch der jungen Menschen, die in der Region geboren seien, hielte unvermindert an - in wirtschaftsstärkere Regionen im Süden Deutschlands, aber auch in die neuen Bundesländer.

Niedersachsen sei an seinen Grenzen zu den anderen Bundesländern im Raum Südniedersachsen (Hessen, NRW, Thüringen) vergleichsweise sehr schwach aufgestellt, während die angrenzenden Regionen in den benachbarten Bundesländer in ihrer strukturellen Entwicklung erhebliche Fortschritte gemacht hätten.

Im Tourismus bestehe ein durchaus höherer Anteil an bspw. geringfügig Beschäftigten. Schauen man sich dies in Einzelfällen an, werde allerdings auch deutlich, dass die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund persönlicher Lebenssituationen gerade an solchen Arbeitsgelegenheiten z. T. ein starkes Interesse hätten (Schüler/innen, Studierende, etc.). Die Daten des DEHOGA zur Situation im Ausbildungsgewerbe der Gastronomie und Beherbergungsbranche liessen weiterhin den Schluss zu, dass hier noch vielfältige Berufspotenziale gerade für junge Menschen bestehen. Selbst in einer Region mit einer hohen Dichte an Forschungseinrichtungen und hochspezialisierten Unternehmen mit Weltrang, sollte Menschen geringerer bis durchschnittlicher Bildung die Chance auf Beschäftigung gegeben werden, zumal gerade diese Menschen häufig nicht über die persönliche Flexibilität und die Angebote verfügten,

sich überregional für den Arbeitsmarkt zu empfehlen. Gerade der Tourismus mit seinen unterschiedlichen Betriebsformen leiste hierzu einen wertvollen Beitrag, der die soziale Lage der Region insbesondere in den geringeren bis mittleren Einkommensbereichen sichere.

Mit dem Netzwerk »ZeitOrte« werde seit drei Jahren verdeutlicht, dass der Tourismus in der Region Braunschweiger Land eine wichtige Rolle spiele und entsprechende Potenziale überall gegeben seien. Insofern erscheine der Begriff „...Gunsträume..“ mit Blick auf die Arbeit unserer Mitglieder nicht angemessen, um die Zukunftsperspektiven der Region und das Bemühen der Touristiker um die Wahrnehmung der Region als touristische Destination angemessen zu beschreiben.

1.6 Bildung, Qualifizierung und Innovation

Das Bildungsniveau, die Qualifizierung der Bevölkerung sowie die Innovationstätigkeit spiegeln das Humankapital als wichtigen Produktionsfaktor und Vorbedingung für den wissensorientierten Strukturwandel wider und stellen die langfristige Wettbewerbsfähigkeit einer Region dar. Die Qualifikation der erwerbsfähigen Bevölkerung in einer Region ist u. a. ein Entscheidungskriterium bei der Standortwahl von Unternehmen. Von Bedeutung ist dabei auch das Bildungspotenzial derer, die zukünftig in den Arbeitsmarkt eintreten (Schüler und Studierende). Die Qualifikation der Bevölkerung hat zudem Einfluss auf Steuereinnahmen und -ausgaben: Hochqualifizierte sind seltener von Arbeitslosigkeit betroffen und tragen aufgrund höherer Produktivität und Entgelte stärker zum Einkommensteueraufkommen bei.

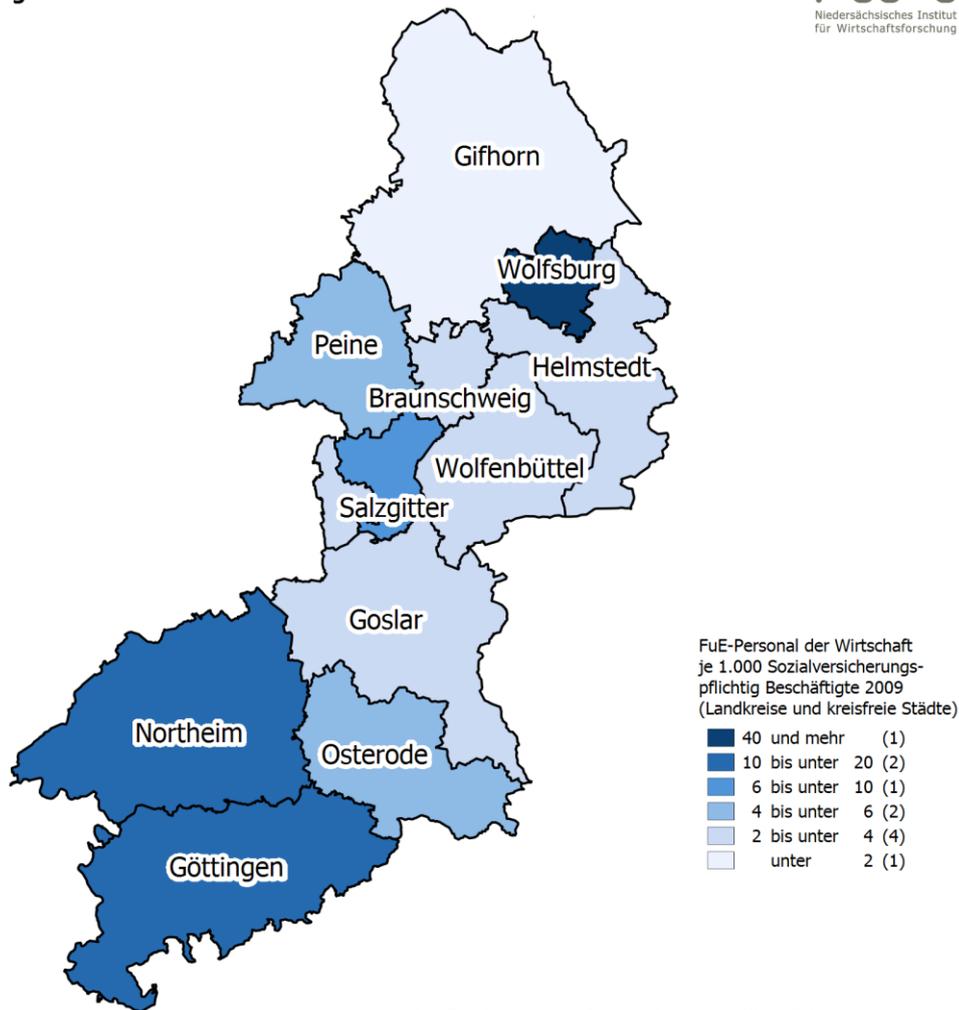
Im Vergleich mit dem übrigen Niedersachsen sind die Handlungsbedarfe im Amtsbezirk Braunschweig im Bereich der schulischen Bildung vergleichsweise gering. Lediglich der Landkreis Northeim weist einen hohen Anteil von Schulabgängern ohne (Haupt-)Schulabschluss auf. In der kreisfreien Stadt Salzgitter ist dagegen die Zahl der Schulabgänger mit Abitur vergleichsweise gering und der Anteil gering qualifizierter Beschäftigter höher. Ebenfalls ein hoher Anteil Geringqualifizierter ist in den Landkreisen Gifhorn und Peine zu finden. Zudem mangelt es im Landkreis Osterode am Harz an Hochqualifizierten. Ein gutes Qualifikationsniveau haben derweil die Städte Wolfsburg und Braunschweig sowie der Landkreis Göttingen.

Im Bereich Innovationstätigkeit sind für die Betrachtung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit Niedersachsens und seiner Regionen die FuE-Personalintensität (gemessen anhand des Forschungs- und Entwicklungspersonal je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) sowie die Patentintensität (gemessen anhand der Anzahl der Patente je 10.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter) von Interesse.

Beim Personal in Forschung und Entwicklung je 1.000 SV-Beschäftigte liegt der Wert im Amtsbezirk Braunschweig weit über dem niedersächsischen aber auch über dem westdeutschen Durchschnitt. Dies wird vor allem durch die Automobilindustrie in der kreisfreien Stadt Wolfsburg, einzelnen forschungsstarken Unternehmen im Landkreis Northeim sowie durch den Wissenschaftsstandort Göttingen bedingt. Die Patentintensität fällt dagegen in keinem Teilgebiet höher aus als im westdeutschen Durchschnitt aus, wohl aber als im niedersächsischen Durchschnitt.

Im Bereich der Qualifizierung der Beschäftigten hatten die Städte Wolfsburg und Braunschweig sowie der Landkreis Göttingen 2011 die höchste Anzahl von SV-Beschäftigten mit tertiärem Bildungsabschluss je SV-Beschäftigten, die geringste Anzahl war dagegen in den Landkreisen Helmstedt, Northeim, Peine und Osterode am Harz zu finden. Während die

**FuE-Personal der Wirtschaft 2009
Braunschweig**



* Aus Geheimhaltungsgründen kein genauer Wert für Wolfsburg bekannt
Datenquelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Bundesagentur für Arbeit

Quelle: Bundesagentur für Arbeit und SV Wissenschaftsstatistik - Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung; Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 81

über 50-Jährigen im Landkreis Osterode am Harz dabei auf etwa ein Drittel aller SV-beschäftigten Akademiker kam, lag ihr Anteil im Landkreis Gifhorn am anderen Ende des Spektrums unter einem Viertel. Zudem hatte die kreisfreie Stadt Wolfsburg bei der Anzahl der SV-Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung je SV-Beschäftigten über den Zeitraum 2003 bis 2011 den stärksten Rückgang in Prozentpunkten zu verzeichnen und wies damit 2011 auch das kleinste Verhältnis auf. Die höchste Anzahl SV-Beschäftigter ohne abgeschlossene Berufsausbildung je SV-Beschäftigten hatten dagegen die kreisfreie Stadt Salzgitter sowie die Landkreise Peine und Gifhorn

Im Bereich der (beruflichen) Ausbildung gehörten die Landkreise Göttingen, Osterode am Harz und Northeim sowie die Städte Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter im Jahr 2011 zu den Regionen mit der niedrigsten Anzahl Auszubildender je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Allein der Landkreis Gifhorn lag mit seiner relativen Anzahl Auszubildender deutlich über dem niedersächsischen Durchschnitt.

Im Bereich der Bildungspotenziale waren im Jahr 2010 sowohl die geringsten Anteile von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss als auch die höchsten Anteile von Schulabgängern mit Abitur in den Städten Wolfsburg und Braunschweig zu finden. Zu den

Regionen mit den höchsten Anteilen von Abiturienten gehörte auch der Landkreis Göttingen. Die Landkreise Northeim und Peine hatten indessen die höchsten Anteile von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss. Die niedrigsten Anteile von Schulabgängern mit Abitur waren dagegen in den Landkreisen Peine und Gifhorn sowie in der kreisfreien Stadt Salzgitter zu beobachten. Von den sechs Landkreisen/kreisfreien Städten mit Hochschulstandorten in der Region waren die Standorte Göttingen und Braunschweig gemessen an der absoluten Studierendenanzahl 2011 mit Abstand die größten. Die Anteile der Studierenden an Universitäten waren zudem bei beiden weitaus höher als die Anteile der Fachhochschulstudierenden. Im Hinblick auf die Anteile der studierten Fächer hatte der Standort Clausthal den größten Anteil von MINT-Studierenden an allen Studierenden an diesem Standort. In Göttingen war ihr Anteil dagegen am niedrigsten.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung hatten die kreisfreie Stadt Wolfsburg und die Landkreise Göttingen, Wolfenbüttel und Goslar im Jahr 2011 die höchsten Betreuungsquoten der unter 3-jährigen Kinder, während die kreisfreie Stadt Salzgitter die niedrigste Quote aufwies. Bei den 3- bis unter 6-Jährigen waren die höchsten Betreuungsquoten in der kreisfreien Stadt Wolfsburg sowie in den Landkreisen Wolfenbüttel und Goslar zu beobachten, im Landkreis Gifhorn war die Quote indessen am niedrigsten.

Im Bereich des Innovationspotenzials hatte die kreisfreie Stadt Wolfsburg im Jahr 2009 die mit Abstand höchste FuE-Personalintensität (Personal in Forschung und Entwicklung je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) zu verzeichnen. Die geringste FuE-Personalintensität fand sich dagegen im Landkreis Gifhorn. Des Weiteren waren von den 6 Landkreisen/kreisfreien Städten mit Hochschulstandorten in der Region die Standorte Göttingen und Braunschweig gemessen an der absoluten Anzahl des Lehr- und Forschungspersonals im Jahr 2011 mit Abstand die größten. Die Anteile des Lehr- und Forschungspersonals an den Universitäten waren zudem bei beiden weitaus höher als die Anteile an den Fachhochschulen, in Relation zum gesamten Lehr- und Forschungspersonal. Im Hinblick auf die Anteile der Studienfächer hatte Clausthal den größten Anteil von Lehr- und Forschungspersonal im MINT-Bereich. Insgesamt wurden über den Zeitraum 2005 bis 2010 in der kreisfreien Stadt Braunschweig und im Landkreis Göttingen die meisten Patente angemeldet, wohingegen die wenigsten Patentanmeldungen in der kreisfreien Stadt Salzgitter erfolgten. Bezogen auf die Patentintensität (Anzahl der Patentanmeldungen je 10.000 Personen im erwerbsfähigen Alter) im Jahresdurchschnitt 2005 bis 2010 verändert sich das Gesamtbild kaum.

Es wird darauf hingewiesen, dass Im Bereich der schulischen Bildung nur die kreisfreie Stadt Salzgitter mit einer Schulabbrecherquote von 3% einen akzeptablen Wert aufweise. Der Landkreis Northeim weise mit 14,7% einen hohen Anteil an Schulabgängern ohne (Haupt-) Schulabschluss auf.

Die niedrige Abiturientenquote in der Stadt Salzgitter werde weder „gegendert“ noch nach Migranten und Nichtmigranten differenziert. Neben den tendenziell niedrigen Bildungsabschlüssen solle zusätzlich der Migrationshintergrund von Abiturienten zu betrachten und das Geschlecht. Es müsse davon ausgegangen werden, dass den Mädchen zusätzliche Bildungshindernisse in den Weg gelegt würden. Die fehlende geschlechtersensible / gendergerechte Analyse führe dazu, dass keine strategischen Ziele für diese Potenzialträgerinnen benannt würden.

Daten zur Kinderbetreuung aus dem Jahr 2011 dürften in allen Gebietskörperschaften überholt sein.

Der Standort Clausthal und die TU werde im Entwurf der regionalen Handlungsstrategie kaum erwähnt. Die Bedeutung der TUC für den Oberharz und die Ansiedlung von spin-offs in dieser Region werde kaum gesehen. Von der Dimension her möge es auch daran liegen, dass die Schaffung zehn neuer Arbeitsplätze in der Region Braunschweig /

Wolfsburg nicht die Wertigkeit besitze, wie die Schaffung dieser Arbeitsplätze in der Region Oberharz.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Forschungsflughafen und das DLR in der Bestandsanalyse unter dem Punkt „Infrastruktur: Mobilität“ behandelt werden und angeregt, dass angesichts des später (richtigerweise) zitierten enormen Potenzials des Forschungsflughafens die Schwerpunktsetzung unbedingt unter dem Thema „Forschung“ erfolgen sollte. Angemerkt wird, dass die Forschung, vor allem im Bereich der Luftfahrt im Entwurf der regionalen Handlungsstrategie zu stark vernachlässigt werde, dabei sei sie es, die dem Forschungsflughafen Braunschweig ein Alleinstellungsmerkmal in Europa sichere.

1.7 Infrastruktur: Mobilität

Erreichbarkeit und Lage einer Region wirken sich auf die potenzielle Größe des regionalen Arbeitsmarktes aus und sind damit ein entscheidender Standortfaktor für Unternehmen. Die Erreichbarkeit einer Region hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Einwohner einer Region. Für die erwerbstätige Bevölkerung vergrößert eine gute Erreichbarkeit den potenziellen Arbeitsmarkt und erhöht damit die Beschäftigungsperspektiven.

Die Erreichbarkeit auf Straße und Schiene bzw. im Individual- und im Öffentlichen Nahverkehr ist aber auch für die Daseinsvorsorge, die Ausbildung (Schüler, Studenten, Auszubildende), für den Freizeitverkehr und den Tourismus von erheblichem Belang.

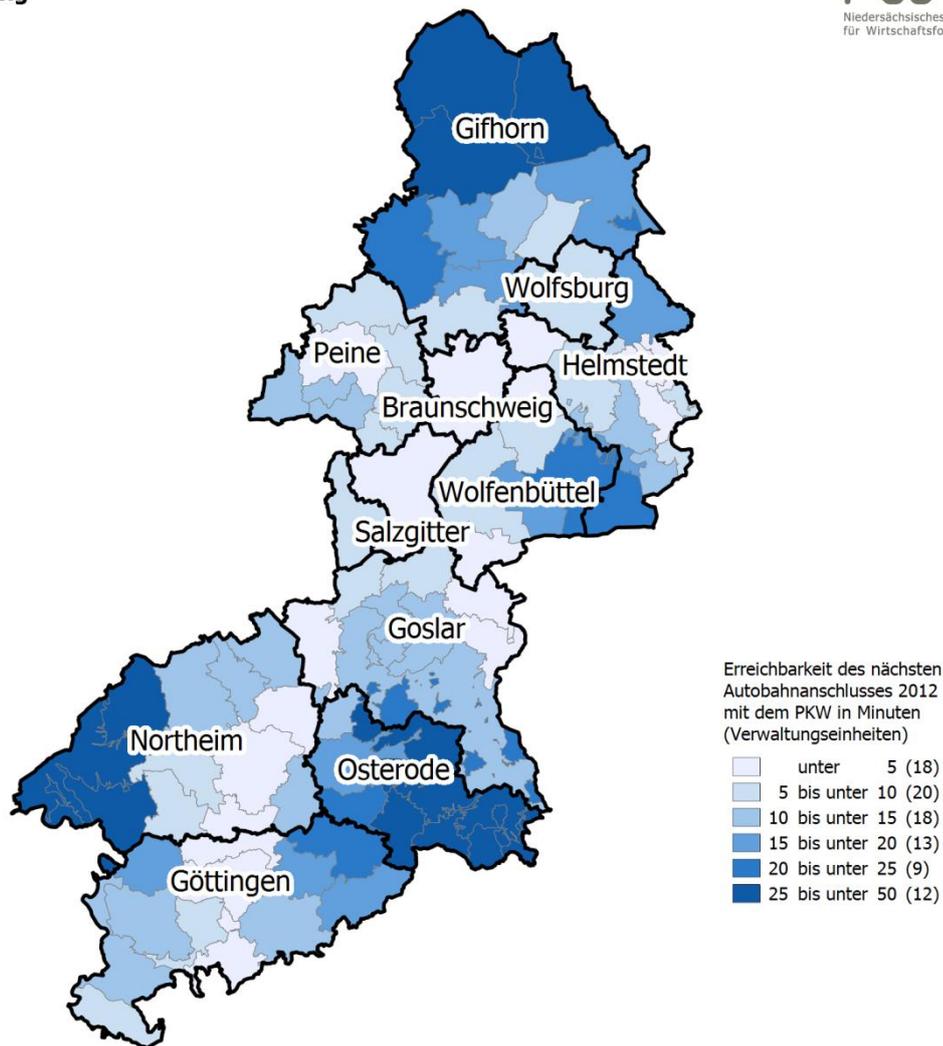
Durch den Amtsbezirk Braunschweig führen zwei wichtige europäische Autobahnverbindungen. Die „Vogelfluglinie“ BAB 7 verbindet über Hamburg, Würzburg und Ulm Skandinavien mit dem Mittelmeerraum. Im Zuge der nördlich der Mittelgebirge ehemals verlaufenden mittelalterlichen Handelsstraßen liegt die BAB 2 Ruhrgebiet – Berlin als Teil der Verbindung zwischen den Niederlande / Belgien und Polen. Als Bypass dieser beiden sich bei Hannover kreuzenden Autobahnen dient die A 39 Salzgitter - Braunschweig - Wolfsburg mit der geplanten Weiterführung über Wittingen nach Lüneburg und Hamburg. Zwischen Göttingen und Halle verbindet die A 38 die A 7 mit dem thüringischen und sächsischen Wirtschaftsraum. Die von Braunschweig nach Süden führende A 395 mündet vor dem Harzrand in die B 6, die als vierspurige Schnellstraße Goslar mit Wernigerode, Quedlinburg, Aschersleben und der A 14 Magdeburg – Leipzig verbindet.

Die Erreichbarkeit des nächstgelegenen Autobahnanschlusses ist in den verdichteten, verstädterten Räumen der Region, insbesondere im Raum Braunschweig-Hannover recht günstig. Auch Städte, Gemeinden und Samtgemeinden, welche direkt an der Bundesautobahn 7 liegen, verfügen über eine teilweise gute Anbindung an das deutsche Autobahnnetz. Die dünn besiedelten Gebiete im nördlichen Teil des Landkreises Gifhorn, im südlichen Teil der Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel sowie im westlichen Teil des Landkreises Northeim haben einen schlechteren Zugang zum Straßenfernverkehrsnetz. Weite Teile des Landkreises Osterode am Harz haben trotz einer vergleichbar hohen Bevölkerungsdichte im Harzvorland einen relativen ungünstigen Zugang zum Autobahnnetz.

Die überregionale Anbindung und Erreichbarkeit der Region über die Schiene ist günstig. In Nord-Süd-Richtung schließt die ICE-Strecke Frankfurt – Göttingen – Hannover – Hamburg einschließlich der Eckverbindung - Hildesheim - Braunschweig – Wolfsburg die Region an die europäischen Metropolen an, in Ost-West-Richtung die ICE-Strecke Ruhrgebiet – Hannover – Braunschweig – Magdeburg – Berlin bzw. Hannover – Wolfsburg – Berlin.

Die Erreichbarkeit der zentralen Orte mit ihrer Ausstattung an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungen, Fachärzten, Krankenhäusern und anderen

**Erreichbarkeit des nächsten Autobahnanschlusses 2012
Braunschweig**



Quelle: BBSR – Darstellung des NIW

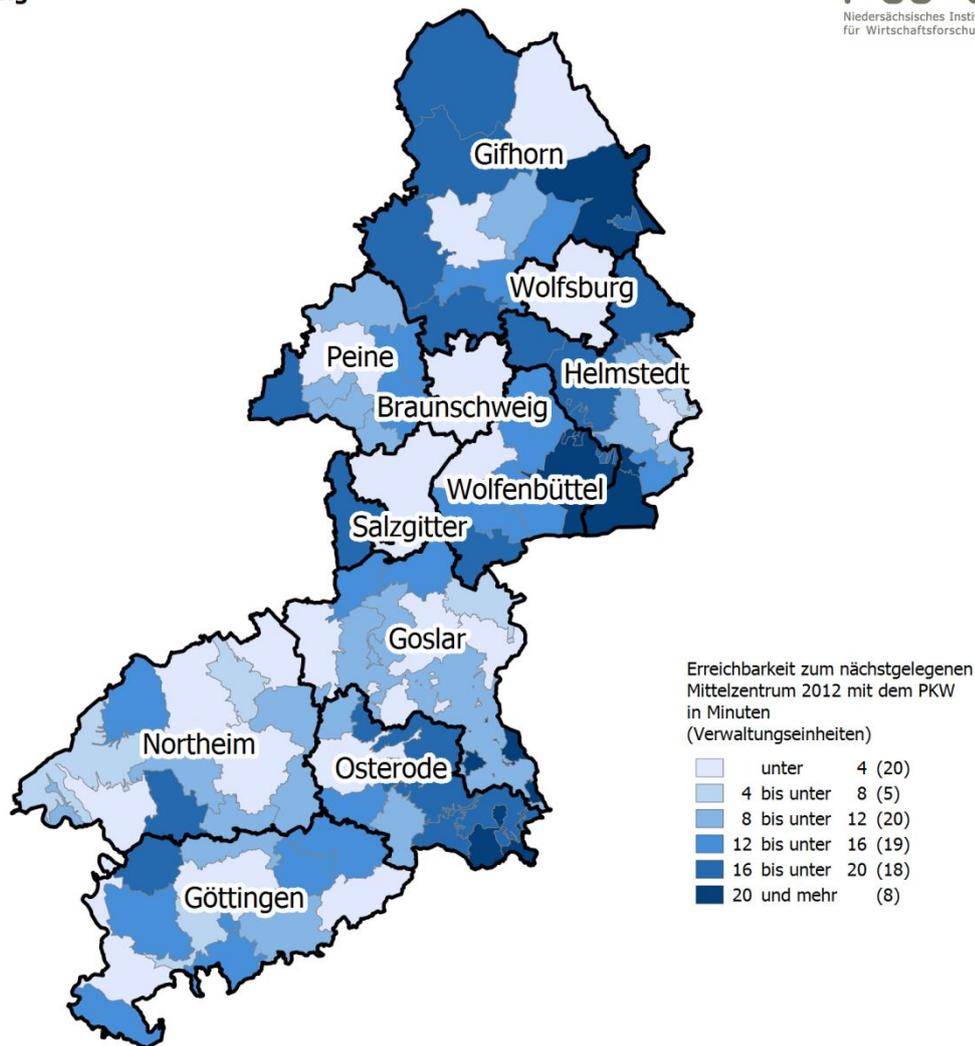
Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 84

Einrichtungen der Daseinsvorsorge ist für das versorgte Umland und für dessen Lebensqualität von erheblicher Bedeutung. Die Betrachtung der Ein- und Auspendlerzahlen zeigt, dass Gemeinden mit mittelzentraler Funktion mehrheitlich einen Einpendlerüberschuss aufweisen. In den Gemeinden mit grundzentraler Bedeutung überwiegt die Zahl der Auspendler. Die Oberzentren des Amtsbezirkes Braunschweig weisen allesamt einen erheblichen Überschuss an Einpendlern auf, was ihre Bedeutung als Arbeitsplatzstandorte verdeutlicht.

Die Erreichbarkeit der Großstädte Braunschweig, Göttingen, Salzgitter und Wolfenbüttel mit dem PKW ist insgesamt günstig. Lediglich vereinzelte Gemeinden in den Landkreisen Osterode am Harz und Goslar haben einen schlechten Zugang zu diesen Oberzentren.

Die Erreichbarkeit von Mittelzentren ist in den verdichteten Räumen der Region günstig. In den weniger verdichteten Gebieten im Harz und Harzvorland der Landkreise Osterode am Harz und Goslar sowie im südlichen Teilen der Landkreise Wolfenbüttel und Helmstedt und

**Erreichbarkeit zum nächstgelegenen Mittelzentrum 2012
Braunschweig**



Quelle: BBSR – Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013, Seite 86

Teilen Gifhorns beträgt der zeitliche Aufwand, in ein Mittelzentrum zu gelangen, teilweise mehr als 16 Minuten, zum Teil auch wesentlich länger.

Weniger günstig stellt sich die Erreichbarkeit der Oberzentren, insbesondere aber der Mittel- und Grundzentren im Öffentlichen Personennahverkehr dar. Aufgabenträger für den öffentlichen Nahverkehr ist in der Region Braunschweig der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB), in Südniedersachsen (einschließlich Landkreis Holzminden) der Zweckverband Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen (ZVSN). Den Verkehrsverbänden ist es noch nicht gelungen, alle Mittelzentren mindestens im Stundentakt an die Oberzentren anzubinden. Mit abnehmender Bevölkerungsdichte im ländlichen Raum wird die Erreichbarkeit der nächsten zentralen Orte (Grund- und Mittelzentren) und damit die Teilhabe am sozialen Leben (Arbeiten, Ausbildung, Einkaufen, Arztbesuche u.a.m) auf Grund abnehmender Frequenzen und Vertaktung problematischer. Der Öffentliche Nahverkehr wird derzeit in großen Teilen durch den Schülerverkehr getragen. Zurückgehende Schülerzahlen werden für die Verbindungsqualitäten bzw. die Finanzierbarkeit des ÖPNV und damit für Erreichbarkeit und Lebensqualität Folgen haben.

Der Amtsbezirk Braunschweig ist gut an das überregionale Wasserstraßennetz angebunden. In Ost-West-Richtung verläuft der Mittellandkanal. Er ist Teil einer wichtigen Schifffahrtsverbindung zwischen den Stromgebieten von Rhein, Ems, Weser, Elbe und Oder und hat damit internationale Bedeutung. Speziell durch den Elbe-Seitenkanal sind die Seehäfen Hamburg und Lübeck an das Netz der Binnenwasserstraßen angeschlossen und für den internationalen Containertransport auf der Wasserstraße erreichbar. Wichtig für die Region ist zudem der Stichkanal Salzgitter. Der Verkehrsflughafen in Braunschweig dient neben der international bedeutsamen Avionikforschung dem Geschäftsreise- und Werkverkehr. Mit der jüngst erfolgten Verlängerung der Start- und Landebahn gingen Investitionen von ca. 260 Mio. Euro für Forschungszentren einher. In Zusammenarbeit mit dem DLR (Investitionen von ca. 100 Mio. €), der Volkswagen AG, des Luftfahrt-Bundesamtes und von TU Instituten hat der Forschungsflughafen internationale Strahlkraft entwickelt. Das Niedersächsische Forschungszentrum für Luftfahrt NFL betätigt sich in Bereich der Grundlagenforschung und nimmt am Forschungsbauprogramm des Bundes teil. Der Automobilbereich kann von den Ergebnissen des Niedersächsischen Forschungszentrums Fahrzeugtechnik NFF als Zentrum für fahrzeug- und verkehrstechnische Forschungsaktivitäten profitieren.

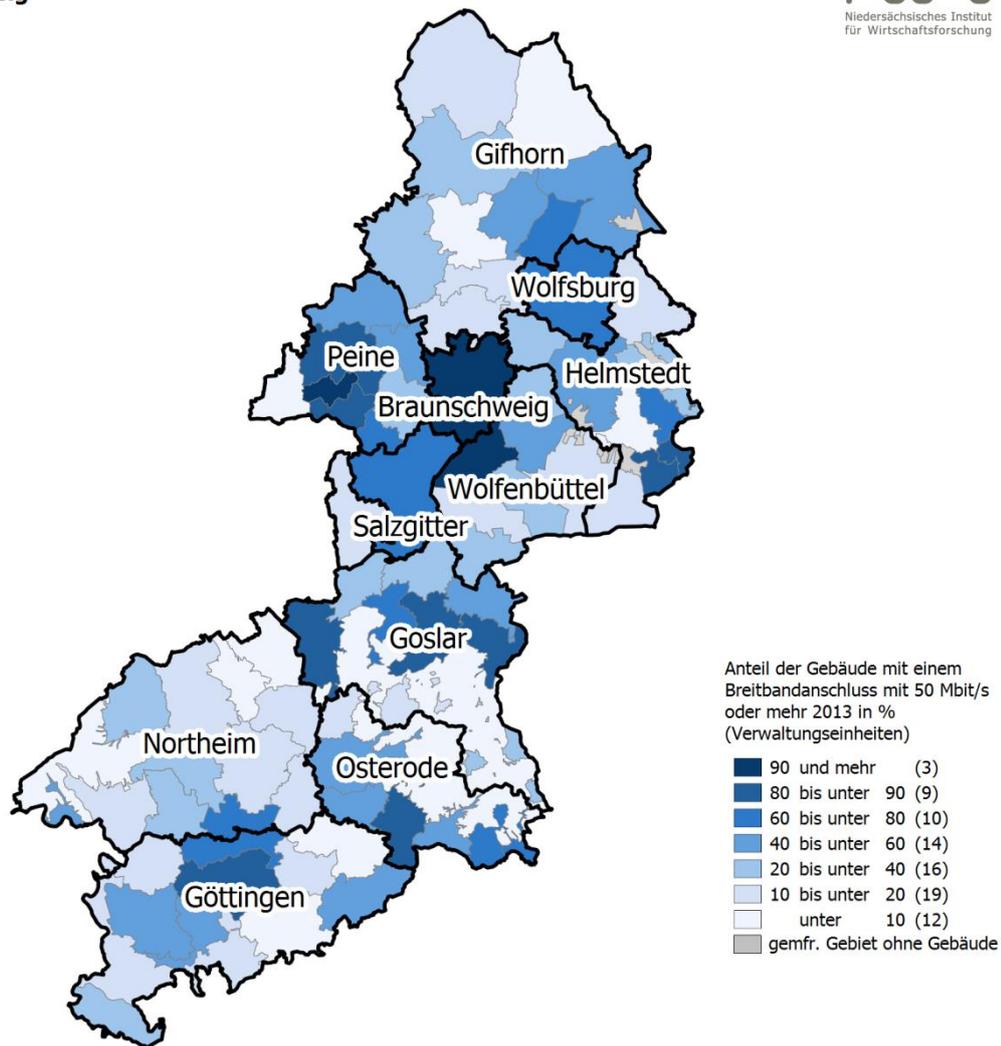
Vorgeschlagen wird, auf den im bundesweiten Vergleich niedrigen Anteil öffentlichen Personennahverkehrs (ÖV) bei der Verkehrsmittelnutzung (Modal Split) im Großraum Braunschweig einzugehen. Nach der Untersuchung des ZGB 2010 gebe es werktags einen ÖV-Anteil von 10%. Der Bundesdurchschnitt liege nach der Untersuchung „Mobilität in Deutschland 2008“ bei 15%. Dies wirke sich in der stark durch Pendlerverkehre gekennzeichneten Region Braunschweig-Wolfsburg auch auf die Verkehrsbelastung durch den motorisierten Individualverkehr (MIV) aus. Insbesondere für das Oberzentrum Wolfsburg sei eine Diskrepanz zwischen dem Pendlervolumen und dem Angebot im schienengebundenen Personennahverkehr zu erkennen.

Für den Bereich der Stadt Salzgitter wird bemängelt, dass ein integrativer Ansatz zur Verknüpfung und Ergänzung der Verkehrsträger fehle und neue Mobilitätsarten in der Stadt nicht erwähnt werden.

1.8 Infrastruktur: Breitbandversorgung

Der Amtsbezirk Braunschweig verfügt durch seine verhältnismäßig hohe Bevölkerungsdichte und Verstädterung über einen relativ hohen Anteil von Gebäuden mit Breitbandanschluss mit einer Geschwindigkeit von 50 Megabit je Sekunde und mehr. Die Breitbandverfügbarkeit ist in den großen Städten Braunschweig (91,7 %), Göttingen (85,9 %), Wolfsburg (76,0 %) und Salzgitter (65,0 %) höher als in den ländlicheren Räumen. In einigen Mittelstädten und Verwaltungssitzen wie Wolfenbüttel (94,7 %), Peine (87,4 %) und Goslar (82,2 %) sind mehr als vier Fünftel der Gebäude mit einem Breitbandanschluss versorgt. Die Versorgung in weiten Teilen des Landkreises Northeim sowie in vielen Gemeinden der Landkreise Gifhorn, Helmstedt und Wolfenbüttel fällt dagegen zurück.

Dem Thema „Breitbandversorgung“ werde in der Bestandsaufnahme zu wenig Bedeutung beigemessen. Eine differenzierte Darstellung fehle. Tatsächlich handele es sich bei der Breitbandversorgung um einen infrastrukturell und standort-wettbewerblich wichtigen Bereich von wachsender Bedeutung und Wirkung nicht nur im Hinblick auf Arbeitsplätze und Gründungsbereitschaft, sondern auch für die Entwicklung im Tourismus und der im Tourismus-Marketing anzusprechenden Zielgruppen. Auch unter dem Gesichtspunkt der demografischen Entwicklung werde die Breitbandversorgung eine stärkere Bedeutung gewinnen. Neue Wege der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger über Internet werden angemahnt.



Quelle: Breitbandkompetenzzentrum Niedersachsen – Darstellung des NIW

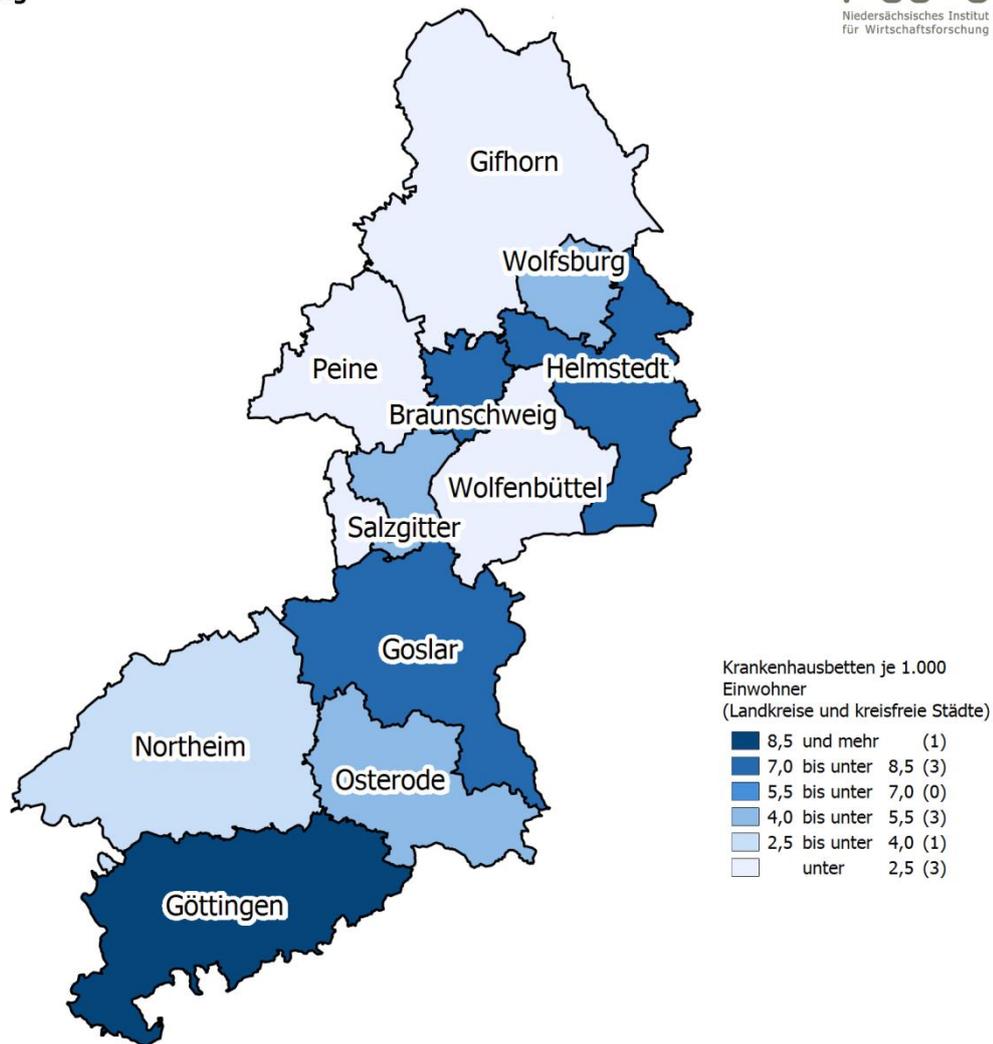
Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 89

1.9 Gesundheit

Die Gewährleistung einer angemessenen Gesundheitsversorgung ist eine wichtige Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge. Die Gesundheitsversorgung steht im Rahmen des demografischen Wandels insbesondere durch eine alternde Bevölkerung vor einer besonderen Herausforderung. Die Zahl der Krankenhausbetten je Einwohner und der Versorgungsgrad mit Hausärzten und Fachärzten spiegeln die Gesundheitsversorgung wider.

Im Landkreis Göttingen befindet sich durch die Universitätsmedizin Göttingen eine überdurchschnittlich hohe Versorgung an Krankenhausbetten relativ zu den Einwohnern. Der Landkreis Göttingen verfügt daneben aber auch absolut über die höchste Zahl an vollstationären Krankenhausbetten. Weitere Zentren der Gesundheitsversorgung mit einer teilweise spezialisierten Ausrichtung befinden sich in den Landkreisen Helmstedt und Goslar sowie der kreisfreien Stadt Braunschweig. Dahingegen sind die Landkreise Gifhorn, Peine

**Krankenhausbetten je 1.000 Einwohner 2013
Braunschweig**



Quelle: Niedersächsischer Krankenhausplan 2013

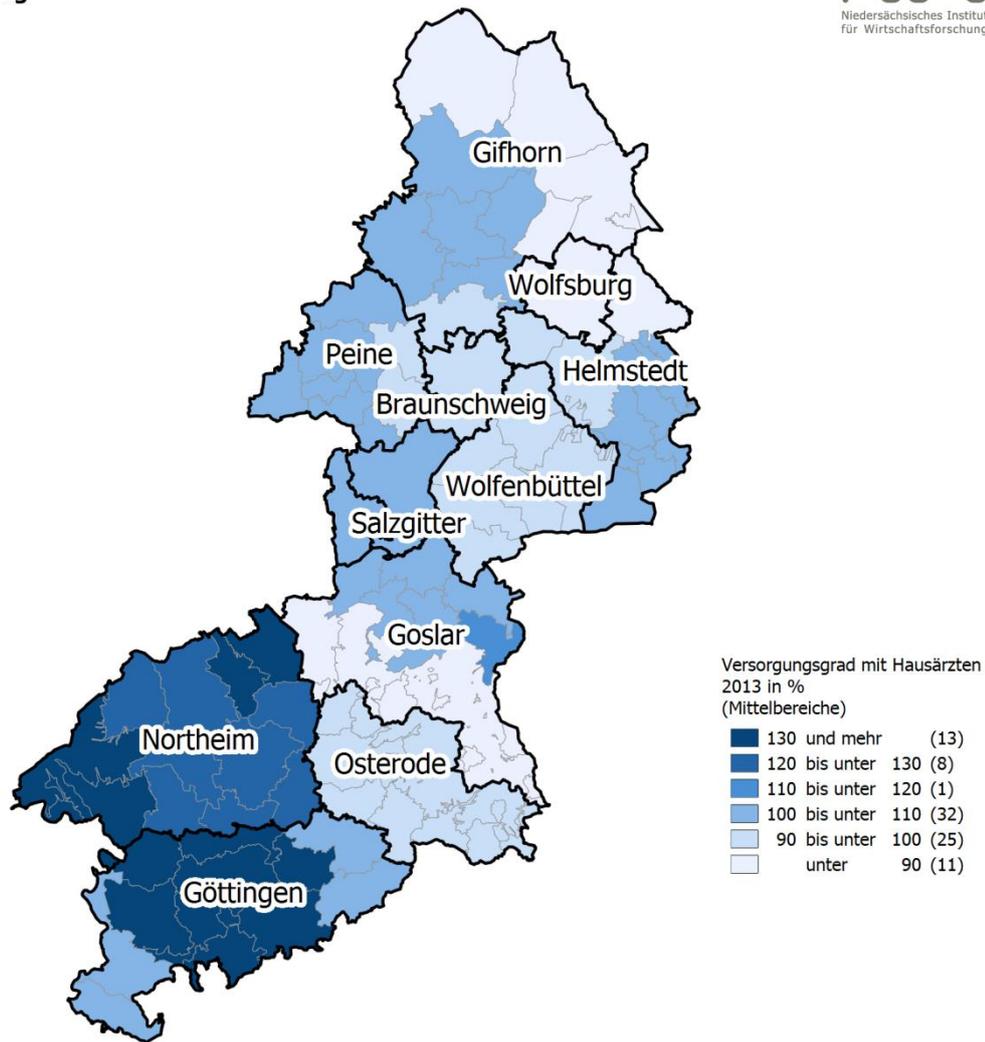
Quelle: Niedersächsischer Krankenhausplan – Darstellung des NIW.

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung; Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013, Seite 87

und Wolfenbüttel unterdurchschnittlich mit Krankenhausbetten je Einwohner versorgt. Die versorgungsstarken Zentren gleichen aber durch ihre Nähe diese Unterversorgung aus.

Die medizinische Grundversorgung in den Gemeinden wird von den Hausarztpraxen geleistet. Der Versorgungsgrad an Hausärzten wird von der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsens in den Mittelbereichen (Verflechtungsbereiche der Mittelzentren) erfasst. Er beschreibt die Versorgung an Ärzten anhand einer Einwohnerzahl, die um demographische Faktoren angereichert ist. In der Region Braunschweig liegt der derzeitige Versorgungsgrad in weiten Teilen über 100 %. In und um die Stadt Göttingen sowie im Landkreis Northeim ist der Versorgungsgrad mit mehr als 120 % besonders hoch. Eine von der Kassenärztlichen Vereinigung im Sommer 2011 für Südniedersachsen vorgelegte Analyse der Altersstruktur von Hausarzt/innen zeigt jedoch, dass in den nächsten zehn Jahren etwa die Hälfte der Hausarztstellen neu besetzt werden muss. Versorgungslücken werden entstehen, wenn freiwerdende Arztsitze in größerer Zahl nicht wieder besetzt werden können. Darüber hinaus ist fraglich, ob das derzeitige Versorgungsniveau gehalten werden kann. In der kreisfreien

**Versorgungsgrad mit Hausärzten 2013
Braunschweig**



Quelle: Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen

Quelle: Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen – Darstellung des NIW.

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013, Seite 88

Stadt Wolfsburg und seinem westlichen Umland sowie im Oberharz liegt der Versorgungsgrad bei unter 85 %. Weiterhin gibt es im Norden des Landkreises Gifhorn und am Harzrand im Landkreis Goslar Versorgungsgrade unter 90 %. Die beiden zuletzt genannten Gebiete waren gleichzeitig in den letzten Jahren überdurchschnittlich vom demographischen Wandel betroffen. Der Versorgungsgrad der Hausärzte im Landkreis Wolfenbüttel liegt z. B. aktuell noch zwischen 83 % und 91 %. Bis zum Jahr 2020 wird es jedoch 41 Abgänge (gerechnet Altersabgänge ab 60 Jahre) geben, was den Versorgungsgrad auf 29,6 % minimieren wird. Bis zum Jahr 2020 wird es im Landkreis Wolfenbüttel nicht nur bei den Hausärzten, sondern auch bei den Fachärzten zu einem enormen Medizinerangel kommen.

Durch die zu erwartenden weiteren Alterungsprozesse der Bevölkerung in diesen Teilen, steht die Gesundheitsversorgung dort vor einer besonderen Herausforderung. Auch hier sind aufgrund der Altersstruktur in den nächsten Jahren Hausarztpraxen neu zu besetzen und auch bei Fachärzten zeichnen sich zunehmende Engpässe ab.

Gemäß dem Niedersächsischen Landespflegebericht 2010 kann übereinstimmend für alle Landkreise und kreisfreien Städte ein Anstieg der Zahl Pflegebedürftiger für die kommenden Jahrzehnte bis 2050 prognostiziert werden. Die Bevölkerung wird immer älter und ihre Gesamtzahl sinkt kontinuierlich. Diese beiden Kernaussagen haben unmittelbaren Einfluss auf die Entwicklung im Pflegebereich. Verschiedene zugrunde gelegte Varianten weisen keine wesentlichen Unterschiede in Tendenzen und Zahlen auf. Der Anstieg von Pflegebedürftigen in Niedersachsen bis 2060 wird in vier Schritten erfolgen. Ausgehend vom Stand des Jahres 2007 wird bis 2020 die Zahl Pflegebedürftiger um 25 % anwachsen, bis 2030 knapp die Hälfte (45% - 46%) mehr Pflegebedürftige geben, bis 2040 die Zahl der Pflegebedürftigen um ca. zwei Drittel (66,5 %) ansteigen und bis 2050 ihre Zahl um mehr als 90% gestiegen sein. Erst ab 2060 ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Pflegebedürftigen wieder sinken wird. Konsequenz daraus ist, dass immer mehr professionelle Betreuung bzw. Pflege nötig wird. Der Bedarf an Alten- und Pflegeheimen und damit auch an Pflegekräften steigt weiter an. Die Heime stehen vor der Herausforderung, ihren Betrieb wirtschaftlich zu führen und Fachkräfte zu gewinnen. Im Zuständigkeitsbereich des Amtes für regionale Landesentwicklung belief sich im Jahr 2011 die Anzahl der Pflegeheime auf 320. Die Pflegeheime beherbergten insgesamt 20751 Pflegebedürftige. Die höchste Anzahl an Pflegeheimen weisen die Landkreise Goslar (49) und Göttingen (46, inklusive Stadt Göttingen) auf.

Die Grafik zu den Krankenhausbetten je 1.000 Einwohner sage nichts über die Spezialisierung der Häuser aus. Der Bezug von Grafik und Text führe zu Fehlinterpretationen. Aufgrund des Charakters der Kliniken sei die spezialisierte Ausrichtung in Braunschweig und Wolfsburg mit Sicherheit größer als in Helmstedt und Goslar.

Im Bereich Gesundheit sei der Prognostik ein größerer Stellenwert einzuräumen. Die von der Kassenärztlichen Vereinigung übernommenen Daten berücksichtigten den bevorstehenden demografischen „Knick“ im Bereich der haus- und fachärztlichen Versorgung nicht ausreichen. Die drohende Unterversorgung durch kurzfristig in den Ruhestand gehende Ärzte werde nicht in der gebotenen Deutlichkeit dargestellt. Bereits vor Aufgabe der Kassenzulassung sollten überplanmäßige Niederlassungen zugelassen werden, zumal eine erhebliche Anzahl bestehender Alt-Zulassungen mangels Nachfolger verfallen dürfte.

Von großer Bedeutung dürfte aktuell und perspektivisch die Stabilisierung und Wiederherstellung der Gesundheit durch Rehabilitationsmaßnahmen sein. Hierzu lägen örtliche Fachkompetenzen insbesondere hinsichtlich orthopädischer, onkologischer und psychosomatischer Erkrankungsformen vor, die erwähnt werden und Eingang in die Konzeption finden sollten.

Berücksichtigt werden sollte die Situation der ambulanten und häuslichen Pflege und Erwähnung finden die problematische Situation von Arbeitskräften im Bereich der Pflege. Nach Angaben der Bertelsmannstiftung fehlten 2030 mit Zunahme der Pflegebedürftigkeit rund 50.000 Pflegekräfte in Niedersachsen. Braunschweig werde voraussichtlich einen Bedarf an weiteren 1.008 Pflegekräften haben, Wolfsburg von 483. Dabei ergebe sich eine Versorgungslücke aus dem zusätzlichen Personalbedarf und einem rückläufigen Arbeitskräfteangebot.

Neben der stationären Versorgung sollte auch ein Augenmerk auf die ambulante und häusliche Pflege gelegt werden. 2011 seien in Niedersachsen rund 45% der Pflegebedürftigen im häuslichen Umfeld betreut worden, 23,5% durch ambulante Dienste und 31,5% im vollstationären Bereich.

1.10 Daseinsvorsorge, Dienstleistungen, Einzelhandel, infrastrukturelle Ausstattung

Der Begriff Daseinsvorsorge umschreibt die staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Leistungen – die so genannte Grundversorgung. So wird die Daseinsvorsorge durch eine Vielzahl öffentlicher und privater Dienstleistungen gestaltet (z.B. technische und soziale Infrastrukturen).

Die Versorgungssituation steht in Regionen, die wie der Amtsbezirk Braunschweig teilweise stark vom demographischen Wandel betroffen sind, vor einer besonderen Herausforderung. Diese Herausforderungen betreffen in erster Linie den ländlichen Raum, die Klein- und einige mittelgroße Städte. Demgegenüber liegen in den Großstädten Braunschweig, Göttingen und Wolfsburg die Aufgaben weniger in der Sicherstellung der Daseinsvorsorge als in deren Anpassung an die alternde Gesellschaft.

Durch die sinkende Zahl der Einwohner kommt es zu einer sinkenden Nachfrage nach Gütern der Daseinsvorsorge. Insbesondere in ländlich-peripheren Räumen kann dies zu Tragfähigkeitsproblemen durch Unterauslastung führen. Der demographische Wandel mit einer zunehmenden Zahl von älteren Einwohnern und einer abnehmenden Zahl von Kindern und Jugendlichen verschiebt dabei die Bedarfe. Durch die Alterung wird es zu einer höheren Nachfrage für Bedarfe älterer Einwohner bei einer abnehmenden Nachfrage für Einrichtungen jüngerer Einwohner kommen. Eine Vielzahl unterschiedlicher Folgeerscheinungen der negativen Bevölkerungsentwicklung treten bereits auf: Die ärztliche Grundversorgung ist nicht mehr flächendeckend gewährleistet, Schulschließungen stehen bevor, gleichzeitig steigt die Anzahl von Seniorenwohn- und -pflegeeinrichtungen flächendeckend. Die Zahl der Versorgungseinrichtungen dünnt sich aus. Kommunen fahren aufgrund sinkender Steuereinnahmen und damit abnehmenden kommunalen Handlungsspielräumen ihre freiwilligen Dienstleistungsangebote, wie Bibliotheken oder Jugendzentren, in einzelnen Orts- oder Stadtteilen zurück. Schwimmbäder oder auch Bürgerhäuser können in der heutigen Form nicht mehr aufrechterhalten werden. Auch private Träger kämpfen mit der Finanzierung ihrer Einrichtungen. Die Konsequenzen sind höhere Kosten, die auf die Nutzer umgelegt werden, was wiederum zu einer sinkenden Frequentierung von Angeboten führt, oder die Reduktion der Angebote. Die Konzentration auf die zentralen Orte, das heißt der Rückzug aus der Fläche, findet bereits statt. Leerstände insbesondere in den kleineren und peripheren Ortslagen und Dörfern werden zahlreicher, Unternutzungen von Gebäuden nehmen zu.

Im Bereich der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs sind innerhalb der ländlich geprägten Räume im Amtsbezirk Braunschweig die gleichen Tendenzen zu beobachten wie fast schon bundesweit in anderen ländlichen Räumen auch. Der Strukturwandel im Einzelhandel hat tiefgreifende Veränderungen herbeigeführt. So hat der hohe Grad an (Auto-)Mobilität der Verbraucher das Standortwahlverhalten der Unternehmen und das wiederum das Einkaufsverhalten nachhaltig verändert. Darüber hinaus verschieben sich die betriebswirtschaftlich notwendigen Untergrenzen immer weiter nach oben – Verkaufsflächen nehmen kontinuierlich zu, ziehen sich aus der Fläche zurück und werden an verkehrsgünstigen Standorten konzentriert. Für inhabergeführten Einzelhandel wird die Konkurrenz größer. Geschäftsaufgaben können die Folge sein

Die Versorgung der nichtmobilen Bevölkerungsanteile in den Ortsteilen des peripheren ländlichen Raums hat sich in Folge dieses Prozesses erheblich verschlechtert

In vielen Dörfern im ländlichen Raum gibt es keine Einzelhandelsgeschäfte mehr. Mit dem Rückzug des Einzelhandels bricht hier nicht nur die tägliche, wohnortnahe Versorgung weg, es geht auch ein wichtiger sozialer Treffpunkt und Ort des sozialen Miteinanders und Austausches verloren. Ein selbstbestimmtes Leben im Alter in Ortsteilen ohne Versorgung wird nur noch mit Nachbarschaftshilfe und ehrenamtlichen Engagement möglich sein. In der

Konsequenz könnte dies erzwungene Wegzüge erforderlich machen mit weitreichenden Folgen für die Leerstandssituation.

Auch in etlichen Grundzentren ist die Tragfähigkeit des bestehenden Einzelhandels bis zum Jahr 2030 fraglich. Die Standorte der Grundzentren haben die Grundversorgungsfunktion inne, welche in der Regel auf das jeweilige Gemeindegebiet ausgerichtet ist. In zahlreichen Grund- und Mittelzentren prägen Geschäftsleerstände das Bild der Ortskerne. Nur in wenigen Fällen ist es geglückt, neue Einzelhandelsstandorte in den Kernen zu integrieren. In Mittelzentren wird durch Geschäftsaufgaben nicht nur die Angebotspalette lückenhaft, zunehmender Leerstand von Geschäften hat deutlich negative Auswirkungen auf Atmosphäre und Ausstrahlung der Innenbereiche. Insbesondere die Mittelzentren Uslar und Bad Gandersheim sind von Funktionsverlusten bedroht. Gemäß den Leitbildern der Raumentwicklung in Deutschland 2013 kommen in Südniedersachsen „Räume mit zu sichernder Tragfähigkeit“ vor. Die Städte Hann.Münden, Uslar und Bad Gandersheim sind demnach in ihrer Tragfähigkeit zu sichernde Mittelzentren, im Südharz ist die Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen zu sichern.

Bemängelt wird, dass zwar der Strukturwandel mit seinen Folgen beschrieben wird, aber regionale Gegenmaßnahmen, beispielsweise im Bereich der Nahversorgung, nicht differenziert aufgeführt würden.

Hingewiesen wird darauf, dass neben den technischen und sozialen Infrastrukturen auch kulturelle Infrastrukturen zu den öffentlichen und privaten Dienstleistungen der Daseinsvorsorge gehören.

1.11 Energie, Klima- und Hochwasserschutz

Niedersachsen ist bezogen auf erneuerbare Energien ein führendes Energieland und besitzt eine differenzierte Kraftwerksstruktur. Nach wie vor wird hier auch Ergas und Erdöl gefördert. Die Knappheit der natürlichen Ressourcen, die Gefahr des globalen Klimawandels und die notwendige Wende hin zu einer sauberen Energieversorgung erfordern den grundlegenden Umbau der Industriegesellschaft und eine nachhaltige Umwelt- und Landwirtschaftspolitik.

Die Niedersächsische Landesregierung empfiehlt eine Klimaschutzstrategie, die sich zunächst auf folgende Handlungsfelder erstreckt: Bauen und Wohnen, Industrie und Gewerbe, erneuerbare Energien und Kraft-Wärmekopplung, Bildung im Sinne von Umweltbildung, Landwirtschaft und Erhalt von Böden sowie Verkehr.

In diesem Zusammenhang stehen auch die Bereiche des Ehrenamts, die Gründung örtlicher Klimaschutzorganisationen bis hin zur Gründung einer landesweiten Klimaschutz- und Energieagentur, die als dringend notwendig von der Niedersächsischen Regierungskommission Klimaschutz erachtet wurde. Diese wird zugunsten der landesweiten Koordination wirken und Prozesse in Gang setzen. Von Interesse können Maßnahmen sein, die den Klimaschutz in die Breite bringen, Effizienzmaßnahmen, die einen Beitrag zur Energieeinsparung und Wohnwertsteigerung leisten, Maßnahmen im Sinne technischer und sozialer bzw. institutioneller Innovationen sowie Initiierung bzw. Stärkung von Kooperationen, die Themen wie Energie, Umwelt oder Ressourcen als gemeinsames Ziel haben.

Mit Blick auf die Möglichkeiten der intelligenten Spezialisierung lassen sich auch im Hinblick auf Klimaschutz und Energieeinsparung gute Ansätze z B in den Bereichen E-Mobilität, Recycling, Speichertechnologien, Leichtbau / neue Materialien und Aviation finden. Im Zusammenhang wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Kompetenzen sowie die weit über die Region Braunschweig hinaus bestehenden Institutionen und Netzwerke sind zahlreiche

Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung und Anpassung gegeben. Beispielhaft ist das Recyclingcluster REWIMET in Goslar und die Vorbereitung und Bearbeitung von Projekten im Bereich der E-Mobilität, das Innovations- und Lösungsnetzwerk Ressourceneffizienz, das Automotive Cluster sowie das Schaufenster Elektromobilität der Metropolregion Hannover Braunschweig Wolfsburg Göttingen. Bezüge lassen sich in allen Formen der Mobilität zu Erde, Wasser und Luft herstellen.

Der Hochwasserschutz wird in Folge der Klimaveränderungen zu einer immer gewichtigeren Aufgabe, da mit einer Zunahme extremer Wetterlagen zu rechnen ist. Für die Wasserwirtschaft werden Nässe- und Trockenperioden häufiger und in verstärktem Maße auftreten. Bei den Hochwasserereignissen wird in den letzten 30 bis 40 Jahren eine steigende Tendenz ermittelt.

Ein integrierter Klimaschutz und Anpassungsstrategien im Bereich der Wasserwirtschaft gewinnen an volkswirtschaftlicher Bedeutung. Zukünftige Hochwasserschutzkonzepte sollen die prognostizierten klimatischen Veränderungen berücksichtigen. Hochwasser-Risiko-Managementpläne, die sich schwerpunktmäßig auf vorbeugende Maßnahmen konzentrieren, werden bis Ende 2015 vom NLWKN erstellt. Zudem erarbeitet das NLWKN Risiko- und Gefahrenkarten, welche die Flächen kennzeichnen, die bei auftretendem Hochwasser überschwemmt werden.

Bemängelt wird, dass die landesweite Klimaschutz- und Energieagentur (KEA) zwar beschrieben, aber nicht in Bezug zu Aktivitäten auf regionaler und lokaler Ebene (Effizienzagentur AfdR, Initiative ZGB, ILE-Projekt u.a.) gesetzt wird.

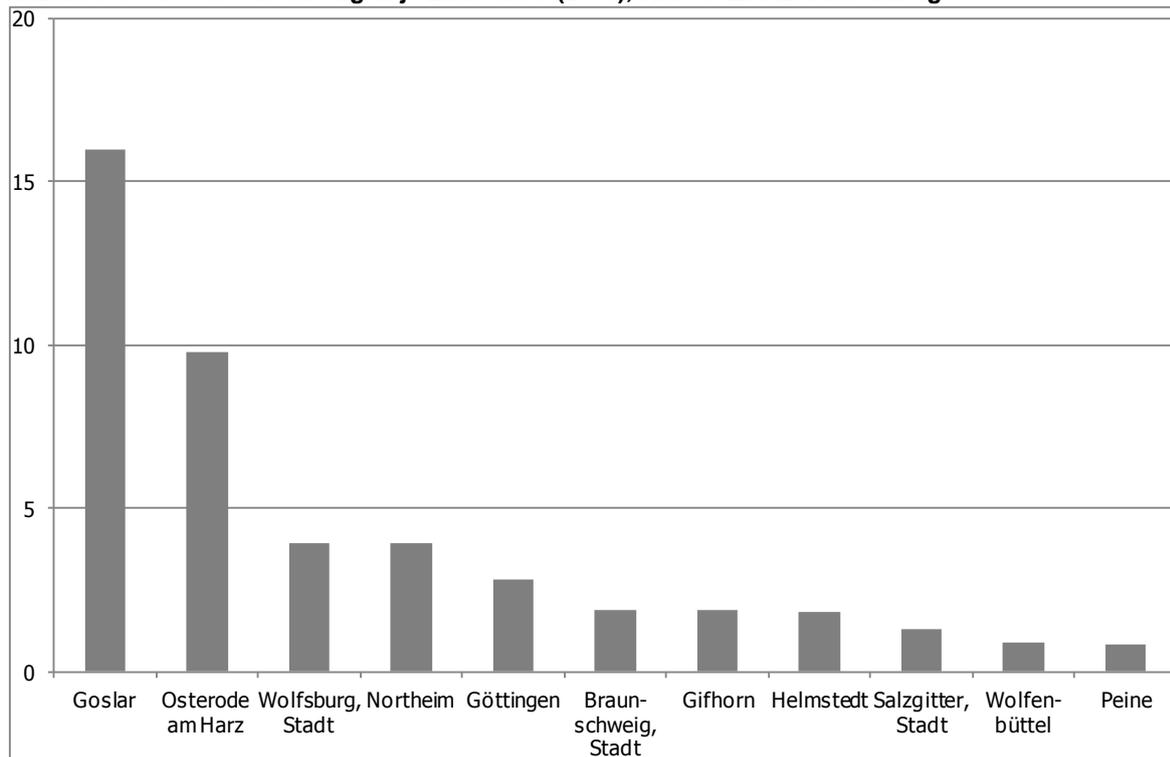
1.12 Tourismus, Naherholung

Der Tourismus gilt allgemein als Wachstumsmarkt und insbesondere für Niedersachsen als eine starke und erfolgreiche Wirtschaftsbranche mit rund 40 Mio. Übernachtungen und ca. 340.000 Beschäftigten die durch Tourismus ihren Lebensunterhalt bestreiten. Als Querschnittsbranche muss sich der Tourismus aber auch vorausschauend mit neuen und sehr differenzierten Anforderungen auseinandersetzen. Entwicklungsaussichten, Trends, aber auch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen ändern sich. Die Destinationen konkurrieren mit unzähligen und zahlenmäßig wachsenden internationalen Zielgebieten. In den vergangenen 10 Jahren ist es im Bereich Tourismus stetig bergauf gegangen, auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten hat sich der Tourismus damit als stabile Größe und Arbeitsplatzgarant gezeigt.

Das touristische Angebot in Niedersachsen gestaltet sich sehr vielfältig. Für die Region bietet zweifelsohne der Harz Potential für eine erfolgversprechende Entwicklung im Tourismus, zugleich braucht der Harz den Tourismus als wichtigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor.

Im Amtsbezirk Braunschweig befindet sich der Nationalpark Harz, dessen niedersächsischer Teil sich in den Landkreisen Goslar und Osterode am Harz befindet. Beide Landkreise beherbergen je Einwohner überdurchschnittlich viele Gäste und sind nach der Nordseeküste das bedeutendste touristische Zentrum Niedersachsens. Im Landkreis Goslar gibt es pro Einwohner 16 Gästeübernachtungen, im Landkreis Osterode am Harz 9,8 Gästeübernachtungen. Die durchschnittliche Verweildauer der Gäste ist jedoch mit 3,3 Tagen bzw. 3,7 Tagen in beiden Landkreisen relativ kurz. Auch der Anteil ausländischer Gäste an allen Gästen ist mit 10,7 % bzw. 7,9 % gering. Die übrigen Teile der Region sind kaum touristisch geprägt.

Anzahl der Gästeübernachtungen je Einwohner (2011), Amtsbezirk Braunschweig



Quelle: BBSR – Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 59

Der niedersächsische Harz ist insbesondere aufgrund seiner touristischen Vielfalt bei den Besuchern beliebt. Wandern und Mountainbiken, Wintersport, naturtouristische Attraktionen und eine Vielfalt an kulturtouristischen Besonderheiten prägen das Angebot im Harz. Zu den touristischen Highlights zählen in Sachen Wintersport Altenau, St. Andreasberg, Braunlage und Clausthal-Zellerfeld, das kulturtouristische Alleinstellungsmerkmal des Harzes ist der UNESCO Weltkulturerbestatus „Bergwerk Rammelsberg, Altstadt von Goslar, und Oberharzer Wasserwirtschaft“, aber auch der Nationalpark Harz, der Harzer Hexenstieg, uvm. Hinzu kommen 11 staatlich anerkannte Kurorte sowie ein staatlich anerkannter Erholungsort. In den vergangenen Jahren hat der Harz auf dem Gebiet der Freizeitinfrastruktur deutlich aufgeholt. Projekte wie das Torfhaus Harzressort, Wurmberg, Snow Tubing, Kristalltherme Altenau und viele mehr haben nicht nur das Angebot, sondern insbesondere auch die Qualität des Angebotes deutlich gesteigert. Nichts desto trotz bestehen in vielen Bereichen auch noch erhebliche Defizite.

Touristische Attraktionen bieten aber auch Südniedersachsen mit seinen attraktiven Fachwerkstädten und der Raum Gifhorn. Im Helmstedter Raum bietet das Paläon eine Basis für den sich entwickelnden Tourismus. Der Städtetourismus insbesondere in Braunschweig mit seinen vielfältigen Angeboten und in Wolfsburg (Autostadt, Phäno, Kunstmuseum u.a.m.) gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Die attraktiven Landschaften, historischen Ortsbilder, das große Angebot an Freizeitinfrastruktur und kulturellen Angeboten im Amtsbezirk Braunschweig bieten eine Vielzahl von Naherholungsangeboten, die die Lebensqualität in der Region deutlich erhöhen.

Investitionen in den Tourismus, z.B. in die Infrastruktur aber auch in die Attraktivierung der Standorte, kommen auch der Bevölkerung vor Ort zu Gute. Die Region wird nicht nur für Gäste attraktiver, sie wird auch lebenswerter. Dies verbessert die Lebensqualität und kann somit ebenso wie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen helfen, dem

demografischen Wandel, insbesondere dem Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung, entgegenzuwirken.

Es wird bemängelt, dass zwar der Nationalpark Harz in diesem Kapitel erwähnt werde, nicht jedoch der Naturpark, geschweige denn der in das Global Geoparks Network (GGN) aufgenommene Geopark Harz - Braunschweiger Land – Ostfalen. Das touristische Geschäft werde im Naturpark, der den Nationalpark umgibt, gemacht. Der Naturpark Harz sei um ein mehrfaches größer als der Nationalpark. Im Geopark seien Nationalpark, Naturpark und angrenzende Gebiete bis hinein in den Landkreis Northeim vereint.

Der Geopark Harz - Braunschweiger Land - Ostfalen beinhalte den überwiegenden Teil der Region und habe seitdem eine Infrastruktur mit zahlreichen Erlebnispfaden, Landmarken, Geopunkten, Informationszentren und -stellen eingerichtet. In dieses Netzwerk seien auch zahlreiche Museen und Denkmale der Region integriert.

Hingewiesen wird darauf, dass das HöhlenErlebnisZentrum Iberger Tropfsteinhöhle in Bad Grund und das ZisterzienserMuseum Kloster Walkenried weitere herausragende Attraktionen im Harz sind.

Die Anzahl der Gästeübernachtungen im Harz je Einwohner sei nicht geeignet, Schlüsse hinsichtlich möglicher Unterversorgung oder Überkapazitäten bzw. hinsichtlich der erforderlichen Qualität der Angebote zu ziehen.

Die Entwicklung der touristischen Übernachtungszahlen im Westharz sei seit einigen Jahren stabil und in der Tendenz absolut vergleichbar mit dem allgemeinen Trend. Die Schwankungen in den vergangenen Jahren seien größtenteils von den Winterwetterlagen abhängig, die im Harz als einziges Wintersportgebiet Niedersachsens eine wesentliche Rolle spielen.

Bemängelt wird, dass außerhalb des Harzes zu wenig differenziert auf touristisch attraktive Regionen wie das Solling/Vogler-Gebiet, den Elm, den Lappwald und die Heidelandschaft um Gifhorn eingegangen werde. Städte-, Fahrrad- und Kulturtourismus sowie das Wandern hätten auch hier einen hohen Stellenwert.

In der Tourismusregion Braunschweiger Land hätten die Gästeübernachtungen von 1.720.870 im Jahr 2009 auf 2.020.664 im Jahr 2013 um 17,4% gesteigert werden können. Die Gästeankünfte seien dabei um 105.688 von 826.725 auf 932.413 gestiegen. Die angebotenen Schlafgelegenheiten hätten sich von 16.501 auf 16.626 um 125 (0,8%) erhöht. Letztere Zahl sei insofern interessant, da auch in dieser Region die Konsolidierungen im Beherbergungsgewerbe in den vergangenen Jahren zu einem Rückgang von 302 auf 292 Betrieben führte. Weite Teile der Region hätten sowohl die Aufenthaltstage als auch die Auslastungen der Schlafgelegenheiten im Vergleichszeitraum deutlich steigern können. Diese Indikatoren zeigten auf, dass neben dem traditionellen Geschäftstourismus der Freizeittourismus zunehme (Aufenthaltstage), da der klassische Geschäftsreisende durchschnittlich 1,4 bis 1,7 Tage an einem Ort verweile. Im Braunschweiger Land würden Werte zwischen 1,8 bis 3,4 Aufenthaltstagen erreicht. Die Auslastung der Schlafgelegenheiten hingegen sei ein wichtiger Indikator für Wirtschaftlichkeit der Betriebe, die Erhöhung des betrieblichen Cash-Flow und damit auch die verbesserten Möglichkeiten für notwendige Investitionen, um marktorientierte Angebote zu schaffen bzw. zu erhalten.

Kritisiert wird, dass wesentliche Aktivitäten der Zusammenarbeit in der Tourismusregion BraunschweigerLand zur Steigerung der Attraktivität der Region und der Lebensqualität

nicht benannt würden: So würden durch das Netzwerk ZeitOrte sowohl viele Aktivitäten in der Region initiiert und vermarktet, als auch der gemeinsame Auftritt als Region gefördert. Insbesondere im nationalen Markt solle damit ein Beitrag zur Positionierung der Region als touristische Destination geleistet werden.

Daneben habe die Allianz für die Region mit den Städten Braunschweig, Wolfsburg, Salzgitter, sowie den Landkreisen Helmstedt, Goslar, Wolfenbüttel, Peine und Gifhorn das regionale Umsetzungs- und Investorenkonzept Freizeit und Lebensqualität (RIK) mit dem Ziel entwickelt, durch Schaffung neuer Freizeiteinrichtungen und Aufwertung von Bestandseinrichtungen, die Lebensqualität der Einwohner sowie die Attraktivierung im nationalen und internationalen Tourismusmarkt im Sinne der Entwicklung der Region als Destination zu fördern.

Bemängelt wird, dass Hinweise auf den bedeutsamen Radtourismus und das im Amtsbezirk vorhandene Radwanderwegenetz (R1, Europaradweg, Harz-Heide-Radweg, Weserradweg) fehlten.

In der Aufzählung von touristischen Zielen fehle der überregional wahrgenommene Salzgittersee ebenso wie der Tankumsee.

Für die Beschreibung touristischer Attraktionen werden teilweise sehr detaillierte Ergänzungen vorgeschlagen. Daneben wird um die Berücksichtigung operativer Schwerpunkte gebeten, die jedoch nicht Bestandteil der Beschreibung von „Ausgangslage und Bestandsanalyse“ sein können.

Neben den Übernachtungszahlen seien für die Bewertung der touristischen Ziele Besucherzahlen, Infrastrukturausstattung und Entwicklungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.

Betont wird, dass Investitionen in den Tourismus die Region nicht nur für Gäste, sondern auch für potentielle Arbeitskräfte attraktiver mache. Die verbesserte Lebensqualität könne somit ebenso wie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen helfen, dem demografischen Wandel, insbesondere dem Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung, entgegenzuwirken und die Zuwanderung von Arbeitskräften positiv begleiten. Voraussetzung hierfür sei eine systematische Erfassung und Bündelung der regionalen touristischen Angebote.

Es wird angeregt, den Gesundheitstourismus und den „Pflegetourismus“, der den zu Pflegenden und den pflegenden Angehörigen u.a. eine gemeinsame Urlaubsgestaltung ermögliche, zu berücksichtigen.

1.13 Kultur

Ein wesentliches Element für eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung der Teilräume des Landes ist die Förderung der Kultur und Bildung als wichtiger Baustein für die Zukunft. Kultur ist ein imageprägendes Merkmal, ein Wirtschafts- und harter Standortfaktor.

Dabei bietet der Amtsbezirk Braunschweig großes kulturhistorisches und kulturtouristisches Potential. Es findet sich eine Vielzahl attraktiver Kulturschätze in Bibliotheken, Archiven, Museen und anderen Kultureinrichtungen.

Die Herzog-August Bibliothek, 1572 in Wolfenbüttel gegründet, ist eine herausragende und international bekannte Bibliothek. Wegen ihres bedeutenden Altbestandes aus dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit ist sie eine weltweit bekannte und beanspruchte

Forschungsstätte für die Kultur dieser Zeit. Ein herausragendes in der HAB aufbewahrtes Einzelwerk ist das Evangeliar Heinrichs des Löwen (entstanden zwischen 1174 und 1189, höchstwahrscheinlich 1188).

Bauwerke aus der Zeit der Romanik, wie der Braunschweiger Dom, die Stiftskirchen in Bad Gandersheim und Königslutter oder die Kaiserpfalz in Goslar legen Zeugnis davon ab, das in dieser Kulturregion schon früh deutsche Geschichte geschrieben worden ist.

Während die Großstädte Braunschweig und Göttingen über kulturelle Zentren mit traditionellen Kulturinstituten verfügen, unterhalten einige mittlere Städte Theater für Gastspiele wie das Wolfenbütteler Lessingtheater. Die Gandersheimer Domfestspiele gehören zu den traditionsreichsten Freilichtspielen in Deutschland. Kulturelles Zentrum ist jedoch die Stadt Braunschweig mit dem Braunschweigischen Landesmuseum, dem Herzog-Anton-Ullrich-Museum, dem Naturhistorischen Museum als ältestem naturkundlichen Museum Deutschlands sowie dem Staatstheater Braunschweig. Schwerpunktmäßig befinden sich in Braunschweig wie auch in Göttingen Freie Theater. Zusätzlich verfügt Göttingen über die Theaterbühnen des Jungen Theaters und des Deutschen Theaters. In Göttingen finden jährlich die internationalen Händel-Festspiele statt. Die Universität verfügt über wissenschaftsgeschichtlich wertvolle Sammlungen, die öffentlich zugänglich sind. In Wolfsburg sind das Kunstmuseum mit seinen Ausstellungen moderner und zeitgenössischer Kunst und das Phaeno, die Experimentierlandschaft für Naturwissenschaften und Technik, von überregionaler Ausstrahlung. Anziehungspunkt ist hier auch die Autostadt, eine Park- und Seenlandschaft, in der der Volkswagen-Konzern das Thema Auto und Mobilität behandelt und seine Marken präsentiert.

Zahlreiche Technik- und Industriemuseen, wie z. B. das Bergbaumuseum Rammelsberg oder das Oberharzer Bergwerksmuseum legen dar, dass diese Region auch durch vielschichtige technische Entwicklungen geprägt worden ist. Das HöhlenErlebnisZentrum Iberger Tropfsteinhöhle in Bad Grund und das ZisterzienserMuseum Kloster Walkenried sind weitere herausragende Attraktionen im Harz.

Erst seit ein paar Jahren kann man sich in Schöningen auf die Spuren der Altsteinzeit begeben. Das im Paläon ausgestellte Fundensemble gilt als eines der 10 wichtigsten archäologischen Funde weltweit im Zentrum des Paläons stehen die ältesten erhaltenen Jagdwaffen der Menschheit, die als solche Auslöser für viele neue Erkenntnisse der Menschheitsgeschichte sind.

Die Braunschweigische Landschaft und der Landschaftsverband Südniedersachsen übernehmen insbesondere für mittlere und kleine kommunale Einheiten, die nicht wie die Großstädte Braunschweig und Göttingen über kulturelle Zentren mit traditionellen Kulturinstituten verfügen, eine wesentliche Aufgabe im Rahmen der kultur- bzw. kulturtouristischen Vermarktung der in ihren Bereichen beheimateten Kulturgüter. Die Stadt Goslar verleiht seit 1975 jährlich an herausragende zeitgenössische Künstlerinnen und Künstler den Kaiserring, eine ideelle Auszeichnung von internationalem Rang.

Ein Alleinstellungsmerkmal der Region sei ihr einzigartiges kulturelles Erbe, dass immer stärker auch als identitätsstiftendes Moment und als touristischer Anziehungspunkt wirke. Südostniedersachsen sei das denkmaldichteste Gebiet in Niedersachsen mit ganz unterschiedlichen Kulturlandschaften. Nicht nur das flächengrößte Welterbe Niedersachsens befinde sich hier. Auch zahlreiche, durch Fachwerk geprägte historische Stadt Denkmale sowie einzigartige archäologische Kulturstätten prägten die Region. Kulturdenkmale seien authentische Geschichtsorte. Über sie werde die Verbindung zwischen Vergangenheit und Zukunft im wahrsten Sinne des Wortes begreifbar. Sie seien wesentliche Bestandteile der gemeinsamen Erinnerungskultur und des kollektiven

Gedächtnisses der Menschheit, deren Vermittlung ebenfalls eine zentrale Aufgabe darstelle.

Es wird darauf hingewiesen, dass dem Thema Weltkulturerbe in der regionalen Handlungsstrategie als treibender Faktor für die regionale Entwicklung in den Landkreisen Goslar und Osterode am Harz eine größere Bedeutung zukommen sollte. Laut UNESCO-Kommission befänden sich in der historischen Kulturlandschaft der etwa 220 qkm umfassenden Welterbestätte im niedersächsischen Harz zahlreiche „Meisterwerke des schöpferischen Geistes der Menschheit von außergewöhnlichem Wert“. In diesem sog. „lebendigen Welterbe“ lebten, arbeiteten und erholten sich tagtäglich Menschen. Doch würden Bedeutung, Wertschöpfung und Potential, welche sich aus dem einzigartigen kulturellen Erbe für die Region und die Gesellschaft ergeben, deutlich unterschätzt.

Durch das Welterbe werde zum einen beachtliche monetäre Werte erhalten und generiert, zum anderen aber auch indirekt das „kulturelle Kapital“ und die regionale Identität gestärkt.

Für die Aufzählung vorhandener kultureller Einrichtungen von herausragender Bedeutung werden Ergänzungen erbeten. So wird vorgeschlagen, den Kaiserdom, das Geopark-Informationszentrum und das Museum Mechanischer Musikinstrumente in Königslutter aufzuführen und auf etablierte Musikfestivals wie die traditionsreichen Domkonzerte in Königslutter einzugehen. Im Raum Peine veranschaulichten die „Begehbaren ZeitRäume Bodenstedt“ und die „Sprechenden ZeitWände Bortfeld“ die industrielle Entwicklung des ländlichen Raumes über 330 Jahre durch originale bauliche Zeitzeugen. Für Bad Gandersheim wird eine Ergänzung um die Ausstellung „Portal zur Geschichte“, die u.a. die Ursprünge des ottonischen Kaisergeschlechts im Kloster Brunshausen darstellt, vorgeschlagen. Aufgenommen werden soll der bundesweit einzigartige und älteste Literaturpreis, der Roswitha-Preis, der ausschließlich an Schriftstellerinnen vergeben wird.

In den letzten zwanzig Jahren seien wichtige neue Standorte erschlossen worden, zu denen aus archäologischer Sicht neben dem Paläon in Schöningen das Höhlen-Erlebnis-Zentrum in Bad Grund, das Kloster Walkenried, das römisch-germanische Schlachtfeld Harzhorn, das Römerlager Hedemünden und die Kaiserpfalz Werla gehörten. Weitere Plätze besäßen ein vergleichbares Potenzial.

Über eine schiere und möglichst vollständige Aufzählung der außerordentlich reichen Museumslandschaft hinaus wäre es für die Beschreibung der Ausgangslage wesentlich, auch zu klären, welche Museen in welchem Umfang in der Lage seien, ihrem Sammlungs- und Bewahrungsauftrag zu entsprechen. Wo müssten Schwerpunkte gesetzt werden? Wie hoch sei der Förderbedarf?

In Südostniedersachsen gebe es bedeutende Archive, deren Bestände teilweise europäische Relevanz besitzen. Im Standort Wolfenbüttel des Niedersächsischen Landesarchivs würden z.B. die sogenannte Heiratsurkunde der Kaiserin Theophanu von 972 oder die Dokumente, aus denen abzulesen sei, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft des Harzes entwickelt worden ist, verwahrt. Andere Quellen des Landesarchivs, des Bergarchivs in Clausthal, der Stadtarchive Braunschweig und Goslar und des Universitätsarchivs Göttingen seien für die Nationalgeschichte wichtig. Diese Teile der Archive würden nicht angemessen und erkennbar in Wert gesetzt.

Das für die regionale Geschichtsschreibung und Identitätsbildung wichtige kommunale Archivwesen sei im südöstlichen Niedersachsen deutlich schlechter als in anderen Teilen des Landes ausgebildet.

Kritisiert wird, dass Kultursparten wie Musik, Kunst, freies Theater oder Soziokultur in der regionalen Handlungsstrategie völlig unterbelichtet blieben.

Der Regionalverband Harz sei wie der Landschaftsverband Südniedersachsen und die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz auf der Grundlage einer Zielvereinbarung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur Träger der regionalen Kulturförderung.

1.14 Kommunale Finanzen, interkommunale Zusammenarbeit und Fusionsdiskussion

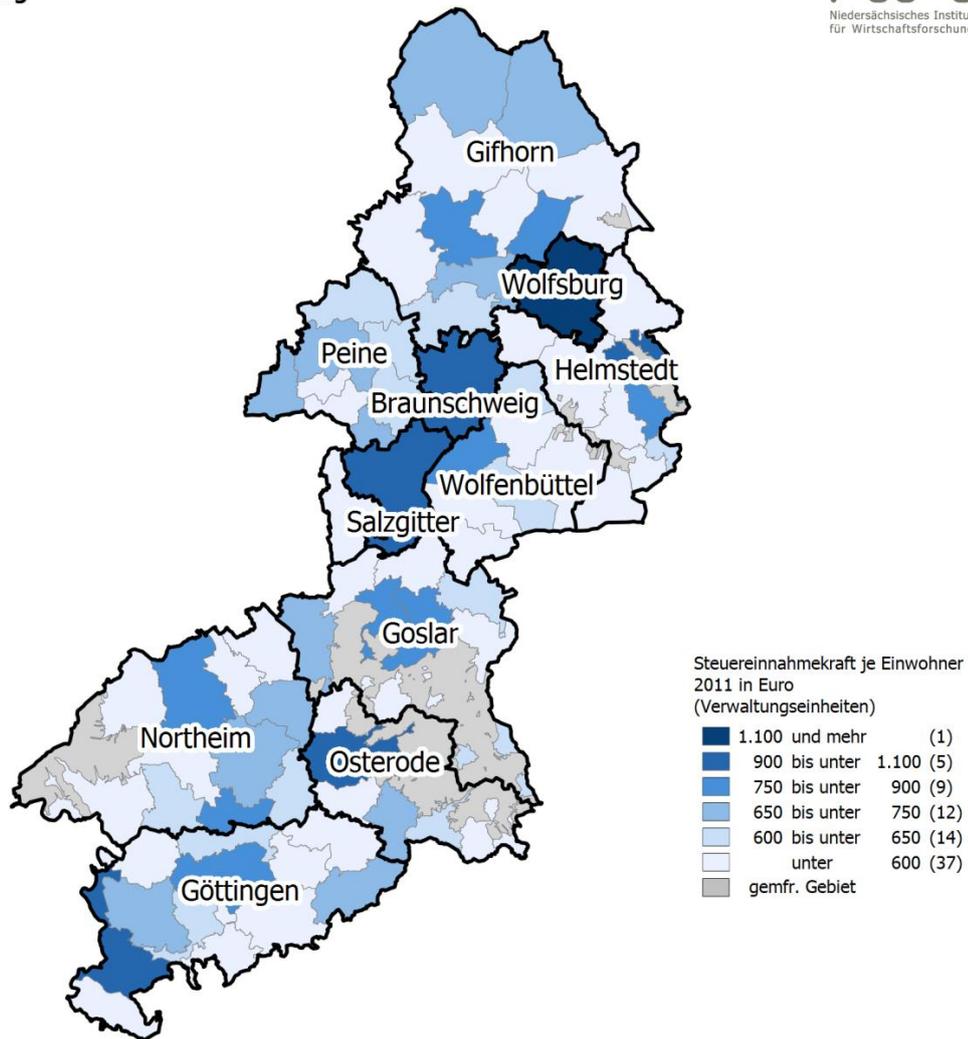
Die kommunalen Finanzen im Amtsbezirk Braunschweig sind in weiten Teilen durch Probleme bei der Haushaltsdeckung und geringe Steuereinnahmen gekennzeichnet. Häufig überlagern sich beide Problemlagen, so dass ein hoher Schuldenstand akkumuliert wurde. Lediglich die kreisfreie Stadt Wolfsburg verfügt über einen im landesweiten Vergleich hohen finanziellen Handlungsspielraum. Besonders groß sind die Probleme in den südlichen Landkreisen Northeim, Goslar und Osterode am Harz sowie in der kreisfreien Stadt Salzgitter und den Landkreisen Helmstedt und Peine. Die Wohnstandorte im Umland der Industriezentren (Landkreise Gifhorn und Wolfenbüttel) erzielen lediglich geringe Steuereinnahmen, können aber dennoch ihre Haushalte vergleichsweise gut decken.

Die Verteilung der Steuereinnahmekraft wird im Amtsbezirk Braunschweig vor allem im nördlichen Teil durch die Städte Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter geprägt. Sie erzielen deutlich höhere Steuereinnahmen als die sie umgebenden Gemeinden. Dieses ausgeprägte Stadt-Umland-Muster resultiert aus den hohen Gewerbesteuererträgen der drei Städte, welche die Einnahmen aus der Einkommensteuer in den Umlandgemeinden bei weitem übersteigen. Im südlichen Teilgebiet sind die Steuereinnahmen insgesamt geringer als im nördlichen Teil. Neben den Kreisstädten sind es dabei jeweils einzelne weitere Standorte, die durch höhere Gewerbesteuererträge eine höhere Steuereinnahmekraft erreichen. Die Steuereinnahmen der Gemeinden des Landkreises Göttingen fallen dabei insbesondere durch die vergleichsweise hohe Einkommensteuer und einzelne gewerbesteuerstarke Gemeinden (Städte Göttingen und Hann.-Münden) insgesamt etwas höher aus als in den übrigen südlichen Landkreisen.

Ein Hinweis auf die angespannte Haushaltslage vieler hiesiger Kommunen ist auch, dass von 30 Kommunen, für die das Land im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs über das Bedarfszuweisungsverfahren finanzielle Unterstützung leistet, 13 - und damit fast die Hälfte landesweit - im Bezirk Braunschweig liegen, davon wiederum vier im Landkreis Helmstedt (einschließlich des Landkreises selbst). Drei von elf Landkreisen bzw. kreisfreien Städten konnten für 2014 keinen ausgeglichenen Haushalt aufstellen.

Im Rahmen des vom Land Niedersachsen mit den kommunalen Spitzenverbänden abgeschlossenen Zukunftsvertrages haben sich bislang 14 Kommunen zu einer Haushaltskonsolidierung verpflichtet bei gleichzeitiger Entlastung von 75 % ihrer Liquiditätskredite, davon sieben im Rahmen von Eigenentschuldungen und sieben im Wege von Fusionen. Die zum 01.11.2016 beschlossene Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode am Harz ist die landesweit bislang einzige aktuelle Fusion auf Landkreisebene. Großräumige Veränderungen von kommunalen Gebietskörperschaften werden derzeit insbesondere auch in den Räumen Wolfsburg - Helmstedt, Peine - Hildesheim und im Umkreis um die Stadt Braunschweig diskutiert. Auf Gemeindeebene finden entsprechende Gespräche aktuell insbesondere im Landkreis Helmstedt statt.

**Steuereinnahmekraft pro Einwohner 2011
Braunschweig**

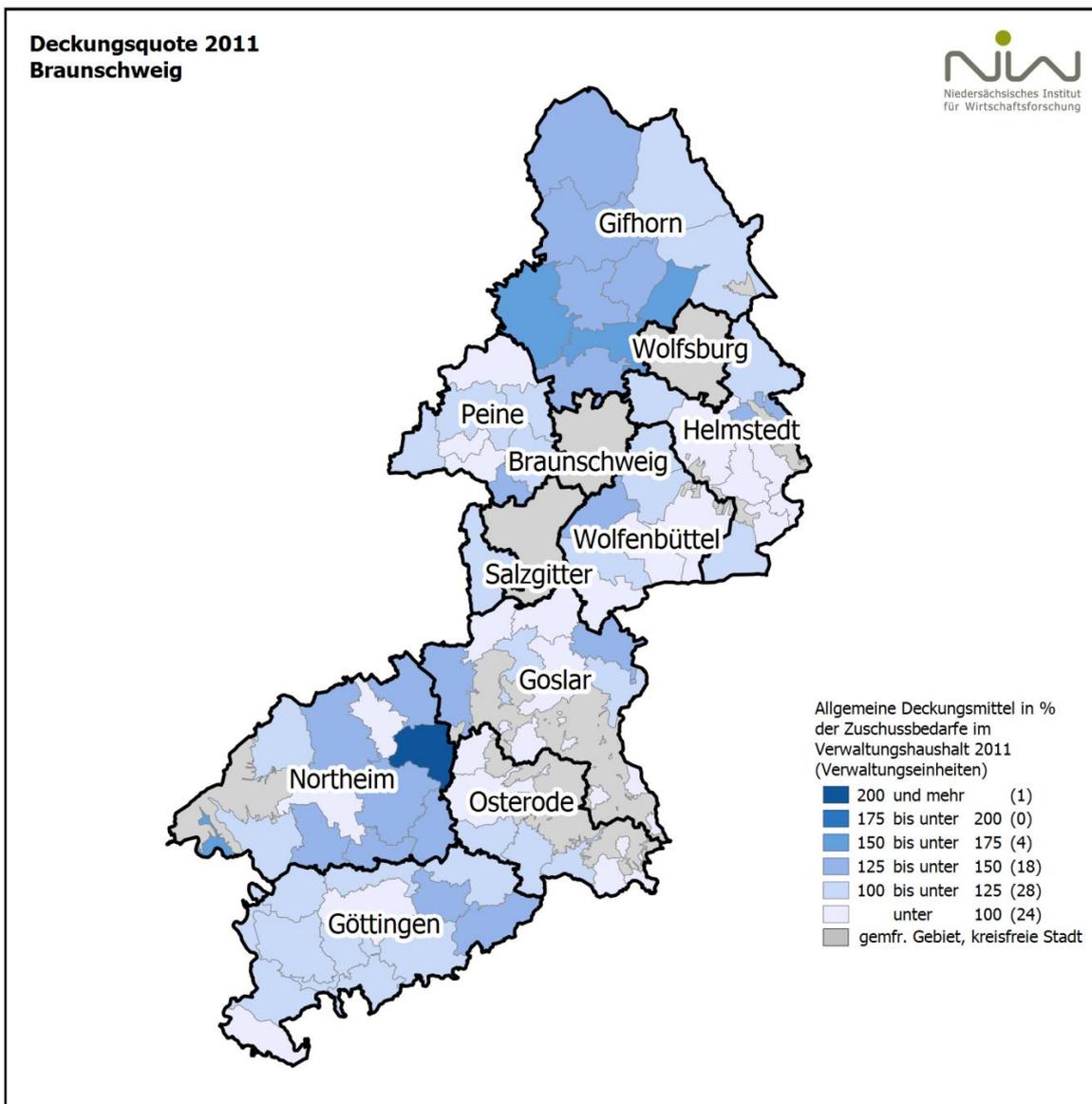


Quelle: LSKN – Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 63

Unterstützt wird seitens des Landes auch die Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit. Durch sie können strukturelle Probleme erfolgreich gemeinsam gelöst und effizientere Strukturen für die Aufgabenerfüllung geschaffen werden. Je nach Aufgabengebiet und örtlichen Besonderheiten können finanzielle und personelle Ressourcen freigesetzt oder Service-Leistungen für Bürgerinnen und Bürger verbessert werden. Mit dem Niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) ist dafür eine tragfähige rechtliche Grundlage gegeben, deren Spielräume es sinnvoll auszuschöpfen gilt. Den niedersächsischen Kommunen steht hierzu über das Landesintranet seit März 2007 auch eine Datenbank zur Verfügung, die praktische Hinweise für eine interkommunale Zusammenarbeit gibt und alle dokumentierten kommunalen Kooperationen in Niedersachsen beinhaltet.

Die Deckungsquote beschreibt das Verhältnis der allgemeinen Deckungsmittel netto zu den aufgabenbezogenen Zuschussbedarfen, die für laufende Ausgaben (nach Abzug aufgabenbezogener Einnahmen) in den Verwaltungshaushalten der Einzelpläne 0 bis 8

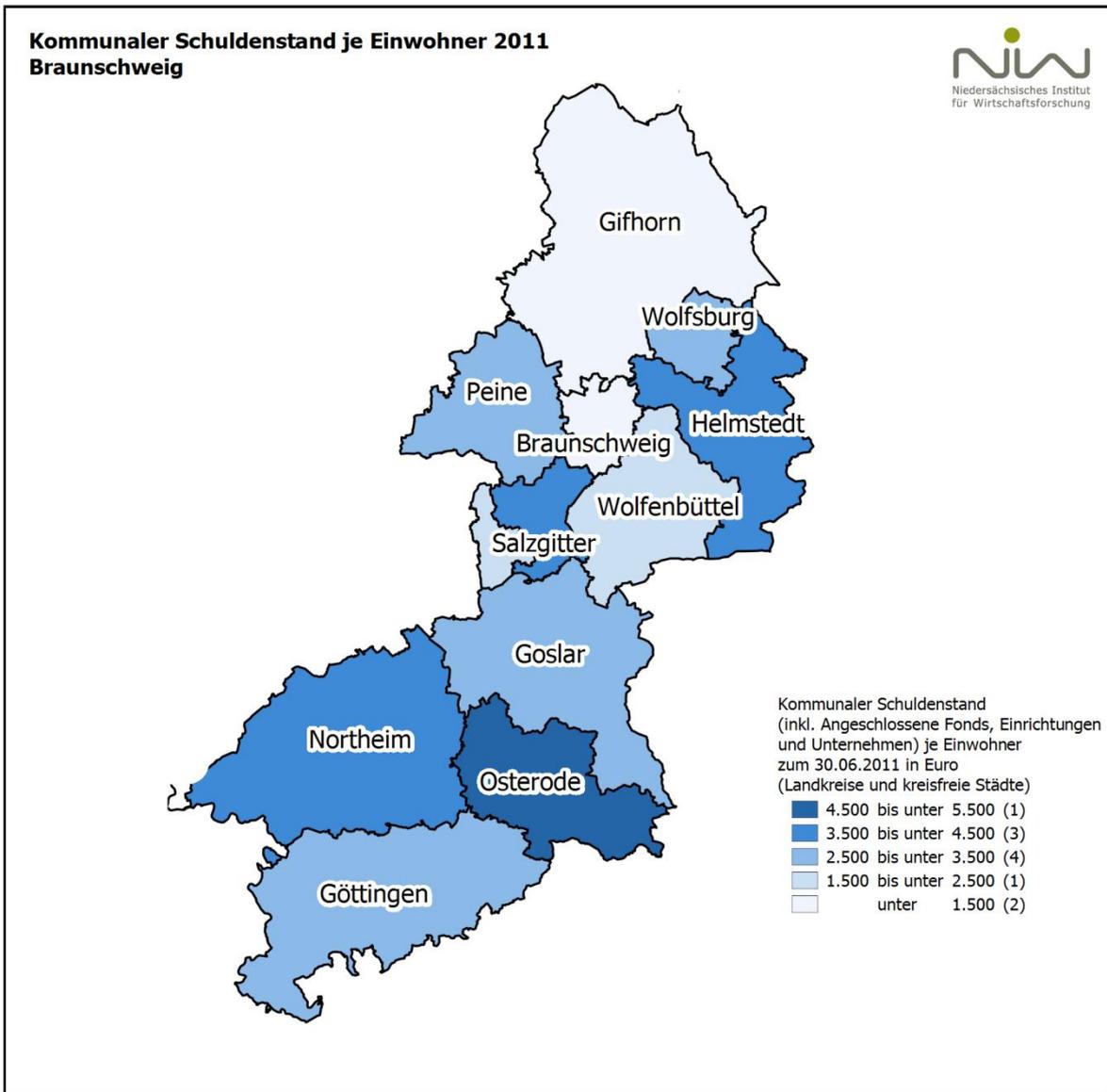


Quelle: LSKN – Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 66

entstanden sind. Die Deckungsquote ist ein wichtiger Anhaltspunkt für die verbleibenden Handlungsspielräume der Kommunen im Hinblick auf investive Maßnahmen.

Die kreisfreie Stadt Wolfsburg und das Kreisgebiet Gifhorn verfügen über die günstigsten Deckungsquoten im Amtsbezirk Braunschweig. Die Kommunen im Kreisgebiet Gifhorn profitieren dabei trotz relativ geringer Steuereinnahmen von der günstigen Beschäftigungs- und Sozialstruktur und in der Folge niedrigeren Zuschussbedarfen in der sozialen Sicherung. Ähnliches gilt in etwas geringerem Maße auch für das Kreisgebiet Wolfenbüttel. Auch die kreisfreie Stadt Braunschweig und der Landkreis Göttingen verfügen noch über eine Deckungsquote von über 110 %. In allen übrigen Kreisgebieten (Helmstedt, Peine, Goslar, Northeim, Osterode am Harz) und in der kreisfreien Stadt Salzgitter liegt die Deckungsquote bestenfalls nur knapp über 100 %, in drei Fällen darunter. Dies bedeutet, dass die allgemeinen Deckungsmittel bereits vollständig zur Deckung laufender Ausgaben aufgewendet werden bzw. dafür nicht einmal mehr ausreichen. In einer solchen Situation sind investive Maßnahmen kaum mehr aus eigenen Mitteln zu finanzieren.



Quelle: LSKN – Darstellung des NIW

Aus: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: Basisanalyse zur Identifizierung spezifischer Handlungsbedarfe für fünf Regionen in Niedersachsen; Teil B: Region Braunschweig; Hannover 2013 Seite 67

Ein differenzierter Blick in die Gemeindehaushalte bestätigt die Muster, die für die Kreisgebiete insgesamt ausgemacht worden sind Gerade im südlichen Teilgebiet wird deutlich, dass auch die Kreisstädte (insbes. Göttingen, Goslar und Osterode am Harz) eine sehr geringe Deckungsquote aufweisen. Hier fällt die relative Einnahmeschwäche mit einem höheren Aufgabenbestand aufgrund der zentralörtlichen Funktion und der sozialen Problemlagen zusammen.

Der Schuldenstand der Kreis- und Gemeindehaushalte stellt in gewisser Weise das Gedächtnis der kommunalen Haushaltsführung der vergangenen Jahre dar. Ein hoher Schuldenstand hat sich dabei in der Regel über mehrere Jahre als Ergebnis zu geringer Einnahmen im Verhältnis zu den Ausgaben aufgebaut. Der Schuldenstand ist daher in weiten Teilen das Spiegelbild zu den zuvor behandelten Deckungsquoten.

Einen besonders hohen Schuldenstand erreichen die Kreisgebiete Osterode am Harz, Northeim und Helmstedt sowie die kreisfreie Stadt Salzgitter. Ebenfalls vergleichsweise hoch sind die Schuldenstände in den Kreisgebieten Göttingen, Goslar und Peine. Damit sind genau die Kreisgebiete von einem hohen Schuldenstand betroffen, die auch vor den größten

demographischen Herausforderungen stehen. Hier werden die hohen Zinslasten und die Schuldentilgung künftig von einer deutlich geringeren Einwohnerzahl getragen werden müssen. Am günstigsten stellt sich die Situation in den Kreisgebieten im Umland der Industriezentren (Gifhorn und Wolfenbüttel) sowie in der kreisfreien Stadt Braunschweig dar.

Die Ausführungen zu den problematischen kommunalen Finanzen treffen auf besonderes Interesse. Kritisiert wird, dass in der RHS keine Aussagen dazu erfolgen, wie besonders finanzschwache Kommunen die Kofinanzierung erbringen könnten, obwohl sich eine Reihe operativer Ziele der RHS an die kommunale Ebene richtet. Bei diesen Maßnahmen würden Kommunen nicht in der Lage sein, ohne weitere Unterstützung die Kofinanzierung sicherzustellen. Vorgeschlagen wird eine abgestufte Eigenbeteiligung je nach Finanzkraft. Modell hierfür könnte die Förderung nach dem Konjunkturpaket II sein. Auch sollten sämtliche Möglichkeiten einer privaten und nicht-monetären Kofinanzierung ausgeschöpft werden. Sofern Zukunftsverträge Handlungsspielräume einengen, seien rechtliche Voraussetzungen zu modifizieren.

Angemerkt wird, dass sich die Finanzen insgesamt sehr volatil entwickeln. Die Aussagen zur Finanzkraft der Gebietskörperschaften könnten daher nur Momentaufnahmen sein. Fraglich sei, ob auf dieser Grundlage operative Maßnahmen der EU-Förderung abgeleitet werden könnten.

Angeregt wird, für den Haushaltsvergleich auf die Kennzahlen des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport zurückzugreifen.

Für die Entwicklungs- und Handlungsfähigkeit der Region seien zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen von entscheidender Bedeutung. In diesem Zusammenhang sei festzustellen, dass das derzeitige administrative Gefüge in der Region Braunschweig Defizite aufweist.

1.15 Ehrenamt und Vereinswesen

Das freiwillige, bürgerschaftliche und gemeinnützige Engagement, mithin das Ehrenamt, befindet sich angesichts rigider Sparpolitik und Privatisierungstendenzen im sozialen, medizinischen, und kulturellen Bereich, den Auswirkungen des demographischen Wandels insbesondere in strukturschwachen Regionen, in einem gesellschaftlichen Wandlungsprozess. Die zentrale Frage lautet, wie trotz dieser erschwerten Rahmenbedingungen die ehrenamtlichen Strukturen bewahrt werden können.

Das Ehrenamt bei Feuerwehren und Hilfsorganisationen ist ein äußerst wichtiger Baustein für die Sicherheitsstruktur des Landes und wird insbesondere bei Umweltkatastrophen, wie z. B. die Überschwemmungen in 2013, in der Bevölkerung wertgeschätzt. Zudem handelt es sich beim Brandschutz um eine wichtige kommunale Pflichtaufgabe. Auch im Bereich der Kultur sind die ehrenamtlich bereitgestellten Leistungen beachtlich. Dabei scheint ehrenamtliches Engagement in ländlichen Strukturen ausgeprägter zu sein als in städtischen Räumen.

Der Erosion der Dienstbereitschaft und einer gewissen Entsolidarisierung in der Gesellschaft kann mit von oben in Gang gesetzten Förderprogrammen nur zum Teil begegnet werden. Notwendig ist ein gesellschaftlicher Verständigungsprozess über die Bedeutung eines modernen Ehren- oder Bürgeramtes. Verbände der Kultur und des Sports, die Liga der freien Wohlfahrt, die Jugendverbände sind gehalten, gemeinsam mit den Vertretern des Handwerkes, der Kirchen und Gewerkschaften in einen Gestaltungsprozess einzutreten.